

55. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. November 2009

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ... 4077
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 4078

Fragestunde

- 1. Innere Sicherheit: Türkisch-Arabische Großfamilie „M“**
Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) vom 28. Oktober 2009 4080
- 2. Fehlende Angaben im Gleichstellungsatlas**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllensstädt, Woltemath und Fraktion der FDP vom 28. Oktober 2009 4081
- 3. Gewährleistung des Datenschutzes beim Einsatz von künstlicher DNA in Privathaushalten/Einsatz von sogenannten DNA-Duschen**
Anfrage der Abgeordneten Öztürk, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Oktober 2009 4083
- 5. Entwicklungsperspektiven der bremischen Werften**
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 29. Oktober 2009 4085
- 6. Abrechnung und Verordnung von Lymphdrainage für Brustkrebspatientinnen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 29. Oktober 2009 4089
- 7. Programm „Lernen vor Ort“ im Land Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2009 4090

8. Umsetzung der Schulreform in Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Ravens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2009 4090

Aktuelle Stunde

Bundesmittel nicht genutzt – Senat verschläft Krippenausbau

Abg. Frau Ahrens (CDU) 4094
Abg. Frau Garling (SPD) 4096
Abg. Frau Cakici (DIE LINKE) 4098
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 4099
Abg. Dr. Buhlert (FDP) 4101
Abg. Frau Ahrens (CDU) 4102
Senatorin Rosenkötter 4103

Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/936)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009 (Drucksache 17/974)

Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. November 2009 (Drucksache 17/1041)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 4105
Abg. Frau Motschmann (CDU) 4106
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE) 4107
Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD) 4108

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4109
Abg. Frau Motschmann (CDU)	4110
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	4111
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	4112
Bürgermeisterin Linnert	4112
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4114
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	4115
Abstimmung	4115

Atomtransporte durch das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Juli 2009
(Drucksache 17/857)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/973)

Abg. Rupp (DIE LINKE)	4116
Abg. Dennhardt (SPD)	4117
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	4118
Abg. Tittmann (parteilos)	4119
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4119
Abg. Imhoff (CDU)	4120
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4121
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	4122
Abg. Günthner (SPD)	4123
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4123
Abg. Rupp (DIE LINKE)	4124
Senator Nagel	4125

Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/888)

Abg. Frau Winther (CDU)	4126
-------------------------------	------

Abg. Güngör (SPD)	4127
Abg. Beilken (DIE LINKE)	4127
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	4128
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4128
Senatorin Jürgens-Pieper	4129
Abg. Rohmeyer (CDU)	4130
Abg. Güngör (SPD)	4130
Abstimmung	4131

Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und DIE LINKE
vom 18. November 2009
(Neufassung der Drucksache 17/1038
vom 17. November 2009)
(Drucksache 17/1046)

Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	4131
Abg. Frau Hiller (SPD)	4132
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4133
Abg. Rohmeyer (CDU)	4134
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4135
Bürgermeister Böhrnsen	4135
Abstimmung	4136

Aufbau einer Initiative „Clean Ship“

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/902) 4136 |

Nichtraucherschutz mit Augenmaß!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 28. August 2009
(Drucksache 17/911)

Abg. Tittmann (parteilos)	4137
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	4137
Abg. Tittmann (parteilos)	4138
Abg. Woltemath (FDP)	4139
Abstimmung	4139

Anhang zum Plenarprotokoll	4140
----------------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ehmke, Kau, Frau Möbius.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Kultur
und für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Frau Hauffe, Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung
der Gleichberechtigung der Frau

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 11.05 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 55. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Studenten der Hochschule Bremen, eine neunte gymnasiale Klasse der Edith-Stein-Schule aus Bremerhaven, die Klasse 9 e Politikkurs der Schule St. Johann und eine Gruppe der Messstelle für Arbeitsschutz, Anti-Atomforum.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft, Bericht und Dringlichkeitsantrag des Petitionsausschusses vom 16. November 2009, Drucksache 17/1034.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diesen Bericht und Dringlichkeitsantrag zusammen mit dem dazugehörenden Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/910 am Schluss der Tagesordnung ohne Aussprache aufzurufen.

(B) Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

2. Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. November 2009, Drucksache 17/1038.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung, Solidarität mit Mumia Abu-Jamal, zu verbinden.

Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

3. Herausforderung „Bologna“ zum Erfolg führen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. November 2009, Drucksache 17/1040.

Ich lasse auch hier über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen. (C)

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt fünf, Entwicklung von Forschung und Lehre im Lande Bremen seit Bologna, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

4. Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. November 2009, Drucksache 17/1041.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu. (D)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 16, Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen, vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 17. November 2009, Drucksache 17/1042.

Ich lasse zunächst wieder über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

(A) Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung in erster und zweiter Lesung zur Verhandlung zu stellen.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

6. Für ein sachgerechtes und praktikables Hundehaltergesetz, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 17. November 2009, Drucksache 17/1043.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 22, Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes über das Halten von Hunden und Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden, zu verbinden.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

(B) 7. Erhalt der Bundesbank-Filiale im Bundesland Bremen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 17. November 2009, Drucksache 17/1044.

Gemäß Paragraph 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, auch diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

8. Studierbarkeit nach Bologna sicherstellen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 18. November 2009, Drucksache 17/1045.

Auch hier lasse ich über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag ebenfalls mit Tagesordnungspunkt fünf, Entwicklung von Forschung und Lehre im Land Bremen seit Bologna, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Nachträglich hat die Fraktion der SPD noch um einige Wahlen gebeten.

Auch hier schlage ich Ihnen vor, diese Wahlen am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Eingliederung von behinderten Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 11. November 2009

(Drucksache 17/998)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Lebensbegleitendes Lernen für die Menschen effektiv und transparent gestalten

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 3. August 2009

2. Personalentwicklung an den Berufsschulen des Landes Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

vom 8. September 2009

D a z u

Antwort des Senats vom 3. November 2009

(Drucksache 17/984)

3. Wirkung von Sanktionen bei Hartz IV

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP

vom 13. Oktober 2009

D a z u

Antwort des Senats vom 3. November 2009

(Drucksache 17/985)

(C)

(D)

- (A)
4. Opferschutz in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 20. Oktober 2009
D a z u
Antwort des Senats vom 10. November 2009 (Drucksache 17/992)
 5. Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 21. Oktober 2009
 6. Obdachlosigkeit im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Oktober 2009
D a z u
Antwort des Senats vom 17. November 2009 (Drucksache 17/1035)
 7. Rechtsextremistisch und antisemitisch motivierte Aktivitäten und Straftaten in Bremen und Bremerhaven für den Zeitraum Juli bis September 2009
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 26. Oktober 2009
D a z u
Antwort des Senats vom 17. November 2009 (Drucksache 17/1036)
- (B)
8. Ermittlungen bei Gefahr im Verzug
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. Oktober 2009
 9. Bürokratie- und Verfahrenskosten bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. Oktober 2009
 10. Beantwortung von Anfragen durch Medien
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 27. Oktober 2009
D a z u
Antwort des Senats vom 17. November 2009 (Drucksache 17/1037)
 11. Stärkung der Medien- und Kreativwirtschaft im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 28. Oktober 2009
 12. Inanspruchnahme von Ausweispapier-Delegationen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 10. November 2009
 13. Finanz- und personalwirtschaftliche Auswirkungen der „Handlungsempfehlungen zur Durchlässigkeit und Verzahnung der Bildungsbereiche“
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. November 2009
- Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 21, Entwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Land Bremen.
- Außerdem wurden Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte neun und zehn, 4. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ und Bericht und Antrag des Ausschusses der Gleichstellung der Frau, der Tagesordnungspunkte 18 und 19, Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall für Tagesmütter verbessern! und Mitteilung des Senats dazu, der Tagesordnungspunkte 35 bis 37, Bremisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe, Soziale und ökologische Reform des bremischen Vergaberechts und Mitteilung des Senats dazu, der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2007, dem Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs und dem Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses befassen, sowie der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Rechnung des Rechnungshofs des Haushaltsjahres 2008 und dem Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses befassen. Zum Schluss wurden Vereinbarungen zu Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten getroffen.
- Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Tagesordnungspunkt 16, Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen, behandelt wird. Gegen 17.00 Uhr soll der Punkt außerhalb der Tagesordnung, Solidarität mit Mumia Abu-Jamal, aufgerufen werden.
- Zu Beginn der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am Donnerstagvormittag werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 35 bis 37, Bremisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe, Soziale und ökologische Reform des bremischen Vergaberechts und Mitteilung des Senats, zur Verhandlung gestellt.
- Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am Donnerstagnachmittag beginnt mit den miteinander verbundenen Tagesordnungspunkten neun und zehn, 4. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau. Gegen 17 Uhr soll der Punkt außerhalb der Tagesordnung, Anpassung des Bleiberechts auf der Innenministerkonferenz durchsetzen!, behandelt werden.
- Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, bei Tagesordnungspunkt 26, Nationaler Qualitätsrahmen für Deutschland – Auswirkungen auf Bremen, eine
- (C)
- (D)

(A) Debatte mit einer Redezeit von bis zu dreimal bis zu fünf Minuten durchzuführen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, interfraktionell besteht Einigkeit, die durch das Ausscheiden von Herrn Dr. Sieling und Herrn Pflugradt notwendig gewordenen Wahlen für verschiedene Gremien als En-bloc-Abstimmung durchzuführen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Sandra Speckert seit dem 9. November 2009 anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Helmut Pflugradt wieder Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ist.

Sehr geehrte Frau Speckert, seien Sie ganz herzlich willkommen!

(B) (Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage vier wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Innere Sicherheit: Türkisch-arabische Großfamilie „M“**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Timke, stellen Sie Ihre Frage!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Gegen wie viele Angehörige der Großfamilie „M“ sind im Zeitraum von 2003 bis heute Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft Bremen eingeleitet worden, wie viele davon führten zu einer rechtskräftigen Verurteilung?

Zweitens: Sind dem Senat Vorfälle bekannt, bei denen Polizeibeamte von Angehörigen der Großfamilie „M“ bedroht wurden, und wie ist das Innenressort mit dieser Bedrohung umgegangen, auch im Hinblick auf den Schutz der Beamten und die juristische Verfolgung dieser Straftaten?

Drittens: Welche Erkenntnisse liegen den Sicherheitsbehörden vor, dass die durch Familienmitglieder der „Ms“ begangenen Straftaten als Delikte der Organisierten Kriminalität, OK, zu werten sind, und um welche Art und um welche Anzahl von Delikten handelte es sich bei diesen im Jahr 2008?

(C)

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Unabhängig von etwaigen datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten ermöglichen die der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehenden Daten keine zweifelsfreie konkrete Zuordnung bestimmter Personen zu einzelnen Großfamilien oder deren unmittelbarem Umfeld. Die in Frage 1 erbetenen konkreten Zahlenangaben sind deshalb nicht möglich.

Zu Frage 2: Es liegen mehrere Strafanzeigen wegen Bedrohungen aus unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen – nicht nur der Großfamilie „M“ – gegen Polizeibeamte in Ausübung des Dienstes vor. Nach inhaltlicher Bewertung der Strafanzeigen wurden keine konkreten Gefährdungsansätze für gegebenenfalls erforderliche Schutzmaßnahmen erkannt, es erfolgten jedoch intensive Ermittlungs- und Präsenzmaßnahmen als unmittelbare Reaktionen. Mitteilungen über Verfahrensausgänge liegen nicht vor.

(D)

Zu Frage 3: In Bremen wurden im Jahr 2008 keine Straftaten registriert, die nach der bundeseinheitlichen Definition als Delikte der Organisierten Kriminalität zu bewerten sind. Zu der Frage, ob und welche laufenden Verfahren aktuell in Bremen geführt werden, kann grundsätzlich keine Auskunft gegeben werden, um etwaige Ermittlungen nicht zu gefährden. Es liegen jedoch Erkenntnisse vor, dass in Bremen Angehörige von Großfamilien organisiert und systematisch Straftaten unterschiedlichster Deliktsfelder begehen. Zur Bekämpfung solcher Kriminalitätsstrukturen arbeiten die beteiligten Ressorts und Behörden eng zusammen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Timke** (BIW): Herr Innensenator, in der 29. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 8. Oktober habe ich die Anfrage 1 wortgleich schon einmal gestellt. Damals haben Sie geantwortet, dass circa 440 Personen aus dem Umfeld der Familie „M“ als Tatverdächtige in Erscheinung getreten sind. Wie kann es sein, dass Sie derzeit keine Zahlen vorliegen haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

- (A) **Senator Mäurer:** Sie haben nach den Ermittlungsverfahren gefragt, und das ist ein Unterschied. Wir haben einfach das Problem, dass wir allein über den Namen nicht herausfinden können, wie viele Täter in Betracht kommen. Wir wissen natürlich inzwischen aufgrund der Arbeiten, die geleistet worden sind – Sie haben es aus der Presse mitbekommen –, dass zurzeit zahlreiche Ressorts koordiniert an einem neuen Anlauf, einer neuen Konzeption arbeiten, um diesem Problem zu begegnen, es ist ja kein bremisches. Wenn Sie die Presse verfolgen, sehen Sie, dass die Kollegen in Berlin und in Essen die gleichen Probleme haben. Trotz Strafverfolgung, trotz massiven Einsatzes von Polizei und Staatsanwaltschaft haben wir das Problem noch nicht gelöst, und deswegen versuchen wir nun in einem zweiten Anlauf, dieses Problem mit einem übergreifenden Konzept einzudämmen.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Ist dem Senat oder Ihnen bekannt, ob Richter, Staatsanwälte oder andere Mitarbeiter der Justiz von Angehörigen der Großfamilie „M“ bedroht wurden, und wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich in den Jahren 2008 und 2009?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- (B) **Senator Mäurer:** Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz bedroht worden sind, aber aktuell gibt es kein Problem mit der Gruppe „M“ im Zusammenhang mit dieser Bedrohung; es sind andere.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Timke** (BIW): Am 18. September 2009 berichtete der „Weser-Kurier“, dass gegen Mitglieder der Familie „M“ verhängte Bußgelder seit Herbst 2009 auch mit Unterstützung der Polizei eingetrieben werden. Wie viele Fälle dieser Art gab es im Jahr 2009, und mit welcher Erfolgsquote wurden die geschuldeten Bußgelder mit Hilfe der Polizei eingetrieben?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Die Frage nach der konkreten Zahl kann ich Ihnen nicht beantworten; ich versichere Ihnen aber, das wird nicht das einzige Verfahren sein. Es gehört mit zu dieser Konzeption, dass auch solche Sachen wie Bußgelder konsequent vollstreckt werden. Der Polizeipräsident hat den Begriff „Null Toleranz“ geprägt, und dies gehört alles in dieses abgestimmte Konzept, und das Vorgehen wird mit der Steuerfahndung und mit der Ausländerbehörde koordiniert.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr, Frau Troedel!
- Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Senator, welche Nationalität besitzt die Großfamilie „M“, ist sie Ihnen bekannt?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ja, sie ist bekannt, es ist die türkische Staatsangehörigkeit.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Schließen Sie sich der Meinung des Abgeordneten Timke an, dass es sich um eine türkisch-arabische Familie handelt?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ich glaube, man muss die Vorgeschichte betrachten. Sie sind ja häufig als sogenannte Scheinlibanesen hier eingewandert, und wir haben im Nachhinein festgestellt, dass sie die türkische Staatsangehörigkeit besitzen. Das erklärt auch die Probleme. Mit dem Besitz der türkischen Staatsangehörigkeit greifen natürlich auch die gesamten europarechtlichen Schutzmechanismen. Das heißt also, auch das Thema Abschiebung stellt sich hier ganz anders. Es sind quasi Unionsbürger, das muss man sich immer deutlich machen, die diesen erhöhten Abschiebeschutz genießen, und das erklärt auch, warum wir in der Praxis so große Probleme haben.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Teilen Sie dann meine Meinung, dass hier mit der Formulierung „türkisch-arabische Großfamilie“ ein latenter Rassismus in der Überschrift betont wurde?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Mäurer:** Ich glaube, dass, auch wenn man den vollen Familiennamen hier nicht in den Raum stellt, alle wissen, worüber wir reden. Ich finde es schon ein bisschen irritierend, dass man dieses Problem dadurch lösen will, indem man es nicht benennt. Ich finde, wir sind eigentlich aufgefordert, dieses Problem konkret anzugehen.
- (Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)
- Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die zweite Anfrage bezieht sich auf **Fehlende Angaben im Gleichstellungsatlas**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.
- (C)
- (D)

(A) Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!
 Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter drei Jahren im Land Bremen?

Zweitens: Aus welchem Grund fehlt diese Angabe im „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“ der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, obwohl die entsprechenden Daten für Väter angeführt sind?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Antwort zu den Fragen 1 und 2: Wie in dem „Atlas zur Gleichstellung“ angegeben, beruhen die Daten zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern unter drei Jahren auf dem Mikrozensus. Im Mikrozensus wird eine Stichprobe von einem Prozent untersucht. Das hat zur Folge, dass bei geringer Anzahl das Ergebnis nicht mehr repräsentativ ist. Das trifft auf erwerbstätige Mütter von Kindern unter drei Jahren zu, während Erwerbstätigkeit bei Vätern von Kindern unter drei Jahren eher typisch ist, sodass die Stichprobe ausgewertet werden konnte. Andere Erhebungen zu der Fragestellung existieren für das Land Bremen nicht. – Soweit die Antwort des Senats!

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Ja, bitte, zumal die Antwort kaum zu befriedigen vermag! Es werden im Rahmen des Mikrozensus doch nicht die wenigen erwerbstätigen Mütter gefragt, ob sie arbeiten – das wäre ja ziemlich konfus –, sondern es wurden Mütter mit Kindern unter drei Jahren gefragt, und die gibt es fast so häufig wie die dazugehörigen Väter, oder etwa nicht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sie wurden unter dem Aspekt der Erwerbstätigkeit gefragt, und da ergibt sich in der Stichprobe keine repräsentative Antwort mehr, und insofern kann sie hier auch nicht ausgeführt werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Senatorin, verstehe ich Sie richtig? Sie haben Zahlen vorliegen, von denen Sie aber davon ausgehen, dass sie so niedrig sind, dass sich dort ein statistischer Fehler ergibt. Vielleicht ist die Zahl der erwerbstätigen Mütter in

Bremen ja tatsächlich so niedrig, wie Sie sie im Rahmen des Mikrozensus ermittelt haben.

(C)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich möchte es noch einmal klar sagen, wir reden von erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter drei Jahren. Das ist immer der kausale Zusammenhang. Diese Informationen, die für alle Bundesländer zusammengetragen worden sind, beruhen auf den Zahlen, die vom Statistischen Landesamt gemeldet worden sind. Ich habe dazu keine eigenen Recherchen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr, Frau Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Frau Senatorin, mich hat die Antwort eben ein wenig verwundert, dass keinerlei Zahlen zur Berufstätigkeit für Mütter mit Kindern unter drei Jahren vorliegen. Wenn wir uns ansehen, dass wir zurzeit 1 860 Plätze im Krippenbereich bei Tagesmüttern und institutionellen Einrichtungen für unter Dreijährige haben, stellt sich mir die Frage, wie viel Prozent das eigentlich von der Gesamtsumme der unter Dreijährigen sind und ob da das vorrangige Kriterium, was bisher für die Aufnahme galt, nämlich Berufstätigkeit der Eltern, an der Stelle schon seit Jahren nicht mehr in Bremen gültig ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(D)

Senatorin Rosenkötter: Zum einen weiß ich nicht, in welchem Bezug auf welche Gesamtgröße Sie diese Rechnung aufmachen, das hat sich mir in der Frage jetzt leider nicht erschlossen, aber ich möchte eines sagen: Es ist auch so, und das wissen Sie, dass wir gesagt haben, Mütter – und da gibt es eine Vereinbarung mit der BAgiS –, die nicht berufstätig sind und die hier einen Krippenplatz brauchen, sollen auch einen Krippenplatz erhalten, wenn es möglich ist. Insofern kann man die Gesamtgröße hier, glaube ich, nicht gleichsetzen. Das würde ich ganz deutlich unterstreichen, und das ist auch die Richtung unserer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich versuche, es noch einmal zu verdeutlichen: Sie wollen 35 Prozent an Plätzen schaffen, das sind 4 677 Plätze, und haben zurzeit 1 860. Die Frage ist an der Stelle, dass doch ein Großteil dieser Personen dem Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachgeht, um überhaupt einen solchen Krippenplatz in Anspruch nehmen zu können. Wenn ich das ausrechne, sind das ungefähr 15 Prozent.

(Glocke)

(A) **Präsident Weber:** Frau Kollegin, jetzt müssen Sie aber die Frage stellen, bitte!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Mich würde interessieren, ob es da irgendwelche Bedarfserhebungen gibt, denn dieses Kriterium Berufstätigkeit der Eltern ist ja bisher vorrangig für die Aufnahme, deswegen müsste es ja Unterlagen darüber geben, und wie Sie an der Stelle – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Frau Kollegin, Sie versuchen es immer wieder! Bitte keinen Redebeitrag, stellen Sie bitte präzise die Frage!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Es war eigentlich eine klare Frage, ob entsprechende Informationen darüber vorliegen, wie viele von diesen Plätzen wegen Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Anspruch genommen werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Die Fragestellung hieß „Fehlende Angaben im Gleichstellungsatlas“.

(Beifall bei der SPD)

(B) Zu dieser Frage haben wir uns geäußert, und zu dieser Frage haben wir auch ganz klar gesagt, dass es an der Stelle keine eigenen Recherchen gibt, und das bitte ich auch zu diesem Thema einfach entsprechend zur Kenntnis zu nehmen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Verstehe ich Sie richtig, dass es in anderen Bereichen aktuelle Studien dazu gibt, und diese Zahlen haben Sie hier nicht offengelegt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich weiß nicht, von welchen anderen aktuellen Studien Sie sprechen. Sie sprechen im Moment in Rätseln, und darauf kann ich leider nicht antworten!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Nach dem SGB VIII ist im Bereich der unter Dreijährigen eine jährliche Bedarfserhebung bei Eltern vorgesehen, um eben auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzufragen. Das wird zurzeit in Bremen nicht gemacht. Wann gedenken Sie, dies aufzunehmen? (C)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Ahrens, ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Dass Sie hier die Gelegenheit nutzen, in der Fragestunde, die sich auf den Gleichstellungsatlas bezogen hat, andere Themen mit einzupflegen, mag ja aus Ihrer Sicht verständlich sein. Ich möchte aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir hier einerseits auch unseren Schwerpunkt und unsere Aufgabe darin sehen, Müttern eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen und andererseits auch Familien in sozial schwierigen Situationen die Möglichkeit eines Krippenplatzes zu geben, auch wenn die Mütter nicht berufstätig sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr, Frau Arnold-Cramer!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, dass aufgrund des bundeseinheitlich gewählten statistischen Verfahrens für Bremen die Stichprobengröße so klein ist, dass sie nicht mehr aussagefähig ist und deswegen die Daten nicht im Atlas erhoben worden sind? (D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Vielen Dank, dass Sie dies hier noch einmal sehr deutlich gemacht haben! Genau das ist die Systematik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „Gewährleistung des Datenschutzes beim Einsatz von künstlicher DNA in Privathaushalten/Einsatz von sogenannten DNA-Duschen“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Öztürk, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Öztürk!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wo werden die Daten der Eigentümerinnen und Eigentümer von mit künstlicher DNA versehene Vermögensgegenständen gespeichert?

(A) Zweitens: Wer pflegt diese Datenbank, und ist die jederzeit mögliche Einsichtnahme in diese Datenbank durch die Eigentümerinnen und Eigentümer der Vermögensgegenstände gewährleistet?

Drittens: Wie wird ein fälschliches Auslösen der sogenannten DNA-Duschen verhindert, und wie verhält sich ein möglicherweise fälschliches Auslösen mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit der Betroffenen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Daten der Eigentümerinnen und Eigentümer werden in einer von der Firma SelectaDNA geführten Datenbank gespeichert. Diese Daten umfassen neben den persönlichen Angaben des beziehungsweise der Betroffenen wie Name, Vorname, Wohnort, Geburtsdatum, Telefonnummer und E-Mail-Adresse auch die Seriennummer des Markierungskits und eine dazugehörige individuelle PIN. So ist es möglich, im Auffindungsfall einen Gegenstand dem Erwerber des Markierungskits zuzuordnen.

(B) Zu Frage 2: Die Datenbank wird durch die Firma SelectaDNA gepflegt und administriert. Eine Einsichtnahme durch die Eigentümerinnen und Eigentümer in diese Datenbank ist jederzeit über die persönliche PIN gewährleistet. Darüber hinaus haben die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven über eine spezielle PIN Zugriff auf die Datenbank.

Zu Frage 3: Die Verantwortung für den Betrieb von DNA-Sprühanlagen liegt beim jeweiligen Anwender. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Unternehmen oder sonst Gewerbetreibende. Im öffentlichen Bereich werden diese Vorrichtungen bislang nicht eingesetzt. Dem Senat ist allerdings bekannt, dass die unbeabsichtigte Auslösung von DNA-Sprühanlagen durch technische Vorkehrungen weitgehend ausgeschlossen ist. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit wird durch den Einsatz der Sprühflüssigkeit nicht berührt, da es nach dem Stand der wissenschaftlichen Forschung für den menschlichen Körper ungefährlich und bei normalen Lichtverhältnissen unsichtbar ist. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Inwieweit wird seitens der Firma SelectaDNA, die diese Daten verwaltet, sichergestellt, dass ein Zugriff Dritter auf die Daten nicht erfolgt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Die Firma hat ein eigenes Datenschutzkonzept, und es gehört natürlich zu den vertraglichen Bedingungen, dass Dritte von dieser Information ausgeschlossen sind. Darauf basiert dieses gesamte Konzept.

(C)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben ausgeführt, dass es derzeit keine Planungen gibt, öffentliche Einrichtungen mit einer sogenannten DNA-Dusche auszustatten. Verfolgt der Senat Planungen, dies in Zukunft zu tun?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Das weiß ich nicht. Vielleicht nur einmal zum Begriff Duschen! Das hat nichts mit den Duschen im Sportbereich zu tun, sondern es ist ein winziger Sprühstoß, der beim Verlassen der Tankstelle ausgelöst wird. Das Schöne dabei ist, dass der Täter das in der Regel gar nicht mitbekommt. Das hilft natürlich der Polizei bei der Fahndung, weil wir die Sicherheit haben, dass diese Flüssigkeit – das ist eigentlich wirklich normales Wasser – auf seiner Haut bleibt. Erst, wenn sich der Körper nach bekanntlich sechs Wochen einmal schuppt, geht es langsam herunter, und auf seiner Kleidung bleibt es dauerhaft. Ich finde, das ist eine so gute Möglichkeit, die Betroffenen zu schützen. Ich glaube, es ist auch ganz wichtig, sich das einmal aus Sicht der Opfer anzuschauen. Es sind in der Regel Frauen, die abends allein in den Tankstellen sitzen, die überfallen werden. Es sind Serientäter, die nicht nur einmal kommen, und der Ablauf ist immer der gleiche: Sie setzen den Frauen die Pistole an den Kopf oder bedrohen sie mit dem Messer. Ihnen dies zu ersparen und es zu verhindern ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, und deswegen ist dieser Einsatz, glaube ich, sehr verhältnismäßig.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Zur Aufklärung meines Rechtsverständnisses vielleicht noch kurz: Bedarf es einer Rechtsgrundlage, um Menschen mit irgendetwas zu besprühen, was sie nicht verletzt, oder kann man das einfach so in der Öffentlichkeit machen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, ich glaube, dass unsere Rechtsordnung ausreichend ist. Jeder hat die Möglichkeit, sich zu schützen, er muss natürlich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren. Ich kann kei-

(A) nen Zaun mit 1 000 Volt beschicken, um mein Eigentum zu schützen, aber ich kann eine Kamera installieren, was ja bei den Tankstellen und Banken auch der Fall ist; ich kann mir andere Sachen überlegen. Wenn man das Ganze einmal unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit ansieht: auf der einen Seite dieser massive Angriff auf wehrlose Opfer und auf der anderen Seite der Schuss aus einer Sprühpistole, der nicht mehr ist als ein Druck auf eine Parfümflasche. Ich glaube, darüber sollten wir uns nicht so tiefe Gedanken machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, ich möchte noch einmal auf den Datenschutz und die Eigentümer zurückkommen, die die künstliche DNA einsetzen! Können Sie bestätigen, dass mit diesen Eigentümern quasi ein Vertrag gemacht wird und dass sie sich sehr wohl bewusst darüber sind, was mit ihren Daten passiert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, es geht ja darum, dass nur das Minimum an Daten gespeichert wird. Das heißt, damit dieses Konzept funktioniert, muss an einer Stelle konkret registriert werden, welche Daten diese DNA-Flüssigkeit enthält, und ich muss wissen, wer sie einsetzt. Das ist eigentlich das Einzige, was ich haben muss, um später herauszufinden, wem der gestohlene Computer oder andere Gerätschaften gehören. Ich glaube, dieses Minimum ist gewährleistet. Wir leben in Europa. Wir wissen zwar, dass es eine niederländische Gesellschaft ist, die aber demnächst auch einen Sitz in der Bundesrepublik haben wird, und auch da gilt europäisches Datenschutzrecht. Insofern, glaube ich, können wir uns da sicher sein, dass mit diesen Daten sorgfältigst umgegangen wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage, die die Anschaffung eines Feuerlöschbootes betrifft, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Entwicklungsperspektiven der bremischen Werften**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Günthner, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Günthner!

Abg. **Günthner** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat den 2007 von der Bremischen Bürgerschaft geforderten Innovationsplan für den Schiffbaustandort Land Bremen vorlegen?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Notwendigkeit einer kurzfristigen Analyse der Forschungs- und

Entwicklungspotenziale beziehungsweise -perspektiven der bremischen Schiffbauindustrie insbesondere vor dem Hintergrund der krisenbedingt zugespitzten Probleme der Branche?

Drittens: Welche Bedeutung misst der Senat der Lösung der Schlickproblematik für die Zukunftsfähigkeit und -gestaltung der bremischen Werften zu?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Den aktuellen Planungen zufolge wird der Innovationsplan für den Schiffbaustandort Land Bremen als Teil des Masterplans Industrie im ersten Quartal des Jahres 2010 – parallel mit der Vorlage des Innovationsprogramms 2020 – vorgelegt werden.

Zu Frage 2: Der Senat ist sich der Notwendigkeit einer Analyse der FuE-Potenziale beziehungsweise -Perspektiven der bremischen Schiffbauindustrie bewusst. Er hat aus diesem Grunde frühzeitig der maritimen Wirtschaft – und damit auch dem Schiffbau – besonderen Raum im Rahmen des in der Aufstellung befindlichen Innovationsprogramms 2020 beigemessen. Der strategische Entwicklungsrahmen für die Schwerpunkte des Innovationsprogramms sowie die geplanten Aktivitäten in den Jahren 2008 bis 2013 sind in der Sitzung der Deputation für Wirtschaft und Häfen am 5. März 2008 dargestellt worden. Dabei soll auch das Problem Innovationspotenzial des Schiffbaus untersucht werden. Ferner werden die bremischen Interessen in den unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Aufstellung befindlichen nationalen Masterplans Maritime Technologien sowie im Rahmen der integrierten EU-Meeresspolitik eingebracht.

Zu Frage 3: Der Senat sieht sich in der Verantwortung, die Wirtschaftskraft der Werften durch eine Unterstützung bei der Lösung der Schlickproblematik zu stärken. Hierzu hat bereits eine Reihe von Gesprächen zwischen unterschiedlichen Vertretern der Politik und der Werftunternehmen stattgefunden. Als Ergebnis wurde seitens des Senators für Wirtschaft und Häfen ein Vorschlag erarbeitet, der den Werften eine Planungssicherheit für die Entfernung von Sedimenten aus ihren Dockgruben sowie eine Begrenzung der finanziellen Belastungen gewährleistet. Die Einzelheiten des Vorschlags wurden Vertretern von Bremerhavener Werften inzwischen vorgestellt und werden nach Rückäußerung abschließend erörtert. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Ich bin erst einmal dankbar, dass wir uns langsam einer Lösung dieses Problems

(C)

(D)

(A) annähern, kann mir aber natürlich die Frage nicht verkneifen, warum es so lange gedauert hat, mit den Werften zu einer Lösung zu gelangen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Weil es ein kompliziertes Problem ist, das mit hohen Kosten für die Werften oder den Haushalt des Landes Bremen verbunden ist! Wir haben viele Gespräche mit den Werften geführt. Dabei muss man sehen, dass wir wohl rechtlich nicht verpflichtet sind, uns hier finanziell zu engagieren, allerdings muss man auch sehen, dass sich in den letzten zehn Jahren die Situation in Bezug auf die Schlickproblematik erheblich verändert hat. Früher ging es um das Verklappen in der Nordsee, dies ist gesetzlich nicht mehr zulässig. Die hohen Kosten entstehen nicht durch das Ausbaggern, sondern durch das Entsorgen, in der Regel auf der Deponie in Seehausen. Wir selbst haben auch Probleme mit der Kapazität der Deponie in Seehausen. Das alles führt dazu, dass es ein kompliziertes Problem ist, an dem man arbeiten muss. Wir haben den Werften jetzt einen Vorschlag unterbreitet und warten auf ihre Antwort.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Günthner** (SPD): Gehen Sie denn davon aus, dass die Werften diesen Vorschlag annehmen werden, beziehungsweise bis wann rechnen Sie mit einer Rückäußerung, damit man insbesondere auch im Interesse des Werftenstandorts Bremerhaven zu einer Lösung kommen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich gehe davon aus und bin ganz zuversichtlich, dass die Werften unseren Vorschlag annehmen werden. Es liegt ja in ihrem Interesse, relativ schnell zu antworten. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass wir noch ein Verfahren einer Werft haben, das sich lange hinzieht, aber ich glaube, wir werden trotzdem relativ schnell eine Lösung finden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Weil Sie das Stichwort Verfahren ansprachen: Gehen Sie dann davon aus, dass der Vorschlag, den Ihr Haus erarbeitet hat, unter Umständen auch dazu beitragen kann, dieses Verfahren zügig zu einem Ende zu bringen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Unsere Vorschläge richten sich auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit, deswegen werden Probleme der Vergangenheit

damit nicht gelöst. Wir sind da zwar zu einem Mediationsverfahren bereit, aber wir werden auch hier den Rechtsweg zu Ende gehen. Ansonsten glauben wir, dass die Werft auch ein Interesse haben wird, sich mit uns zu einigen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Da die Entwicklungsperspektiven für die Werften im Lande Bremen nicht nur aus der Schlickproblematik bestehen, gestatten Sie mir, dass ich noch einmal auf die Antwort zu Frage 2 zurückkomme! Da haben Sie geantwortet, dass die Innovationsaktivitäten im Bereich Schiffbau in der Deputations Sitzung im März 2008 dargestellt worden sind. Dort kommt im strategischen Entwicklungsrahmen für das Thema maritime Wirtschaft das Wort „Schiffbau“ kein einziges Mal vor. Können Sie uns darlegen, welche Aktivitäten Sie, nachdem in der genannten Vorlage für die Deputations Sitzung das Wort „Schiffbau“ nicht vorkommt, bisher unternommen haben, um dieses Innovationspotenzial erstens zu entdecken und zweitens weiter voranzubringen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich kann jetzt nicht prüfen, ob das Wort „Schiffbau“ nicht vorkommt.

(Abg. **Kastendiek** [CDU]: Ich kann es Ihnen vorlesen, wenn Sie möchten, den strategischen Entwicklungsrahmen! Sie werden feststellen, dass –.)

Das brauchen Sie nicht! Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir uns in den letzten eineinhalb Jahren sehr intensiv mit der Entwicklung der Werften beschäftigt haben. Wir haben sehr stark an dem Versuch mitgearbeitet, eine vernünftige Regelung für die SSW-Werft in Bremerhaven zu finden. Wir sind Miteigentümer der Lloyd Werft und sind nahezu monatlich mit den Werften in Gesprächen, um hier eine bessere Aufstellung des Schiffbaus hinzubekommen, das ist ein ganz schwieriges Unterfangen.

Dann müssen Sie auch berücksichtigen, wenn man von Innovationen spricht, dass die Werften im Land Bremen praktisch, im Handelsschiffbau jedenfalls, nur noch in der Reparatur und im Umbau von Schiffen tätig sind. Dort ist das Innovationspotenzial vergleichsweise gering, da kommt es vor allen Dingen darauf an, dass wir Innovation im Management herbeiführen, und dazu haben wir die Geschäftsführung der Werften auch mehrfach aufgefordert und sind mit ihnen in sehr intensiven Gesprächen. Ich kann Ihnen eines versichern: Wir sind weit überproportional darauf bedacht, den verbliebenen Schiffbau im Land Bremen wettbewerbsfähig zu halten, soweit das mit staatlichen Mitteln möglich ist. Hier sind aber zualtererst auch die Unternehmen gefordert.

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Das Ziel, den Schiffbau hier im Lande Bremen zu sichern und zu stabilisieren, ist, glaube ich, fraktionsübergreifend Konsens. Dennoch lassen Sie mich noch einmal auf Ihre Antwort zurückkommen! Sie haben über das Innovationspotenzial gesprochen. Das, was Sie als Maßnahmen dargelegt haben, sind eher industriepolitische Ansätze, das hat aber wenig mit Innovationspolitik zu tun. Könnten Sie da an der Stelle noch einmal konkreter werden, was jetzt hinsichtlich des Innovationspotenzials und des strategischen Entwicklungsrahmens in den letzten eineinhalb Jahren vom Senator für Wirtschaft oder Wissenschaft unternommen worden ist, um dieses Thema voranzubringen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich wiederhole, die im Handelsschiffbau tätigen Werften sind im Umbau und der Reparatur von Schiffen tätig. Das Innovationspotenzial in diesen Bereichen ist vergleichsweise gering. Wir sind bereit, die Werften bei der Einführung neuer Managementtechnologien zu unterstützen, dass die Werften dort in der Lage sind, kostengünstiger zu operieren. Wir sind als Gesellschafter der Lloyd Werft dort wiederholt tätig, wir haben einen Berater, der ihnen Vorschläge unterbreitet hat. Die Werften selbst sind von ihrer finanziellen Stärke her nicht in der Lage, Innovationen in großem Stil durchzuführen. Man muss dabei auch sehen, dass wir im Rahmen des europäischen Beihilferechts tätig werden, das uns nur ganz geringe Spielräume hierbei ermöglicht.

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Ich könnte meine Frage jetzt noch dreimal wiederholen, es würde doch keine andere Antwort dabei herauskommen. Ich würde es begrüßen, wenn Sie auf einer der nächsten Deputationssitzungen das Thema vielleicht ein bisschen weitgehender und tiefgreifender darstellen, weil ich glaube – da teile ich Ihre Einschätzung –, dass das nicht nur eine Frage der Politik, sondern natürlich auch eine Frage der Unternehmen ist. Auch wenn es Reparaturwerften sind, ist das Thema Innovation im Schiffbau ein ganz wesentliches. Wären Sie dazu bereit, um dann auch gleich auf die Frage zu kommen, Herr Präsident, das dann auf einer der nächsten Deputationssitzungen zu berichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wir berichten gern darüber und werden unsere Aktivitäten ausführlich darstellen. Man muss aber eines sehen: Die Zeiten der Vergangenheit, wo Werften automatisch eine bestimm-

te Prozentzahl des Umsatzes als Subvention bekamen, was ihnen im Übrigen auch nicht bei den Innovationen geholfen hat, sind vorbei. Wir helfen durch direkte Beratung in vielen Feldern, und die größte Hilfestellung – das muss ich auch noch einmal deutlich sagen –, die das Land Bremen gegeben hat, ist die Beteiligung an der Lloyd Werft, sonst gäbe es die Lloyd Werft und die meisten Arbeitsplätze im Schiffbau in Bremerhaven sowieso nicht mehr. Aber wir berichten in der Deputation ausführlich darüber.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, würden Sie mir zustimmen, dass die sehr umfangreiche Studie zu den Potenzialen von „Clean Ship“ ein erster Schritt dahin ist, Werften und auch andere Schiffbaubetriebe weiter zu vernetzen, um hier im Bereich der Forschung und Entwicklung näher zusammenzurücken und Innovationspotenzial deutlich zu machen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich danke Ihnen für diesen Hinweis! Die Vernetzung der Werften, die wir schon weitgehend haben, ist ein ganz wichtiger Schritt, auch um sie wettbewerbsfähiger zu machen. Das Projekt „Clean Ship“ ist ein wichtiger Beitrag dazu, und wir haben in diesem Rahmen Maßnahmen vorgesehen, wie man gerade auch ökologisch vernünftigen Schiffbau, Schiffsumbau und Reparaturen durchführen kann.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Ich versuche erst einmal den Versuch der Ehrenrettung für den Staatsrat auch in eine Frage zu kleiden, weil man natürlich zur Kenntnis nehmen muss, und das tun Sie sicher auch, Herr Staatsrat,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wenn er schon von Ihnen gerettet werden muss!)

dass das Wirtschaftsressort vor 2007 auch nicht die sonderlich größten Anstrengungen unternommen hat, um einen Innovationsplan, geschweige denn Masterplan, für den Werftenstandort im Land Bremen vorzulegen. Sonst hätte es natürlich auch nicht diesen einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft zu diesem Thema gegeben, oder?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Es handelt sich ja um eine Anfrage aus der letzten Legislaturperiode. Ich muss aber dazu sagen: Wir unterstützen den Schiffbau sehr

(A) nachhaltig. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die wesentlichen Handelsschiffbauwerften ohne staatliche Unterstützung nicht mehr existieren würden. Der Schiffbau ist für uns nach wie vor ein wichtiger Faktor. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass die innovativsten Werften, die wir im Land Bremen haben, die aber nicht im Handelsschiffbau tätig sind, keine staatliche Hilfe benötigen. Wir geben dem Schiffbau nach wie vor eine hohe Priorität, weil er insbesondere für Bremerhaven ein ganz wichtiger Zweig ist. Wir glauben im Übrigen auch, dass der Reparatur- und Umbaustandort Bremerhaven im nationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Ich glaube, wir sind in dieser Hinsicht sehr aktiv gewesen, und wir nutzen das aus, was noch an Potenzial in Bremerhaven und Bremen ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Nichtsdestoweniger schließt sich dann natürlich schon auch, nachdem, was Sie in den vorangegangenen Antworten beschrieben haben, im Hinblick auf Innovationspotenziale, zwangsläufig die Frage an, warum es bis zum Jahr 2010 dauert, bis das zuständige Haus einen entsprechenden Plan vorlegt, wenn doch offenbar in diesem Haus im Jahr 2007 das Problem schon bekannt war.

(B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Erstens sind wir tagtäglich und wöchentlich an der Arbeit dran und an der Arbeit mit den Werften, einen Plan zu entwickeln. Zurzeit will ich darauf hinweisen, wenn Sie da das Thema Hafenschlick mit einbeziehen, dass nach meiner Kenntnis keine Werft irgendeinen Auftrag verloren hat, weil die Tiefe des Hafens nicht ausreichte. Man muss einfach einmal sehen, die Werften haben Aufträge, sie können Aufträge annehmen, und es ist nicht ein Problem des Hafenschlicks, das ihre Tätigkeit akut in Frage stellen würde.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Meine Frage zielte insbesondere darauf ab, ob bei Ihnen die Einschätzung vorhanden ist, dass man durch ein frühzeitiges Vorlegen eines Innovationsplanes und einer Innovationsentwicklung für den Werftenstandort Land Bremen in der Boomphase erreicht hätte, Fehler und Probleme, die jetzt entstehen, in der Krisenphase abzufedern, weil man dann schon wesentlich mehr im Bereich Innovation hätte tun können.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich glaube nicht, dass wir schneller hätten handeln können. Man muss sehen,

dass die Werften in der Boomphase aus verständlichen Gründen neue Aufträge hineingenommen haben, das kann ich nachvollziehen, auch wenn das häufig nicht ganz gute Ergebnisse waren. Wir haben immer darauf gedrängt, Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Werften als einen wesentlichen Faktor zu sehen, wir haben auf die Managementprobleme hingewiesen. Das sind die wesentlichen Probleme, die gerade die Werften in Bremerhaven gehabt haben. Da sind sie jetzt auf besseren Wegen, und wir unterstützen sie dabei.

(C)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Da wir offensichtlich nicht nur in dieser heutigen Fragestunde, sondern schon in der Vergangenheit eine gewisse großkoalitionäre Amnesie feststellen konnten: Wären Sie denn bereit, dem Abgeordneten Günthner mitzuteilen, in welchem Verantwortungszeitraum die Beteiligung der Lloyd Werft stattgefunden hat? Das wird hier als eine der wesentlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des wichtigen Unternehmens in Bremerhaven dargestellt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Die Beteiligung des Landes Bremen an der Lloyd Werft hat in der vergangenen Legislaturperiode stattgefunden, und wir setzen diese Arbeit jetzt fort.

(D)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Wenn wir schon über Amnesie sprechen, wären Sie dann auch bereit, Herr Staatsrat, dem Kollegen Kastendiek mitzuteilen, welche Werften es noch in Bremerhaven neben der Lloyd Werft gibt? Es handelt sich nämlich nicht nur um einen Standort mit einer Werft, sondern um eine ganze Reihe von Werften, die alle von ähnlicher Bedeutung für Arbeitsplätze in Bremerhaven sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Sie erwarten jetzt von mir eine Auflistung der Werften in Bremerhaven. Die bedeutendste ist die Lloyd Werft, daneben haben wir die MWB Motorenwerke als zweitwichtigste, wir haben die Bredo-Werft, und wir haben die Rickmers Lloyd Dockbetrieb GmbH und Co KG. Ich hoffe, dass ich Ihnen jetzt eine vollständige Liste der Werften gegeben habe. Sie sehen aber daran, dass wir mit all diesen Werften im Gespräch sind und wir im Übrigen mit vielen Werften auch gute Lösungen haben, die bei einer Beschäftigtenzahl von 50 bis 100 am Markt erfolgreich operieren, weil sie sehr flexibel sind.

(A) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Abrechnung und Verordnung von Lymphdrainage für Brustkrebspatientinnen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Arnold-Cramer!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Auswirkungen hatten die Vereinbarungen des vom Gesundheitsressort moderierten runden Tisches zur Lymphdrainage für Brustkrebspatientinnen auf Abrechnungsmöglichkeiten und Verordnungspraxis dieser Therapie im Land Bremen?

Zweitens: Welche Vereinbarungen wurden getroffen und umgesetzt?

Drittens: Welche Probleme beziehungsweise Dissonanzen bestehen in dieser Frage gegebenenfalls noch zwischen Gynäkologinnen und Gynäkologen und Kassenärztlicher Vereinigung im Land Bremen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

(B) **Senatorin Rosenkötter:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die folgenden Antworten basieren auf einer Auskunft der Prüfungsstelle Ärzte/Krankenkassen, die mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen und der AOK Bremen/Bremerhaven abgestimmt ist. Darüber hinausgehende eigenständige Erkenntnisse liegen dem Senat nicht vor.

Zu Frage 1: Infolge des runden Tisches haben die Kassenärztliche Vereinigung Bremen, die im Land Bremen tätigen Krankenkassenverbände und der Berufsverband der Frauenärzte gemeinsam eine Vereinbarung entworfen, die sich derzeit im Abstimmungsverfahren befindet und rückwirkend zum 1. Januar 2009 in Kraft treten soll. Hintergrund waren Budgetüberschreitungen von einzelnen Frauenärztinnen und -ärzten im Heilmittelbereich bei der Verordnung von Lymphdrainagen. Hier war es in den vergangenen Jahren zu Regressforderungen der Krankenkassen gekommen.

Die Aussicht auf den Abschluss der genannten Vereinbarung hat bisher zwei Frauenarztpraxen dazu bewogen, einer Beendigung der gegen sie eingeleiteten Prüfverfahren für Zeiträume vor 2007 durch Vergleich zuzustimmen. Weitere gütliche Einigungen könnten folgen, denn die fünf wegen Überschreitungen im Jahr 2007 zur Prüfung ausgewählten Praxen werden erst im November ihre Bescheide erhalten.

(C) Ferner sind inzwischen zahlreiche Gynäkologinnen und Gynäkologen wieder dem Disease-Management-Programm Brustkrebs beigetreten, nachdem hier vor Erarbeitung der beschriebenen Kollektivregelung Austritte zu verzeichnen waren.

Auswirkungen des runden Tisches auf die aktuelle Verordnungspraxis von Lymphdrainagen lassen sich derzeit noch nicht feststellen, weil Auswertungen über im Jahr 2009 – also nach dem runden Tisch – entstandene Heilmittelkosten erst im Jahr 2010 vorliegen werden. Patientinnenbeschwerden wegen verweigerter Lymphdrainage-Verordnungen waren in den letzten Wochen weder bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen noch bei der Prüfungsstelle zu verzeichnen.

Zu Frage 2: Ein Entwurf der Vereinbarung wurde am 12. Oktober an die Beteiligten versandt. Nachdem seitens des Berufsverbandes der Frauenärzte noch Änderungswünsche geäußert wurden, wird der Entwurf derzeit überarbeitet.

(D) Die Vereinbarung soll nach dem derzeitigen Stand unter anderem folgende Regelungen enthalten: Für die Fachgruppe der niedergelassenen und ermächtigten Bremer Gynäkologinnen und Gynäkologen gelten künftig kollektive Ausgabenobergrenzen. Bei Einhaltung dieser Ausgabenobergrenzen werden die genannten Gynäkologinnen und Gynäkologen von der Richtgrößenprüfung für Heilmittel für das jeweilige Kalenderjahr befreit. Bei Nichteinhaltung der jeweiligen Obergrenze haften alle Gynäkologinnen und Gynäkologen für den jeweiligen Überschreitungsbeitrag.

Zu Frage 3: Die Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung Bremen waren mit der Entwurfsfassung einverstanden, während der Berufsverband der Frauenärzte unter anderem geltend machte, dass für den Fall der Kollektivhaftung der Frauenärzte die maximale Regresssumme pro Arzt pauschal auf 250 Euro beschränkt werden müsse.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen verwies darauf, dass eine solche Haftungsbeschränkung pro Arzt in den mündlichen Verhandlungen nicht zugesagt worden war und auch nicht möglich sei.

Nicht strittig waren die vorgeschlagenen Ausgabenobergrenzen für die Kalenderjahre 2009 bis 2011. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Nein, ich bedanke mich für die ausführliche Antwort!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Vielleicht darf ich an der Stelle einfach nur anmerken, dass das hier natürlich auch darauf zurückzuführen ist, dass wir eine Eini-

(A) gung bekommen haben, weil Frauen sich gemeldet haben, und diese Nachfrage dann diesen runden Tisch, glaube ich, hier sehr befördert hat. Deswegen vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf das **Programm „Lernen vor Ort“ im Land Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche finanziellen Mittel erhält das Land Bremen für seine beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven aus dem Programm „Lernen vor Ort“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung?

Zweitens: Welche neuen Erkenntnisse sollen gewonnen, welche konkreten Ziele und welche nachprüfbareren Ergebnisse sollen erreicht werden?

Drittens: Weshalb wird zur Steuerung und Koordination des Programms eine Stabsstelle in der Senatskanzlei eingerichtet und nicht bei der Senatorin für Bildung?

(B) **Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Schulte.

Staatsrat Schulte: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „Lernen vor Ort“, für das Fördermittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds in Höhe von insgesamt rund 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, erhält die Stadtgemeinde Bremen bis zum 31. Dezember 2010 einen Zuschuss in Höhe von circa 325 000 Euro und Bremerhaven circa 543 000 Euro. Insgesamt beträgt der Zuschuss für die beiden Kommunen circa 868 000 Euro. Für die zweite Teilphase des Projektes vom 1. Januar 2011 bis zum 31. August 2012 erfolgte eine unverbindliche Inaussichtstellung in Höhe von insgesamt circa 1 185 000 Euro, davon circa 537 000 Euro an die Stadtgemeinde Bremen sowie circa 648 000 Euro an Bremerhaven.

Zu Frage 2: Die Zuwendung und die Inaussichtstellung von Bundes- beziehungsweise ESF-Mitteln erfolgten für das Vorhaben „Zukunft Bildung Bremen/Bremerhaven“. Ziel des Vorhabens ist der Aufbau eines nachhaltigen ressort- und fachübergreifenden kommunalen Bildungsmanagements. Es wird vor allem darum gehen, bestehende Bildungsangebote auf kommunaler und lokaler Ebene stärker zu vernetzen, ein Bildungsmonitoring aufzubauen, wodurch steuerungsrelevante Daten systematisch und mög-

lichst zeitnah zur Verfügung gestellt werden, das Übergangsmanagement zwischen den einzelnen Bildungsstationen entlang der Bildungsbiographie zu verbessern und eine effektive Bildungsberatung aufzubauen, um zum Beispiel den Zugang junger Menschen zu du-aler Ausbildung zu verbessern.

(C)

Zu Frage 3: Im Vordergrund steht das Lebensbegleitende Lernen, das in Bremen und Bremerhaven von mehreren Fachressorts verantwortet wird. Die Steuerung und die Koordination obliegen der Senatskanzlei, weil im Verlauf des mehrstufigen Bewerbungsverfahrens deutlich wurde, dass wegen des ressortübergreifenden Ansatzes die zentrale Steuerung des Vorhabens ein wichtiger Aspekt für die Auswahl der Kommunen Bremen und Bremerhaven durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft war. Die Durchführung der Teilprojekte erfolgt durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie den Magistrat der Stadt Bremerhaven. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Herr Staatsrat, Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift **„Umsetzung der Schulreform in Bremerhaven“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Rohmeyer, Ravens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

(D)

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Teilt der Senat die Auffassung, dass das von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) beschlossene und zum 1. August 2009 in Kraft getretene neue Bremische Schulgesetz ein Landesgesetz ist, das auch für die Stadtgemeinde Bremerhaven gilt und dort entsprechend anzuwenden ist?

Zweitens: Teilt der Senat die Auffassung, dass Bremerhaven deshalb – unbeschadet der Entscheidung als Kommune über den Umfang des Schulangebotes – verpflichtet ist, die im Bremischen Schulgesetz vorgesehene Schulform des Gymnasiums vorzuhalten?

Drittens: Wie will der Senat sicherstellen, dass die Stadtgemeinde Bremerhaven die mit dem neuen Bremischen Schulgesetz verbundene Schulreform gesetzeskonform umsetzt?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(A) Zu Frage 1: Ja!

Zu Frage 2: Der Senat teilt nicht die Auffassung, dass Bremerhaven nach dem Bremischen Schulgesetz verpflichtet ist, die dort vorgesehene Schulart Gymnasium vorzuhalten. Nach Paragraph 6 Absatz 1 des – insoweit unveränderten – Bremischen Schulverwaltungsgesetzes liegen, so wörtlich, „die Einrichtung, Verlegung und Auflösung von Schulen unter Berücksichtigung pädagogischer und finanzieller Notwendigkeiten im Ermessen der Stadtgemeinden. Die Stadtgemeinden haben bis zur Jahrgangsstufe 10 ein Schulangebot vorzuhalten, das jeder Schülerin und jedem Schüler ermöglicht, den Bildungsgang zu besuchen, der den Erwerb der angestrebten abschließenden Berechtigung eröffnet“. Soweit das Schulgesetz! Der im Gymnasium angebotene Bildungsgang mit der abschließenden Berechtigung Abitur wird auch in der Oberschule angeboten.

Zu Frage 3: Dem Senat liegen zurzeit keine Informationen vor, dass die Stadtgemeinde Bremerhaven bei der ihr als Selbstverwaltungsangelegenheit obliegenden Aufgabe der äußeren Schulverwaltung geltendes Landesrecht nicht anwendet. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Rohmeyer** (CDU): Mehrere, aber ich beginne gern mit einer: Frau Senatorin, könnten Sie mir freundlicherweise den Unterschied zwischen den Begriffen Bildungsgang, Schule und Schulart erläutern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das finden Sie im Gesetz dargestellt, und Sie wissen, dass wir hier an dieser Stelle nichts verändert haben gegenüber dem Gesetz, das die Große Koalition verabschiedet hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, ich war darauf vorbereitet, ich habe das neue Bremische Schulgesetz hier, Paragraph 20 Nummer 1. Sie sind auf das Schulverwaltungsgesetz eingegangen, ich gehe erst einmal auf das Schulgesetz ein, das hier das entscheidende ist. Paragraph 20 Nummer 1 beginnt mit: „Die an die Grundschule anschließenden Schularten sind die Oberschule und das Gymnasium“. Darum frage ich noch einmal: Worin liegt der Unterschied zwischen einem Bildungsgang und einer Schulart, Frau Senatorin?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Die Schulart ist hier doch als Oberschule und Gymnasium beschrieben, der Bildungsgang kann in beiden Schularten da sein. Im

Gymnasium ist der Bildungsgang der gymnasiale mit dem entsprechenden Abschluss, und in der Oberschule gibt es mehrere Bildungsgänge, so ist das hier auch definiert.

(C)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, sind wir uns auch einig, da Sie ja die Begründung für das Schulgesetz mit abgeliefert haben, das ich hier auch vorliegen habe, dass es sich um verschiedene Bildungsgänge an der Oberschule und am Gymnasium handelt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Nein, wenn Sie den gymnasialen Bildungsgang meinen, dann gibt es in der Tat den gymnasialen Bildungsgang, der nach zwölf Jahren, also achtjährig, abschließt, und den gymnasialen Bildungsgang, der nach neun Jahren abschließt. Wir haben den gymnasialen Bildungsgang nach acht Jahren ausschließlich am Gymnasium, und beide Bildungsgänge, sowohl den achtjährigen als auch den neunjährigen, an der Oberschule.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(D)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, wir hatten uns gemeinsam, glaube ich, in diesem Fall sogar darüber gefreut, dass mit der Novelle des Schulgesetzes und dem Inkrafttreten des neuen Bremischen Schulgesetzes das bisherige Stufenschulsystem in Bremen der Vergangenheit angehört. Auch Sie waren darüber, weil Sie sich auch für durchgängige Bildungsgänge stark gemacht haben, erfreut. Die „Nordsee-Zeitung“ des gestrigen Tages berichtet unter der Überschrift „Ab 2012 nur Oberschulen“ – von daher sehen Sie, wie vorausschauend unsere Frage hier heute an Sie ist – über Oberschulen von einem Typ A und B, die vom Schulamt Bremerhaven entwickelt wurden. Ist Ihnen diese Planung bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Bisher nicht offiziell! Das heißt also, mir ist die Planung noch nicht zugegangen. Ich kenne sie informell, wir prüfen auch gerade die rechtliche Beständigkeit. Allein das Datum 2012, das wissen Sie, ist nicht mit dem Gesetz konform.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, wie bewerten Sie den Satz „Denn der Kern des Gesetzes, das Gymnasium zu belassen und daneben eine gleich-

(A) wertige Schulart, die Oberschule, zu entwickeln, wird nach meinem Eindruck von der breiten Mehrheit getragen, zumal wir durch den Konsens diese Schulstruktur bis 2017 festgeschrieben haben, und wir stehen zu unserem Wort.“?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann solche Sätze hier ad hoc schwer bewerten, ob sie gut, schlecht oder sonst wie sind. Diesen Satz hätte ich gern vorgelegt, und dann kann ich Ihnen den genau darlegen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, es ist ein Zitat von Ihnen aus der Debatte vom 17. Juni hier im Plenarprotokoll auf Seite 3470!

(Senatorin J ü r g e n s - P i e p e r : Das habe ich schon vermutet! Das habe ich hier gedruckt vorliegen!)

(B) Kann es sein, dass Teile der den Senat tragenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen, Unterbezirksverband Bremerhaven – Sie gehören zumindest der Landesorganisation an, so vermute ich –, beabsichtigen, die Schulart Gymnasium, die laut Schulgesetz ja eine Existenzberechtigung hat und durch den Konsens politisch auch bis zum Jahr 2019 gesichert ist, und konkret den Schulstandort Lloyd-Gymnasium, Bremerhaven, abschaffen wollen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wenn Sie jetzt mit mir den Konsens diskutieren wollen, dann kann ich Ihnen sagen, dass wir in den Konsensverhandlungen ausdrücklich die Fragen Bremerhavens außen vor gelassen haben,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

weil es eine andere Koalition dort gibt und weil es sich denjenigen, die da am Tisch saßen, entzog, hier über Bremerhaven hinweg Bestimmungen zu treffen. Das haben wir ganz bewusst nicht gemacht, aber das Landesgesetz gilt natürlich.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ich war ja bei dieser Endrunde nicht dabei, aber unser Landesvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender waren dabei. Können Sie es bestätigen, dass es den konkreten Vorschlag

da von Vertretern gab, das Lloyd-Gymnasium im Konsens festzuschreiben, und es Vertreter der SPD waren, die nach Rücksprache am Telefon mit Bremerhavener Vertretern dies abgelehnt haben?

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Haben Sie es abgehört?)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das Verfahren kann ich so nicht bestätigen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Nein, im Moment nicht!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Böschen!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Nachdem Herr Rohmeyer nun so wortreich ausführlich alle verschiedenen und auch formalen Einzelheiten, die mit der Umstellung des neuen Schulsystems verbunden sind, hier dargestellt hat, und wir ja schon von vielen Seiten gehört haben, dass das eigentlich in die Bildungsdeputation gehört, möchte ich das Ganze noch einmal auf eine Frage zuspitzen, von der ich glaube, dass er sie eigentlich gemeint, aber nicht gestellt hat. Frau Senatorin, teilen Sie die Befürchtungen, von denen ich glaube, dass Herr Rohmeyer sie besitzt, dass die Qualität der gymnasialen Bildungsgänge an den Oberschulen in irgendeiner Weise nicht hinreichend oder nicht vergleichbar ist mit der Qualität am Gymnasium?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wir werden alles dafür tun, dass die Qualität identisch ist, und ich denke, das hat bereits am 1. August 2009 begonnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, teilen Sie die im Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz und im Bremer Bildungskonsens festgelegte Auffassung, dass es eine Wahlfreiheit zwischen zwei gleichwertigen Schularten, dem Gymnasium und der Oberschule, im Lande Bremen für alle Eltern geben sollte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(C)

(D)

(A) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Wir haben dies, das habe ich eben schon gesagt, für die Stadtgemeinde Bremen so im Konsens festgelegt, und wir haben im Schulgesetz eine Wahlfreiheit, und wenn man diese sieht, dann ist es auch eine Wahlfreiheit, die sich auf den Bildungsgang bezieht, das wissen Sie auch, Sie haben dieses Gesetz ja mit konstruiert. Vielleicht liegt es sogar schon länger zurück, dass Bremen hier eine besonders moderne Form der Wahlfreiheit hineingeschrieben hat. Ich kann eben nicht sagen, seit wann es eigentlich im Gesetz steht, zumindest haben Sie es nicht verändert, dass es die Wahlfreiheit am Ende für den Bildungsgang gibt, nicht für die Schulart.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Da Sie sich jetzt nur auf die Stadtgemeinde Bremen bezogen haben, Frau Senatorin, frage ich noch einmal, ob Sie die Wahlfreiheit zwischen Schularten auf Landesebene im Schulgesetz begrüßen oder nicht begrüßen würden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich werde mich nicht in andere Koalitionen einmischen, die es gibt. Ich denke, es gibt dort eine Koalition in der Stadtgemeinde Bremerhaven, und es steht mir nicht zu, dort etwas, was im Gesetz möglich ist, auszuschließen.

(B)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, wenn die Wahlfreiheit zwischen Schularten auf Landesebene nicht mehr gewährleistet sein sollte, würden Sie dann als zuständige Fachsenatorin auf Landesebene kommunalaufsichtlich tätig werden müssen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Nein! Ich habe Ihnen soeben schon erklärt, dass es in dem Benehmen, in der Verantwortung der Stadtgemeinden liegt, welches Schulangebot sie vorhalten, so haben wir das auch mit dem Justizressort abgestimmt. Diese Frage ist durchaus auch in der Ressortabstimmung gewesen, was einzelne Stadtgemeinden machen können, und da ist eindeutig im Schulverwaltungsgesetz, so wie ich Ihnen das erklärt habe, im Paragraphen 6 Absatz 1 geklärt, es liegt in der Zuständigkeit der Stadtgemeinde, das Schulangebot zu bestimmen.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Für heute nicht!)

Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke!

(C)

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, können Sie Herrn Rohmeyer ein Stück weit helfen, eine Lücke zu schließen, indem wir ausführen, dass nicht nur die Eltern der nicht behinderten Kinder eine Wahlfreiheit zwischen Oberschule und Gymnasium haben, sondern auch Eltern behinderter Kinder eine Wahlmöglichkeit haben, weitestgehend, zwischen Regel-schulunterricht und Förderzentrumsunterricht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Diese Wahlfreiheit haben wir seit 1. August 2009 sozusagen neu im Gesetz. Hier geht es aber auch um eine, genau wie bei der ersten, eingeschränkte Wahlfreiheit, hier ist nämlich die Wahlfreiheit für einen separaten oder allgemeinen Unterricht, also einen inklusiven Unterricht.

Letztlich bestimmt aber meine Behörde den Förderort, das heißt, wir haben zunächst einmal eine Mischung aus einer Wahlfreiheit, aber auch einer gewissen Einschränkung, und das Gleiche gilt auch für die Frage nach Schulart und Bildungsgang.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Schmidtke** [SPD]: Nein danke! Ich wollte dies nur der Vollständigkeit halber dazu ausführen!)

(D)

Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Röwekamp!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Senatorin, am Ende reden wir über das Lloyd-Gymnasium in Bremerhaven, deswegen meine ganz schlichte Frage: Haben Sie als für das Land zuständige Senatorin ein Interesse daran, dass es auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven weiterhin ein durchgängiges staatliches Gymnasium gibt, oder ist es Ihnen egal?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Mir kann als zuständige Landessenatorin nicht egal sein, wie das Schulsystem ist, aber ich gehe davon aus, da die Zuständigkeit in der Stadtgemeinde liegt, dass die Koalition dort, und das ist ja offensichtlich eine andere als hier, das in aller Verantwortung bestimmt. Ich kann auch noch einen Satz hinzufügen, den haben Sie auch schon einmal gehört: Für mich gilt immer der Grundsatz, gut angewählte Schulen schließt man nicht!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Röwekamp** (CDU): In welcher Weise, Frau Senatorin, werden Sie sich denn dafür einsetzen, dass eine sehr gut angewählte Schule – ich glaube, die am besten angewählte Schule in Bremerhaven – auch tatsächlich nicht abgeschafft wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich denke, wir werden sowieso zu dem Plan, der jetzt offensichtlich ja durch den Magistrat vorgelegt ist, Gespräche zu führen haben, und in diesem Rahmen werden wir uns auch über diese Frage unterhalten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Und Sie werden sich dafür einsetzen, habe ich das richtig verstanden, Frau Senatorin?)

Nein, ich habe gesagt, dass ich der Koalition dort die Gestaltungsmöglichkeit lasse, die sie per Recht hat.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Böschen!

(B) Abg. Frau **Böschen** (SPD): Frau Senatorin, können Sie sich erklären, nachdem in den Koalitionsverhandlungen in Bremerhaven die zuständigen CDU-Herren erklärt haben, dass sie anscheinend bildungspolitisch in Bremerhaven gescheitert seien und deshalb den SPD-Konzepten nichts mehr entgegenstellen werden,

(Lachen bei der CDU)

warum sie einem Schulkompromiss oder -konsens zugestimmt haben und nun lang und breit immer wieder versuchen, das Rad zurückzudrehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann mir das erklären, aber ich will das hier nicht weiter bewerten.

Präsident Weber: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Güngör!

Abg. **Güngör** (SPD): Frau Senatorin, teilen Sie mit mir die Auffassung – nur zur Klarstellung, weil der Kollege Rohmeyer gefragt hat –, dass natürlich neben den durchgängigen Systemen von 5 bis 12 und 5 bis 13 auch Oberstufenzentren nach dem jetzt gültigen Schulgesetz möglich sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ja, aber wir haben geklärt, dass wir entweder die Oberstufen direkt an der jeweiligen Oberschule haben oder in Kooperation, und dann sind die Oberstufenzentren natürlich damit gemeint, denn sie sind ja vorhanden.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Ahrens, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema beantragt worden:

Bundesmittel nicht genutzt – Senat verschläft Krippenausbau

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Tschöpe! Die Sozialbehörde kommt mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige offenbar nicht so schnell voran wie geplant. Das geht aus aktuellen Senatsunterlagen hervor, wie man der Presse entnehmen konnte. Drei von vier Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II, die in der Stadt Bremen für Neubauten im U3-Bereich vorgesehen waren, sollen nun im Bereich Bildung ausgegeben werden, damit Bremen die Mittel nicht verfallen lässt. Wieso bekommt das eigentlich die Bildungsbehörde hin, nicht aber die Sozialbehörde? Das Problem tritt übrigens vorrangig in der Stadt Bremen auf. Bremerhaven bekommt seine Ausbauplanung da wesentlich besser hin und ist auch bei der Ausnutzung des Konjunkturprogrammes II wesentlich besser.

Die Schlamperei in der Sozialbehörde wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die CDU den schleppenden Ausbau seit zwei Jahren immer wieder bemängelt und dass das Konjunkturpaket II bereits das zweite Bundesprogramm ist, aus dem die Gelder für den U3-Ausbau abgerufen werden könnten, aber aufgrund fehlender Gesamtplanung nicht werden. Auch das erste vom Bund aufgelegte Ausbauprogramm „Sondervermögen Kindertagesbetreuung“ wird von Bremen bundesweit am schlechtesten abgerufen, so zitierte der „Spiegel“ einen Zwischenbericht vom 31. Juli 2009 der Länder,

(C)

(D)

- (A) wonach Bremen nur 29 Prozent der möglichen Mittel und damit bundesweit die wenigsten Mittel abgerufen hat. Dieses „Sondervermögen Kindertagesbetreuung“ machte schon damals eine genaue Bedarfsermittlung hinsichtlich notwendiger Sanierungen, Um- oder Neubaumaßnahmen, kurz gesagt eine Gesamtplanung, notwendig.

Der Senat teilte bereits im Januar 2008 auf eine Große Anfrage der CDU mit, dass die Gesamtplanung bis März 2008 abgeschlossen sein sollte. Wären diese Worte, die vor eineinhalb Jahren gesprochen wurden, mit Taten auch tatsächlich umgesetzt worden, dann würden wir heute nicht über drei Millionen Euro sprechen, die nun von Bildung ausgegeben werden müssen, weil sie im Gegensatz zu Soziales die Kriterien erfüllen können.

(Beifall bei der CDU)

Woran liegt nun eigentlich dieses Unvermögen, eine Gesamtplanung vorzulegen? Einen Hinweis gibt der Rechnungshofbericht 2008, der unklare Aufgaben und Entscheidungskompetenzen und erhebliche Abstimmungsprobleme und Reibungsverluste für den Ausbau der Kindertagesbetreuung attestiert. Dies trifft natürlich auch für den Ausbau im Unter-Dreijährigen-Bereich zu, der dort angesiedelt ist. Die Probleme scheinen also immer noch nicht behoben zu sein. Zudem liegen viele weitere Anträge auf Umbau- und Ausbauplanung vor, die erst gar nicht von der Steuerungsstelle als zuständiger Dienststelle im Ressort bearbeitet werden, warum auch immer!

(B)

Man bekommt den Eindruck, dass bestimmte Einrichtungen bevorzugt behandelt werden und andere Anträge unbearbeitet bleiben. So hat, nur um eines von vielen Beispielen zu nennen, der Elternverein Kinderhäuser Bremen e. V., der zwei Einrichtungen in Hastedt und Hemelingen betreibt, im Rahmen der Neuorganisation der Ausstattungskriterien Auflagen von der Brandkasse bekommen, wonach er erhebliche Mängel abarbeiten muss, damit er über das Jahr 2011 hinaus seine Kindergruppen im Bereich der unter Dreijährigen wie auch im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen weiterführen darf. Es wurde daher ein Antrag über 550 000 Euro aus Mitteln aus dem Konjunkturpaket II gestellt, um einen Neubau auf einem Nachbargrundstück errichten zu können und damit sowohl den Auflagen gerecht zu werden als auch Platz für eine zusätzliche Gruppe für unter Dreijährige anbieten zu können und zu haben. Als Antwort auf den Antrag wurde ihnen mitgeteilt, dass keine Gelder mehr vorhanden seien, aber der Presse durfte der Elternverein entnehmen, dass wir jetzt drei Millionen Euro für Neubauten an Bildung abgeben müssen, weil Soziales nicht in der Lage ist, rechtzeitig das Geld für Neubauten im U3-Bereich auszugeben. Das ist ein Schildbürgerstreich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen eher das Risiko ein, dass Einrichtungen schließen müssen und damit Angebote abgebaut werden, als dass wir anderen notwendigen Neubauvorhaben als denen in Schwachhausen und Gröpelingen eine Chance geben. Um es ganz deutlich hier an dieser Stelle zu sagen, wir möchten als CDU-Fraktion nicht missverstanden werden, die Neubauvorhaben in Gröpelingen und Schwachhausen halten wir für notwendig und begrüßen diese.

(C)

Ich möchte aus der Antrittsrede von Bürgermeister Böhrnsen als Bundesratspräsident zu den Steuerplänen der Bundesregierung zitieren mit Genehmigung des Präsidenten: „Denn in den Ländern und Kommunen kommen die Auswirkungen von Einnahmeausfällen unmittelbar an. Wir sollen und wollen etwas für den Ausbau der Kinderbetreuung tun, gleichzeitig sollen und würden wir gern auch die Schuldengrenzen einhalten. Wie wir das gleichzeitig bei massiven Steuersenkungsprogrammen, die in unseren Haushalten ankommen, leisten können, ist für mich derzeit noch nicht nachvollziehbar.“

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat denn das Blaue vom Steuerhimmel versprochen?)

Ich glaube, da sollen wir mehr, als wir wollen, können.“ Lieber Herr Böhrnsen, Sie schaffen es ja nicht einmal, die Bremen zur Verfügung gestellten Bundesmittel aus zwei verschiedenen Förderprogrammen tatsächlich abzurufen. Da gilt es, erst die eigenen Hausaufgaben zu erledigen und dann die Schuld bei anderen zu suchen!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das Statistische Bundesamt hat für das Land Bremen eine Betreuungsquote für unter Dreijährige von 13,8 Prozent berechnet. Bremen ist damit an drittletzter Stelle und liegt weit hinter den anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Damit bekommen die Eltern die Quittung für die Trägheit beim Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung. Von den notwendigen rund 4 700 Betreuungsplätzen, die die Senatorin dargestellt hat, weil es zurzeit 13 362 Kinder im Alter unter drei Jahren gibt, macht sie geltend, dass ein Großteil der Plätze jetzt erst langsam entstehen soll, nachdem man erst eine Ausbaustufe verschoben hat, als die rot-grüne Regierung an die Macht kam, und dann diese wesentlich kleiner ausfallen ließ als die ersten beiden Ausbaustufen.

Sie schaffen jetzt in drei Jahren 800 Plätze und im Jahr 2012 noch einmal 850 Plätze durch eine Vorverlagerung von der Aufnahme zweieinhalbjähriger Kinder um fünf Monate in einer Einrichtung. Das in Bremen so umgesetzte Angebot bedeutet, dass damit insbesondere Kinder zwischen eineinhalb und zweieinhalb Jahren in eine Versorgungslücke hineinsteuern. Eltern müssen, wenn sie berufstätig werden wollen, ihre Kinder entweder sehr früh abgeben, wenn

(A) sie überhaupt einen Platz erhalten und entsprechend früher anfangen oder sehr spät, wenn der Platz vorhanden ist. Die andere Möglichkeit ist, dass sie nur einen Platz in einem sozialpädagogischen Spielkreis erhalten, das bedeutet, dass sie in eine Versorgungslücke kommen, denn damit ist Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund eines zeh- bis zwölfstündigen Betreuungsangebots gar nicht möglich.

Auch die Vorgaben im Koalitionsvertrag, vorrangig in sozial benachteiligten Stadtgebieten auszubauen, gehen teilweise an den tatsächlichen Bedürfnissen einiger Stadtteile vorbei. Wir haben Stadtteile, wo sich junge Familien häufen, wie zum Beispiel in Borgfeld, aber auch Stadtteile, die über eine überproportional hohe Anzahl von Alleinerziehenden verfügen, weil sich dort preiswerter Wohnraum befindet oder weil diese sehr stadtzentral liegen, wie in der Neustadt, Woltmershausen, im Viertel, in der Östlichen Vorstadt, um nur einige zu nennen. Das bedeutet, dass in diesem Bereich noch erheblicher Nachholbedarf ist, und in der letzten Sitzung der Sozialdeputation hat gerade die sozialdemokratische Fraktion dies ja auch noch einmal deutlich angemahnt, insofern ist hier ganz klar zu erkennen, dass die vorgelegte Ausbauplanung in keiner Weise abgeschlossen ist.

(Beifall bei der CDU)

(B) Für uns als CDU-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, warum das Ressort die wenigen Möglichkeiten, eine Einnahmeverbesserung herbeizuführen – wie zum Beispiel beim Unterhaltsvorschussgesetz, um noch einmal die alte Debatte aufzugreifen, oder aber auch den Abruf der Bundesmittel – nicht besser nutzt und umsetzt. Ich kann es auch nicht nachvollziehen, dass hier bei den Angeboten, die wir vorhalten, vorrangig Plätze für Kinder geschaffen werden, die wesentlich älter als ein Jahr sind. Ab dem 1. August 2013 müssen wir einen Rechtsanspruch für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres zur Verfügung stellen. Wenn sie ein Fünftel aller Plätze im Krippenbereich für Kinder ab zweieinhalb Jahren schaffen, indem Sie die Kinder des vierten Quartals jetzt nicht nach Abschluss des dritten Geburtstages aufnehmen, sondern zum 1. August, und damit um fünf Monate vorziehen, hilft das keinem einjährigen Kind, dessen Mutter dringend wieder arbeiten muss und arbeiten möchte, weil sie alleinerziehend ist und einen Platz sucht. Auch die anderen Plätze sorgen – ich komme gleich zum Schluss – an dieser Stelle für Probleme.

Ich möchte schließen mit einem kleinen Beispiel: Ein im März 2009 geborenes Kind muss bereits zum 1. August 2010 einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, um überhaupt in den Genuss zu kommen, einen solchen Platz zu erhalten. Wenn die Mutter oder die Eltern sich dafür entscheiden, für zwei Jahre die Elternzeit zu nehmen, dann erhalten sie danach keinen Platz mehr, weil sie die Kriterien, die Rot-Grün vorgegeben hat, in den verschiedenen Angebotsbe-

reichen nicht erfüllen, und bleiben damit unversorgt bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres. Das ist etwas, was wir uns als CDU-Fraktion an dieser Stelle so nicht vorstellen und was wir deutlich kritisieren. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Titel für die Aktuelle Stunde heute, die von der CDU beantragt wurde, heißt allen Ernstes „Bundesmittel nicht genutzt – Senat verschläft Krippenausbau“. Meine Damen und Herren von der CDU, mein Eindruck ist im Moment, dass Sie es sind, die offenbar von der Müdigkeit sehr beeinträchtigt sind.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie verschlafen hier tatsächlich alle positiven Entwicklungen und Aspekte im Ausbau der Betreuung für die Kleinsten, ein Dauerschlaf, und Sie haben es nicht verstanden, Sie wollen es auch nicht verstehen. Sie verstehen die gesamte Ausbausystematik überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Mein Tipp ist, wachen Sie auf, reiben Sie sich einmal kurz die Augen, und freuen Sie sich mit uns gemeinsam über die positiven Entwicklungen! Ich möchte mich bei Ihnen für diese Aktuelle Stunde bedanken. Diese Aktuelle Stunde ist ein schöner Rahmen, um zum wiederholten Male die positiven Aspekte darstellen zu können. Also noch einmal vielen Dank dafür!

Nun zu den Fakten! Bei den Bundesmitteln aus dem Kinderförderungsgesetz hat Bremen von den westdeutschen Ländern die zweitgrößte Abrufquote mit 62 Prozent.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Vergleich mit allen 16 Bundesländern steht Bremen mit der Abrufquote an vierter Stelle. Also noch einmal: Bremen liegt bei einem westdeutschen Ländervergleich mit 62 Prozent an zweiter Stelle. Hinter Bremen liegen mit 25 Prozent Baden-Württemberg, mit 52 Prozent Bayern, mit 45 Prozent Hessen und mit 38 Prozent Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Vielleicht sollten Sie Ihre Kollegen dort einmal freundschaftlich darauf hinweisen und Ihre Hilfe anbieten! Sie können ja einmal zeigen, wie es in Bremen besser geht.

(Beifall bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren von der CDU, mir ist nicht klar, wie Sie zu solchen Behauptungen kommen, und mir wäre es völlig fremd, solch einen Unsinn öffentlich zu verkünden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unseriös und verunsichert ohne Not die Bremer Eltern. Auch in der Opposition gibt es das Recht und nach meiner Ansicht auch die Pflicht, sich entsprechend zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten sofort auf kurzem Wege zum Beispiel über das Ressort die nötigen Informationen dazu bekommen. Aber was tut man nicht alles für die Schlagzeile! Verkaufen Sie die Bremerinnen und Bremer nicht für dumm! Es sind gerade die Botschaften der CDU und FDP in der Bundesregierung, die im Moment einen besonderen Anlass zur Besorgnis für Eltern bieten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Nun kommen wir zu den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm! Meine Damen und Herren von der CDU, machen Sie sich keine Sorgen, wir sind absolut im Plan. Bei der Umschichtung der drei Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm für die beiden Neubauten in Gröpelingen und Schwachhausen handelt es sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme. Es soll eben gerade nicht passieren, dass die Mittel verfallen. Sie wissen doch auch, dass alle Projekte bis Ende 2010 abgewickelt sein müssen, um über das Konjunkturprogramm II finanziert werden zu können. Bei diesen Neubauten gibt es aber Zweifel, und um ganz sicherzugehen, dass diese Mittel nicht verfallen, ist es zu dieser Umschichtung der Finanzierung gekommen. So handelt man verantwortlich im Interesse der Kinder und Eltern. Außerdem sind gerade diese Projekte besonders erfreulich, weil sie für Ende 2010 im Ausbauprogramm eigentlich noch gar nicht vorgesehen waren, sondern erst für 2012 und 2013.

Sie sehen, es handelt sich ganz und gar nicht um eine wie von Ihnen behauptete Verlangsamung im Ausbautempo, sondern, ganz im Gegenteil, um eine Beschleunigung. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie reden uns hier oft mit fragwürdigen Zahlenspielerien schwindelig! Heute ist wirklich auf simple Weise klar geworden, dass Sie es schlicht nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wie ich eingangs schon sagte, in einem wirklich ausgeschlafenen Zustand gäbe es auch bei Ihnen die Hoffnung auf mehr Klarheit.

(C) Ich möchte nun aber zum wiederholten Male die Gelegenheit nutzen, etwas mehr über den Ausbau der Krippenplätze für die kleinsten Bremer zu sagen. Wir schaffen Angebote dort, wo es bisher kaum welche gab, und das besonders in den Stadtteilen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Bis 2011 erreichen wir gesamtstädtisch eine Versorgungsquote von 25 Prozent. Die fehlenden zehn Prozent bis zur erforderlichen Quote von 35 Prozent bis 2013 werden in den Jahren 2012 und 2013 eingerichtet. Wir erhöhen die Zahl der Plätze von 2007 mit 2 065 Plätzen bis 2011 auf 3 402 Plätze. Die Ausbauplanung für 2012 und 2013 wird bis zum vierten Quartal 2010 vorgelegt. Wir wollen mit dem Ausbau dafür sorgen, dass Familien und dabei insbesondere Ein-Eltern-Familien, also Alleinerziehende, ihre Kinder gut versorgt wissen können und in Ruhe ihre eigene berufliche Biografie aufbauen oder fortsetzen können. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist uns ein sehr wichtiges Element.

Wir wollen eine möglichst frühe Förderung von Kindern, damit soziale Nachteile ausgeglichen werden und gleiche Teilhabechancen insbesondere auf Bildung entstehen können. Kinder profitieren enorm von früher Förderung und Bildung. Das gilt im besonderen Maße für eine frühe Integration und den Spracherwerb. Wir brauchen dafür gut ausgebildete Erzieherinnen. Dabei müssen wir sorgsam darauf achten, dass wir ausreichend ausbilden, und wir müssen für die entsprechende Qualität der Ausbildung etwas tun. Es gibt jedoch auch für die Zukunft enorme Risiken, für diese ist allerdings die neue Bundesregierung durch ihre unverantwortlichen Absichten in der Steuerpolitik verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Damit noch nicht genug: Diese schwarz-gelbe Regierung betreibt eine Familienpolitik, die ausgrenzt und besonders auf Kosten der frühkindlichen Bildung geht.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der CDU und FDP, Sie gehen jetzt in der Familienpolitik den Weg der sozialen Spaltung. Unter dieser Regierung wird es jetzt verstärkt Kinder mit und Kinder ohne Chancen geben. Wer hat, dem wird gegeben, und wer Grundversicherung bezieht, geht gänzlich leer aus. Der Geldbeutel entscheidet ab jetzt mehr denn je über die Zukunft aller Kinder in Deutschland. Die 1,7 Millionen Kinder in Hartz-IV-Familien in Deutschland haben nichts von der Erhöhung des Kindergeldes, da dies auf den Hartz-IV-Satz angerechnet wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Wenn den Kommunen durch die beabsichtigten Steuersenkungen das Geld fehlt, dann haben wir alle zusammen ein sehr großes Problem. Über die Herdprämie haben wir schon in der letzten Bürgerschaftssitzung gesprochen, das ist nun wirklich eher eine Bildungsverhinderungsprämie, und das wissen Sie auch. Sie konterkariert all unsere Bemühungen im Ausbau der Betreuung für unsere Kleinsten. CDU und FDP haben jegliche Legitimation verspielt, um qualifiziert über die Kinderbetreuung der Zukunft sprechen zu können!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich komme nun zum Schluss, und ich versuche es noch einmal auf der Appellebene. Anstatt hier ständig Nebelkerzen zu werfen, fangen Sie an, sich konstruktiv einzubringen! Wenn Sie hier doch zu müde dafür sind, setzen Sie sich auf Ihrer Bundesebene für eine Korrektur ein, von der wirklich alle Familien profitieren! Sie können sich darauf verlassen, dass die SPD sich auf allen Ebenen für die frühe Förderung, den Schutz und das Recht auf Bildung aller Kinder einsetzen wird. – Noch einmal ein Dankeschön für diese Aktuelle Stunde!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Cakici.

Abg. Frau **Cakici** (DIE LINKE *): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich frage ich mich, was die CDU möchte, sie muss sich auch einmal entscheiden. Letztes Mal wollten Sie die Herdprämie, generell wollen Sie in allen sozialen Bereichen kürzen, und heute sind Sie wieder dafür, dass der Krippenausbau gefördert wird. Ich muss sagen, ich ärgere mich wirklich, denn wir haben dieses Thema vor drei Wochen besprochen. Ich gebe Ihnen recht, dass es ein sehr wichtiges Thema ist, nur können Sie nicht im Dreiwochentakt über das gleiche Thema wieder reden.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hatten zwischenzeitlich eine Sitzung der Sozialdeputation, auch dort wurde dieses Thema behandelt, und jetzt sitzen wir heute wieder hier zu Ihrer gewünschten frequentierten Zeit. Was mich noch mehr ärgert, ist natürlich das, was in den Medien steht. Das ist auch das, was wiederum von Ihnen kommt, es sind teilweise echt Ihre Wortlaute. Man streitet sich nun darum, ob es richtig ist, dass jetzt die Mittel für Bil-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

dung genutzt werden. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst ist, denn das betonen Sie ja generell auch, dass Bremen ein Haushaltsnotlageland ist. Das wird immer wieder gesagt. Wenn man diese Mittel auch gerade irgendwie im Bildungsbereich nutzen kann, dann sollte man das machen. Ich finde es auch im Übrigen nicht richtig, beide Ressorts gegeneinander auszuspielen, und das tun Sie!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie spielen diese Ressorts gegeneinander aus, und gerade Bildung ist ebenfalls ein wichtiges Thema, das sollten Sie wirklich nicht vergessen.

Zu den Fakten und Zahlen möchte ich einfach nur Folgendes sagen, weil es jetzt ja auch schon mehrfach erwähnt wurde: Es sind bisher 2,8 Millionen Euro abgerufen worden, das haben wir auch schon letztes Mal gehabt, und 2,9 Millionen Euro sind nicht abgerufen worden. Ich bin mir sicher, das habe ich hier auch den Aussagen der Kolleginnen und Kollegen gestern und heute entnommen, dass die Mittel auch dann, wenn Sie gebraucht werden, zur Verfügung stehen werden. Das haben alle versichert. Wie soll man letztendlich Mittel abrufen, wenn die Bauten noch nicht begonnen worden sind? Diese Mittel können erst dann abgerufen werden. Ich weiß nicht, ob Ihnen das nicht klar ist oder ob Sie es einfach nicht wissen wollen. Ich befürchte, Sie möchten es nicht wissen!

Generell gebe ich Ihnen recht, das habe ich auch letztes Mal gesagt, es geht alles langsam voran und könnte natürlich schneller gehen. Bremen steht, wie ich schon erwähnt habe, fast an vorletzter Stelle, aber man darf auch nicht vergessen, dass das leider sehr viel auch an Bremerhaven liegt. Die Situation in Bremerhaven ist einfach deutlich schlechter, und da muss man sicherlich auch bevorzugt schauen, dass man in Bremerhaven bei dem Ausbau natürlich auch noch einmal vorankommt. Dies ist sehr wichtig, weil es dort eben auch sozial benachteiligte Bereiche gibt. Es ist so, dass für 2010 und 2011 488 zusätzliche Plätze benötigt werden.

Frau Senatorin Rosenkötter hat für 2010 und 2011 die Neuschaffung von 600 Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen angekündigt, also von 300 Plätzen pro Jahr. Damit liegt sie fast um 200 Plätze unter ihrer eigenen Planung. Ich würde vorschlagen, um dieses Thema irgendwie auch zukünftig gerecht zu behandeln, dass wir das wirklich regelmäßig, wie es jetzt auch schon passiert ist, in der Sozialdeputation besprechen. Wir können auch gern noch einmal eine Sondersitzung machen. Ich bitte auch die Senatorin, in diesem Bereich wirklich voranzukommen, um einfach auch diese Situation zu vermeiden, dass wir hier jeden Monat darüber sprechen. Das sollten Sie allein schon in Ihrem eigenen Interesse machen, damit Sie hier nicht jedes Mal durch den Kakao ge-

(C)

(D)

(A) zogen werden und auch nicht irgendwelche Halbwahrheiten in den Medien verbreitet werden, die so nicht richtig sind. Man muss sich einfach bewusst machen, wie die Situation ist.

Man kann sich hier nicht hinstellen und sagen, wir wollen aber jetzt nur etwas für U3 und Bildung soll nichts bekommen. Heute Morgen wurde auch in der Fragestunde betont, wie wichtig Bildung ist. Jetzt ist es gerade nicht wichtig, weil wir gerade ein anderes Thema behandeln. Ich finde diese ganze Methode relativ schwierig.

Frau Ahrens, Sie haben letztes Mal betont, wie meine Fraktion wäre und wie meine Fraktion mich behandelt hätte. Ich möchte Ihnen einmal vor Augen führen, wie Ihre Fraktion Sie behandelt. Ich weiß nicht, ob Sie die Videos ab und zu einmal sehen. Ihre Fraktion geht eigentlich hinaus, wenn Sie reden, alle verdrehen die Augen, keiner hört Ihnen zu. Sie machen sich hier jedes Mal zum Horst.

(Unruhe bei der CDU)

Doch, das ist die Situation! Ich habe nicht das Gefühl, dass die CDU sich für dieses Thema interessiert. Sie können sich gern hier hinstellen und etwas anderes behaupten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Es geht nicht um Ihre Gefühle, Frau Cakici!)

(B)

Nein, leider nicht! Es geht auch ab und zu um Gefühle. Ich weiß, dass Sie es mit Gefühlen nicht so haben, Herr Röwekamp, das ist mir klar.

(Heiterkeit bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe bei der CDU)

Nein, Sie sind nicht so gefühlsbetont, das haben wir öfter kennengelernt. Ich finde aber, auch die Opposition hat eine Verantwortung für dieses Bundesland, der Sie einfach gerecht werden sollten! Das tun Sie zurzeit nicht. Ich kann Ihnen gern helfen, wenn Sie irgendwie Hilfe brauchen. – Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Bitte nicht! Nachher muss die CDU auch noch vom Verfassungsschutz beobachtet werden!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit einer, finde ich, nahezu poetisch anmutenden For-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

mulierung will die CDU der Öffentlichkeit vorgaukeln, dass der Bremer Senat den notwendigen Krippenausbau nicht angeht und angeblich Bundesgelder nicht in Anspruch nimmt. In allererster Linie aber, liebe CDU, wollen Sie dem Senat unterstellen, nicht gut zu arbeiten, und dieses Manöver ist sehr durchsichtig. Damit kommen Sie nicht durch!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen Rot-Grün unterstellen, dass die Kinder zu kurz kommen, und wissen selbst, dass das nicht stimmt, dass es falsch ist und dass das Gegenteil wahr ist. Diese Regierung setzt sich konsequent für die Bereiche Bildung und Betreuung ein, und das kann man auch nicht wegreden. Da kann man auch nicht andauernd Falsches behaupten, sondern das können Sie doch einfach einmal zugeben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dass Sie den Senat nicht mögen, Frau Ahrens, Herr Röwekamp, wissen wir. Dass Sie gern Tatsachen absichtlich verdrehen, das wissen wir auch. Deshalb ist es gut, dass wir die Aktuelle Stunde haben, das sehe ich wie Frau Garling, denn die Aktuelle Stunde hilft uns dann auch noch einmal, Sachen zurechtzurücken.

Es ist richtig: Einen guten Platz zur Betreuung des eigenen Kindes zu finden, ist für viele Eltern wichtig. Daran hängt der Job, sie müssen Familie und Beruf vereinbaren. Zu Recht erwarten Eltern dazu Unterstützung vom Staat und ein gutes, qualitativ hochwertiges Angebot an Plätzen zur Kinderbetreuung. Seit 1996 gibt es den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder auch in Bremen. Dieser Ausbau war für Bremen und Bremerhaven – wir befinden uns im Landtag – eine riesige Herausforderung. Wie wir das hinbekommen, hat uns jahrelang im Jugendhilfeausschuss und in der Sozialdeputation beschäftigt. Jetzt naht die nächste Herkulesaufgabe, das ist der überfällige Ausbau für Plätze für Kinder unter drei Jahren. Verstehen Sie mich nicht falsch! Es ist gut, dass diese Plätze kommen, aber es ist für die Kommunen Bremen und Bremerhaven eine sehr große Herausforderung, das finanziell und organisatorisch auf die Beine zu stellen. Dass es dabei zu Problemen kommen kann, ist normal und liegt in der Natur der Sache. Das Problem zu lösen, traut sich diese Regierung aber zu, darauf können Sie sich verlassen!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deshalb hat Rot-Grün ein konsequentes Ausbauprogramm auf den Weg gebracht und finanziell hinterlegt. Wir haben bereits über 2 250 Plätze, die hatten wir bereits im Frühjahr 2009. Im Jahr 2013 brau-

(A) chen wir 4 800 Plätze. Die Finanzsenatorin wurde heute in der Zeitung zitiert, dass wir damit dann ein Platzangebot für 35 Prozent der Anspruchsberechtigten haben. Wir gehen aber auch davon aus, das sagen alle Bedarfsberechnungen, dass die Plätze ungefähr zwischen 30 und 40 Prozent nachgefragt werden. Darüber hat die Sozialdeputation aber auch schon diskutiert und gesagt, das Angebot soll entsprechend der Nachfrage angepasst werden. Wir haben, wie alle westdeutschen Kommunen, einen erheblichen Nachholbedarf, ich möchte mich gar nicht mit anderen Bundesländern messen.

(Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Weil wir da am schlechtesten stehen!)

Messen wir uns doch einmal mit Skandinavien, dann sehen wir, dass wir eine riesige Aufgabe zu lösen haben. Da bin ich an Ihrer Seite, Frau Ahrens: Dieser Aufgabe müssen wir uns in Deutschland, in Bremen und überall stellen! Wir können uns dabei nicht ausruhen, und wenn man sich in Deutschland umschaut, gibt es in fast jeder Kommune diese Umsetzungsprobleme, die hier auch benannt wurden. Es gilt im Jahr 2013, allen Eltern, die es für ihren kleinen Sohn oder ihre Tochter wünschen, ein Angebot machen zu können. Daran muss sich der Senat messen lassen. Jeder Senat! Wir werden das schaffen, da bin ich mir sicher.

(B) Sie unterstellen gern, liebe CDU, Rot-Grün schafft zu wenig Plätze. Ich möchte einmal persönlich sagen: Als ich vor zehn Jahren Abgeordnete wurde, waren meine Töchter ein und drei Jahre alt. Damals glich die Suche nach einem Betreuungsplatz wirklich einem Lotteriegewinn. Heute, Frau Ahrens, sind Sie junge Mutter, haben einen kleinen Sohn. Sie haben heute schon eine deutlich größere Auswahl! Im Frühjahr 2009 – ich habe es gesagt – hatten wir über 2 250 Plätze für unter Dreijährige. Ich finde, das ist positiv, das muss man hier auch so sagen. In Zeiten der Großen Koalition hatten wir gerade einmal 800 Plätze, das ist ein Quantensprung in ganz wenigen Jahren, seitdem die Regierung gewechselt hat. Das ist ein Erfolg! Das halten wir hier auch einmal fest.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie unterstellen, der Senat ruft die Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht ab. Das ist ausgemachter Blödsinn!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bisher hat der Senat alle – ich wiederhole: alle! – Mittel abgerufen und wird auch alle Mittel abrufen, die in Zukunft noch aus Bundesprogrammen zur Verfügung

stehen werden. Das steht fest. Die Finanzsenatorin hat das klargestellt, dafür noch einmal meinen Dank.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Ausbauprogramm, liebe CDU, kann man nicht viel herumkritteln, außer an Details. Das wissen Sie auch. Wir können uns unterhalten, die Eltern wollen Sechs-Stunden-Plätze, auch das ist bereits diskutiert und auf den Weg gebracht, auch da wird es Lösungen geben. Sie suchen nach einem Haar in der Suppe, und am liebsten würden Sie eine ganze Perücke finden!

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie schauen auf den Mittelabfluss der Konjunkturmittel, und dann haben wir die absurde Diskussion um die Frage: Ist es schlimm, dass Bildung die Mittel abrufen? Der Bereich Soziales soll auch vom Konjunkturprogramm profitieren, wenn er die entsprechenden Vorarbeiten leistet, da gebe ich Ihnen recht. An dem Punkt haken Sie ein, das ist auch richtig, da haben alle Fraktionen eingehakt, auch der Senat selbst. Es gibt zwei Bauvorhaben, bei denen der Senat aus meiner Sicht mit Vorausschau reagiert hat, da die Sorge bestand, dass sie eben nicht zum 31. Dezember nächsten Jahres fertig sind. Die Bedingung, um die Mittel abzurufen, ist, dass die Gebäude dann auch stehen. Das sind zwei geplante Neubauvorhaben in Gröpelingen und Schwachhausen, dort wird sich die Planung verzögern, aber auch nur um wenige Monate. Der Senat hat längst Haushaltsmittel als Ersatz bereitgestellt. Das muss man doch hier sagen!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Geld steht für den Ausbau der Plätze für unter Dreijährige bereit, da gibt es keine Verzögerung. Wir können uns doch freuen, dass wir ein Bildungsressort haben, das auf Zack ist und sagt, es gibt ein Problem, lieber Senat, wir haben noch einen riesigen Bedarf im Bereich Bildung. Hier ist doch niemand im Haus, der sagt, wir wollen nicht die Schule, die Turnhalle und Ähnliches noch realisieren. Es ist doch gut, dass wir die Bundesmittel abfordern können! Soziales muss an der Stelle einfach noch seine Hausaufgaben nachholen, da mache ich auch eine kritische Anmerkung, man hätte vielleicht die eine oder andere Sache beschleunigen können, aber man kann nicht beide Bereiche gegeneinander ausspielen. Von Senatsschlaf gibt es absolut keine Spur!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nun wissen wir heute, dass der Bau zügig vorangehen wird. Herrn Strohmann in Gröpelingen wird es freuen, vielleicht für die weitere Familienplanung.

- (A) Die Neubauten sind schon ein Vorgriff auf die Jahre 2012 und 2013, das möchte ich noch einmal anmerken. Es zeigt auch, dass der Senat in die Zukunft denkt. Der Titel der Aktuellen Stunde entpuppt sich beim Betrachten der Tatsachen als unwahr. Der Senat macht seinen Job mit Sorgfalt, er arbeitet umsichtig, er kleckert nicht, sondern er klotzt bei den Kindern.

Ich fasse zusammen: Hier schläft niemand, außer der Opposition. Wenn Sie erlauben, ich korrigiere: Hier schläft niemand im Hause, außer der CDU. – Danke schön für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

- (B) Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich am vergangenen Freitag die Zeitung aufschlug und den Artikel las, der vielleicht irgendwelche Morgenkränzchen bei der CDU dazu gebracht hat, diese Aktuelle Stunde einzureichen, habe ich mich gefragt: Worauf geht denn das zurück? Was ist die Information dahinter, die jetzt für den Parlamentarier, der im Jugendhilfebereich in der Sozialdeputation arbeitet, neu ist, und was ist der Skandal? Ich habe diese Drucksache aus der Sozialdeputation und aus dem Jugendhilfeausschuss gefunden, in der schlichtweg steht, den Ausbau können wir bis zu dem Termin nicht sicherstellen. Weil wir es nicht sicherstellen können, finanzieren wir es anders, und das Geld ziehen wir aus einem anderen Topf, damit wir das Konjunkturprogramm erfüllen.

Wären wir schon so weit, dass ein Jahr verstrichen wäre – Ende 2010 –, und würden wir feststellen, dass das Geld nicht ausgegeben wurde, dass es nicht mehr ausgegeben werden könnte, hätten wir als Opposition in der Tat das Recht, uns hier hinzustellen und den Rücktritt von Senatorinnen und Senatoren zu fordern, die dafür schuldhaft verantwortlich wären. Ich füge bewusst das Wort schuldhaft ein.

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht der Fall!)

Das werden wir dann beurteilen können, jetzt können wir es nicht beurteilen.

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Jetzt könnt ihr ja den Mäurer beurteilen!)

Dazu wollte ich heute einmal nichts sagen. Wenn der zweite Thementeil, Senat verschläft Krippenausbau, da nicht stände, hätten Sie ja vielleicht auch noch andere Themen angesprochen. Ich wollte mich schon auf den Bereich Bildung und Jugend beschränken.

(Beifall bei der FDP)

- (C) Die Frage ist doch: Ist die Kritik neu, die die CDU vorgetragen hat? Nein! Auch wir kritisieren – und da sind wir an der Seite der CDU –, dass der Ausbau der Betreuungsplätze zu langsam vorangeht. Wir kritisieren aber nicht, dass ausgebaut wird, denn die Koalition – das habe ich hier auch immer wieder gesagt und wiederhole es – baut aus, das kann man nicht leugnen. Das einzige Problem, das sie hat, ist, dass sie meiner Meinung nach nicht schnell genug ausbaut. Der Hinweis auf die 35 Prozent, die 2013 erreicht werden müssen – Frau Linnert, sie war eben kurz da –, ist ja nett, aber er hilft den Eltern, die heute einen Betreuungsplatz suchen, nicht. Da müssen wir dann auch schauen, wie der Ausbau entsprechend schneller geschehen kann. Kann es gelingen, und wie kann es gelingen, hier zu beschleunigen?

Ich glaube, es ist nach wie vor eine Aufgabe der Opposition, weiter eine Beschleunigung zu fordern. Genauso wie darauf hinzuweisen, dass Probleme bei der Feststellung bestehen, ob es genügend Tagesmütter gibt, und dann auch entsprechend gehandelt wird, sodass die Versorgungsquoten erreicht werden. Das Problem der Spielkreise haben wir auch oft genug angesprochen, dass die Spielkreise da eingerechnet werden und dass wir der Meinung sind, dass diese die Aufgabe nicht erfüllen. All das ist bekannt, das haben wir vorgetragen, und das trage ich hier gern immer wieder vor, weil es eine Aufgabe der Opposition ist. Damit auch die Sozial- und Jugendpolitiker der Regierungsfaktionen wissen, dass sie da unter Druck und unter Beobachtung nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch der Opposition stehen, und vielleicht das eine oder andere an Geld in ihren Fraktionen dafür auch locker machen.

(Beifall bei der FDP – Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Geld in den Fraktionen?)

Ja, in den Fraktionen, in den Haushaltsberatungen, Herr Röwekamp! Das kann man sich vielleicht so weiterdenken.

Dann haben Sie noch ein paar Dinge angesprochen, Frau Garling, auf die ich eingehen wollte. Die Kindergelderhöhung ist eine Maßnahme für Kinder und Jugendliche. Wir wissen auch, dass sie nicht bei allen Kindern und Jugendlichen ankommt. Die nächste Sache ist aber, dass da auch Eltern in der Verantwortung stehen, die wir auch als Koalition in Berlin nicht aus der Verantwortung lassen wollen. Als nächsten Aspekt haben Sie die unzureichenden Hartz-IV-Sätze angesprochen. Sie wissen, dass ich das seit Langem kritisiere. Ich hoffe da sehr auf das Verfassungsgericht. Sie wissen, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Hartz-IV-Sätze erhöht werden, damit auch dort entsprechend etwas ankommt. Denn die Kindersätze nur als Prozentanteil der Erwachsenenensätze zu handhaben, ist meiner Meinung nach verfassungswidrig und muss abgeschafft werden; und da gehört

(D)

- (A) eine eigene Bedarfsberechnung hin. Das muss entsprechend getan werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie aufpassen würden und das FDP-Programm gelesen hätten, wüssten Sie, dass das, was Herr Böhrnsen hier immer an die Wand malt, dass wir den Kommunen das Geld durch Gewerbesteuerstreichung und so weiter abgraben wollen, gar nicht unser Petition ist. Wir wollen eine solide, konjunkturabhängige Finanzierung der Kommunen. Darüber wollen wir gern mit Ihnen diskutieren und uns auch dafür einsetzen, dass Bremen eine solide Gemeindefinanzierung hat. Sie können gern weiter auf uns herumprügeln, aber dann erwarten Sie uns nicht als Verbündete für Bremen. Dann werden wir das allein tun: Uns für Bremen einsetzen!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

Das haben Sie verstehen können, Frau Busch! Sie wollen es nicht verstehen.

Die weitere Frage lautet: Ist es gut, dass diese beiden Häuser gebaut werden? Ich bleibe dabei, es ist gut, es ist richtig, es ist auch das richtige Verfahren, das die Stadt hier startet! Am Ende ist es uns wichtig – das möchte ich dann an dieser Stelle, weil ich die Gelegenheit dazu habe, auch noch gesagt haben –, dass es eine Ausschreibung dazu gibt und nämlich dadurch geklärt wird, welcher Träger die Häuser am Ende betreibt. Auch das halte ich für wichtig, dass es dort ein faires Verfahren gibt und keine Vorfestlegungen.

- (B) Ansonsten muss ich schlichtweg feststellen, es wurde jetzt an vielen Stellen wieder über die 35 Prozent gesprochen. Wir wissen aus Gutachten, die der Sozialdeputation und dem Jugendhilfeausschuss vorlagen, dass der Bedarf bei 44 Prozent liegt. So war es damals festgestellt; er mag sich inzwischen geändert haben, ich glaube kaum, dass er heruntergegangen ist. Insofern wird das eine Aufgabe sein, die uns weiter beschäftigen wird, und wir werden auch weiter daran arbeiten müssen.

Wenn es darum geht – und damit möchte ich schließen –, in welchen Bereichen ich Befürchtungen habe, dass die Bundesmittel nicht ausgeschöpft werden und dass das Geld im Bildungsbereich nicht gezogen wird, dann ist es der Fall Botanika. Da habe ich meine größten Sorgen, dass die 1,5 Millionen Euro, die dafür eingeplant sind, tatsächlich ausgegeben werden. Da bin ich sehr gespannt und werde sehr interessiert hinschauen, denn das ist Geld, das im Bildungsbereich, sprich für Schulen, besser einzusetzen wäre. Ich weiß zum Beispiel, dass viele Schulen in freier Trägerschaft sich heute noch darüber ärgern, dass die Bildungsministerin sie nicht berücksichtigt hat. – Danke!

(Beifall bei der FDP)

- Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens. (C)

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die Reden von Rot-Grün und auch der LINKEN hier anhöre, komme ich mir wie in der DDR in der Planwirtschaft vor.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist der Kollege Dr. Buhkert auch aus der DDR?)

Alles Versprechen, aber in Wirklichkeit lange Schlangen und keine ausreichenden Plätze für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der CDU)

Man kann sich Sachen auch selbst einreden, man muss den Blödsinn nur oft genug wiederholen.

Hier geht es darum – um es noch einmal zu wiederholen –, dass seit dem Jahr 2007 klar ist, dass die Sozialbehörde ein Gesamtkonzept für die Ausbauplanung hätte vorlegen müssen, das sind zwei Jahre. In der Zeit hätte sie schon planen und auch mit entsprechenden Ausbauvorhaben beginnen können. Was wurde aber tatsächlich gemacht? Es gibt immer noch keine endgültige Ausbauplanung, und deswegen werden aus zwei Programmen des Bundes, nämlich dem Sonderförderprogramm Kindertagesbetreuung und jetzt auch dem Konjunkturpaket II, die Mittel nicht vollständig abgerufen, weil die Sozialbehörde ihre Hausaufgaben an der Stelle nicht erledigt hat. Das kritisieren wir als CDU. (D)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

- Präsident Weber:** Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Garling?

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich würde gern weiter fortfahren, weil die Redezeit begrenzt ist. Sie haben die Möglichkeit, sich zu melden.

Es geht hier an der Stelle darum, dass ganz deutlich gesagt werden muss, dass die Mittel in voller Höhe hätten abgerufen werden können, wenn die Planungen vorher schon vorgelegt hätten und auch in einem besseren Zustand gewesen wären. Leider ist das nicht der Fall.

Es geht uns als CDU auch übrigens nicht darum, an dieser Stelle die Ausgaben im Bereich Bildung zu kritisieren, wir halten die Ausgaben im Bereich Bildung für notwendig, wir kritisieren hier an dieser Stelle, dass im Bereich Soziales die Hausaufgaben

(A) nicht gemacht worden sind. Vornehmste Aufgabe der Opposition ist es übrigens, den Finger in die Wunde zu legen und das, was der Senat nicht hinbekommt, deutlich zu kritisieren. Dem kommt die CDU im Gegensatz zur Fraktion DIE LINKE nach. Die schwankt zwischen Fundamentalopposition, offener Anbiederung, wie zum Beispiel bei der Zustimmung zum Haushaltsentwurf, oder irgendetwas dazwischen, bei dem man auch nicht weiß, was das Ganze ist.

(Beifall bei der CDU)

Am 9. September war DIE LINKE noch in einer Pressemitteilung, die Frau Cakici herausgegeben hat, der Auffassung, dass die Schaffung von 600 neuen Plätzen ein Anfang ist, aber nicht ausreichen kann, um die gesetzlichen Vorgaben bis 2013 zu erfüllen. Heute hat sie ein ganz anderes Bild hier an dieser Stelle dargestellt. Sie schwankt einmal hin, sie schwankt einmal her. Die Frage ist: Was ist da eigentlich der Oppositionsauftrag?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrheit und Klarheit ist auch der Oppositionsauftrag!)

(B) Ich möchte mich noch einmal ganz kurz auf einige Punkte beziehen, insbesondere auf den von Frau Stahmann, die hier von einem Quantensprung sprach. Der Quantensprung besteht darin, dass die Große Koalition in der ersten und zweiten Ausbaustufe 455 Plätze für 4,5 Millionen Euro geschaffen hat. Rot-Grün hat die schon im Haushalt finanzierte, von der Großen Koalition dritte vorgesehene Ausbaustufe um ein Jahr verschoben und dann nur 117 Plätze für 700 000 Euro geschaffen. Erst jetzt in der vierten, fünften und sechsten Ausbaustufe in den Jahren 2009 bis 2011 werden pro Jahr 270 Plätze geschaffen und damit in drei Jahren 810 echte Krippenplätze.

Die tatsächliche Quote wird nur erreicht unter Einbeziehung mehrerer Rechenricks. Die sozialpädagogischen Spielkreise wurden schon erwähnt, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf überhaupt nicht gewährleisten können, die Sie in einem erheblichen Umfang mit einrechnen. Der zweite Punkt ist, dass Sie 850 Plätze, was einem Fünftel der Gesamtkapazität entspricht, durch ein Vorziehen von fünf Monaten für die Kinder des vierten Quartals ausbauen wollen, das ist kein echter Platz für unter Dreijährige ab dem ersten Lebensjahr, sondern eben für Zweieinhalbjährige. Ein Quantensprung sieht anders aus.

Ich will es noch einmal wiederholen, weil Sie sich da anscheinend in der Debatte die Ohren verschlossen haben. Es stellt sich doch hier die Frage, weil ich in diesem Beispiel mit dem Elternverein dargestellt habe: Gibt es neben diesem angeführten Elternverein noch weitere, die Auflagen abzarbeiten haben, um geöffnet bleiben zu können? Des Weiteren hätten diese drei Millionen Euro nicht für diese notwendigen

Umbaumaßnahmen bei den Elternvereinen genutzt werden können, die jetzt eventuell in größere Schwierigkeiten kommen? Wer sich die Ausbauplanungen ansieht, die im Jugendhilfeausschuss vorgelegt worden sind, stellt an der Stelle deutlich fest, dass die Elternvereine dort sehr wenig berücksichtigt worden sind. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf nicht hilfreiche Anträge gibt es nur eine hilfreiche und ganz klare Antwort, und die lautet: Wir werden unser gemeinsames Ziel, 35 Prozent der Unter-Dreijährigen-Betreuung, 2013 erreichen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir lassen uns an der Stelle auch überhaupt nicht beirren. Wir werden unseren Kurs für die Kinder und für den quantitativen und qualitativen Ausbau fortsetzen. Darum meine Aufforderung an Sie, liebe Abgeordnete von der CDU, klammern Sie sich nicht an Statistiken vom April 2009, sehen Sie, was die derzeitigen Aussagen sind und was auch die derzeitigen Meldungen des Bundesministeriums für Familie sind! Durch Wiederholung dieser Zahlen, die Sie hier in den Raum stellen, werden sie nicht richtiger. Am 9. November 2009 sagt die Aufstellung der Bundesfamilienministerin, dass Bremen sich bei dem Ausbau und bei der Abforderung der Mittel aus dem KiföG an der zweiten Stelle der alten Bundesländer befindet. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ihre Zahlen werden durch Wiederholung nicht richtiger, und Sie wissen, Frau Ahrens, dass Sie an der Stelle Zahlen aneinanderreihen und versuchen, daraus etwas zu konstruieren, was nicht da ist. Noch einmal zum Mitschreiben: Wir sind an der zweiten Stelle der Abforderung der KiföG-Mittel der alten Bundesländer, um das noch einmal ganz klar zu sagen.

Fakt ist auch – das will ich ebenfalls sagen –, wir haben in den vergangenen Jahren ausgebaut, und Fakt ist auch, wir werden weiter ausbauen. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache. Wir haben 2005 13 Millionen Euro für die Unter-Dreijährigen-Betreuung ausgegeben, im Jahre 2011 werden es 32 Millionen Euro sein. Das sind Zahlen, die hier von der rot-grünen Regierung auch als Schwerpunkte hinterlegt

(C)

(D)

(A) sind für die Kleinen, für den Ausbau, für die Betreuung, und das sind Zahlen, die für sich sprechen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dazwischen, meine Damen und Herren, haben wir nicht nur in den Ausbau der Plätze investiert, sondern auch in die Entwicklung der Qualität, das heißt in mehr Personal, in die Umwandlung von Plätzen von vier in sechs Stunden, in das kostenlose Mittagessen, das lassen Sie mich nur noch einmal der Ordnung und der Vollständigkeit halber hier auch deutlich sagen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie zeigen mit dem Finger auf uns, weil wir ein Richtfest für eine Kindertagesstätte verschieben. Doch wird diese Kindertagesstätte ihren Betrieb zeitgerecht und in der Ihnen bekannten Planung aufnehmen. Diese beiden Kindertagesstätten, über die wir hier heute sprechen, bei denen es lediglich um den sinnvollen Tausch von Mitteln geht, nicht um den Abzug von Mitteln, werden ihren Betrieb zeitgerecht aufnehmen.

Wenn Sie hier, Frau Ahrens, von Schlamperei im Sozialressort sprechen: Hier wird im Rahmen der Steuerungsgruppe, sowohl von der Sozialbehörde, vom Amt als auch von den Trägern, die daran beteiligt sind, eine verantwortungsvolle und fachgerechte Arbeit geleistet. Das will ich hier auch noch einmal ganz deutlich betonen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie vergessen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie mit dem Finger auf uns zeigen, zeigen drei Finger auf Sie zurück. Diese drei Finger zeigen der Öffentlichkeit, wo es zurzeit schief läuft bei der CDU und der Regierung in Berlin, nämlich in der Familien- und Sozialpolitik der CDU. Sie wollen eine Herdprämie, Sie wollen ein Betreuungsgeld, das verschönert worden ist, und jeder weiß, dass diese Herdprämie den Kindern in diesem Land nicht guttut.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN – Zuruf der
Abg. Frau A h r e n s [CDU])

Sie brüsten sich mit der aktuellen Erhöhung des Kindergeldes, obwohl Sie wissen, dass dies den wirklich bedürftigen Kindern in den Hartz-IV-Familien nicht zugutekommt. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren von der CDU, verwenden Sie Ihre Kraft darauf, für Länder und Kommunen finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ein weiterer Ausbau der Betreuungsplätze auch weiterhin möglich ist! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse, schlage ich Ihnen vor, dass wir uns erst um 14.45 Uhr hier wieder treffen werden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.12 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe vom Verband Bremischer Bürgervereine und Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteilhauses Huchting. Herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nachträglich möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag „Solidarität mit Mumia Abu-Jamal“ mit der Drucksachen-Nummer 17/996 inzwischen zurückgezogen hat. (D)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort.

Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009
(Drucksache 17/936)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/974)

Wir verbinden hiermit:

Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 17. November 2009
(Drucksache 17/1041)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert – ich habe gehört, sie kommt sofort –, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Lühr und Herr Staatsrat Mützelburg.

(A) Da ich sie nicht fragen kann, ob sie die Antwort mündlich wiederholen möchte, gehe ich davon aus, dass wir gleich in eine Aussprache eintreten. – Das ist der Fall.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei dem Senat für die ausführliche Antwort und die umfangreiche Recherche bedanken. Wir haben diese Anfrage vor dem Hintergrund gestellt, dass die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen in Bremen bei 24 Prozent liegt, und das ist in etwa doppelt so hoch wie in vergleichbaren Großstädten. Auch im öffentlichen Dienst liegt sie immer noch bei zehn Prozent. Deswegen hatten wir das Anliegen, den Senat zu fragen, ob es dafür Ursachen in den Tarifverträgen gibt, bei den Eingruppierungen, im Beurteilungswesen oder unterschiedliche Beurteilungen von frauentypischen und männertypischen Berufen.

Die Senatsantwort stellt dazu fest, direkte Diskriminierung in Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes gibt es nicht, und auch in der Privatwirtschaft gibt es darauf keine Hinweise, und ich denke, diese Feststellung ist erst einmal sehr wichtig. Dennoch gibt es Hinweise auf mittelbare Diskriminierung. Im öffentlichen Dienst kann man den Stufenrückschritt nennen, den es bei der Unterbrechung der Arbeitszeit bis zu fünf Jahren geben kann, da sind dann häufig Frauen in Elternzeit betroffen, und es freut mich besonders, dass der Senat dieser Problematik annehmen und das auch abbauen will.

In der Privatwirtschaft gibt es da offenbar mehr Konstellationen für mittelbare Diskriminierung. Als Beispiele möchte ich die schlechtere Eingruppierung von Frauen sowie die schlechtere Arbeitsbewertung von frauendominierten Tätigkeiten nennen, und es gibt noch ein paar Beispiele mehr. Es wurde aber in der Anfrage auch deutlich, dass man mehr Informationen braucht, um eine genaue Analyse erstellen zu können, wo denn die Diskriminierungen genau sein können und welche Stellschrauben möglicherweise verändert werden können.

Bei den Entgeltordnungen im öffentlichen Dienst haben wir nachgefragt, wenn man jetzt männertypische und frauentypische Berufe direkt vergleicht, ob es dort Diskriminierung geben kann. Es gab da auch eine Analyse zwischen dem staatlich geprüften Techniker und der Erzieherin in der staatlichen Anerkennung. Da freut es mich ganz besonders, dass es bei den letzten Tarifaueinandersetzungen gelungen ist, dass die Erzieherinnen auch in dem Vergleich jetzt deutlich besser stehen; da ist, glaube ich,

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

von Gewerkschaften an der Stelle auch richtig etwas erreicht worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist ebenfalls erfreulich, dass es bei den Richtlinien des Beurteilungswesens keine Diskriminierung gibt, wobei es natürlich – das ist dann der Faktor Mensch – auch zu Fehlbeurteilungen in der Anwendungen kommen kann. Der Senat hat auch gesagt, das möchte er evaluieren, und ich finde auch, das ist genau die richtige Antwort auf die Fragestellung.

Im Ergebnis lässt sich also festhalten: Der Senat macht deutlich, dass er ein hohes Interesse hat, Lohn-diskriminierung abzubauen, und er hat dazu auch erhebliche Schritte unternommen. In der letzten Bürgerschaftssitzung hatten wir über die Ausweitung des Landesgleichstellungsgesetzes auf die Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung gesprochen. Der Senat hat auch viele Führungspositionen mit Frauen besetzt, das sind alles wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es müssen aus unserer Sicht noch mehr folgen, deswegen auch der Antrag. Darin bitten wir den Senat, dass dort, wo es in seinen Möglichkeiten liegt, auch indirekte Diskriminierungen, die sich im Beurteilungswesen durch den Faktor Mensch ergeben können, abgebaut werden.

Ein anderer Punkt ist, dass wir den Senat gern dazu auffordern möchten, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass das Bundesgleichstellungsgesetz auf die Privatwirtschaft ausgedehnt wird, denn eines ist klar: Die Lohndiskriminierung in der Privatwirtschaft ist deutlich größer als im öffentlichen Dienst. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, wenn man sich den europäischen Vergleich anschaut, dann sind wir in Deutschland an siebttletzter Stelle, das ist ein Armutszeugnis für Deutschland, und da müssen wir handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es hat sich auch gezeigt, dass das Gleichstellungsgesetz im öffentlichen Dienst Lohndiskriminierung entgegenwirkt, schließlich ist da auch zu sehen, dass es da deutlich weniger der Fall ist.

Als dritten Punkt möchten wir den Senat bitten, einmal im Jahr einen Bericht über die Einkommensentwicklung im Lande Bremen vorzulegen, und da meinen wir insbesondere die Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft, weil genau dort die großen Probleme sind. Wir brauchen nicht eine Doppelung des Personalcontrollingberichts.

Am Ende möchte ich sagen, das ist ein Anfang, damit werden wir natürlich Lohndiskriminierung nicht aus der Welt schaffen, sondern es ist ein Anfang, ein Schritt in die richtige Richtung in Bezug auf die Privatwirtschaft, und ich bin mir sicher, dass wir noch

(C)

(D)

(A) weitere Schritte gehen müssen. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen, die mir bitte nicht von der Redezeit abgezogen wird.

(Heiterkeit – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Den Trick kennen wir!)

Sie haben einen Zettel vor sich liegen, nach dem ich – darauf haben mich netterweise die SPD-Kolleginnen aufmerksam gemacht – aus dem Gleichstellungsausschuss herausgehe. Dieser Zettel ist falsch, ich bleibe im Gleichstellungsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Sie bekommen einen neuen Zettel, und insofern ist das dann geklärt.

(B) Zweite Vorbemerkung: Ich bedauere immer wieder – und Herr Schneider ist jetzt der Einzige, den das nicht trifft –, dass bei diesen Themen auch die Presse so schwach vertreten ist. Das ist schlecht, weil wir das Thema transportieren möchten, und wenn die Presse nicht da ist, dann ist es so schwer, das in die Köpfe und Herzen der Menschen zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt beginnt die eigentliche Rede, Herr Präsident!

(Heiterkeit)

Im März dieses Jahres stellte die CDU-Fraktion eine Große Anfrage zum Thema Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern im Lande Bremen. Ich freue mich, dass wir heute erneut das Thema auf der Tagesordnung haben, denn es ist aktuell genauso wie im Frühjahr, und ich sage, leider! Darüber können wir uns nicht freuen. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen waren und sind in Deutschland aber eben leider auch in Bremen ein ernstes Problem. Dass es in Bremen ernster ist als in manchen anderen vergleichbaren Großstädten und in Deutschland insgesamt, finde ich bedauerlich. Eigentlich müsste das anders aussehen.

Meine Damen und Herren, an diese Lohnlücke dürfen wir uns alle nicht gewöhnen. Die Ursachen sind in der Antwort des Senats aufgeführt, und sie sind da auch sehr sorgfältig aufgeführt. Typische Frauen-

berufe werden schlechter bezahlt als typische Männerberufe. Frauen sind in den Führungsetagen nach wie vor dramatisch unterrepräsentiert. Frauen befinden sich überdurchschnittlich in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Frauen gehen in Teilzeitbeschäftigung, weil die Kinderbetreuungsangebote unbefriedigend sind, wir haben eben darüber geredet. Frauen üben häufiger als Männer Ein-Euro-Jobs aus. Frauen werden im öffentlichen Dienst in den Tarifverträgen TV-L und TVöD nach der Elternzeit so eingestuft wie vor der Elternzeit, und bei einer längeren Unterbrechung erfolgt sogar ein Stufenrückschritt. Es muss unser aller Ehrgeiz sein, dass zumindest die nächste Frauengeneration diese offensichtlichen Ungerechtigkeiten nicht mehr erleben muss.

Dem Senat sind die Gründe, die zu den Lohnunterschieden führen, bekannt. Seine Analyse ist gut, seine Therapie mangelhaft. Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass er keine konkreten Schritte einleitet, um die Situation zu verbessern. Entschuldigt wird es damit, dass man noch nicht genug über die Ursachen wisse und noch weitere Ursachenforschung betreiben müsse. Nein, Sie wissen genug und tun zu wenig, das ist das eigentliche Problem!

(Beifall bei der CDU)

Darum möchte ich Sie heute ermutigen, das Problem offensiv anzupacken. Was ist zu tun? Vieles können Sie selbst ändern, anderes muss im Bundesrat angestoßen werden, und wieder anderes müssen wir den Tarifparteien überlassen. Wenn die Eingangsstufe für Laufbahnen des gehobenen technischen Dienstes, eine typische Männerdomäne, bei A 10 liegt, andere Laufbahnen, die ebenfalls einen Fachhochschulabschluss erfordern, jedoch nach A 9 bezahlt werden, dann sorgen Sie dafür, dass sich dies ändert! Technik ist niemals wichtiger als die Menschen, die betreut werden müssen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erzieherinnen oder die verschiedenen Pflegeberufe mit einem Fachhochschulabschluss haben es wirklich verdient, dass sie endlich besser bezahlt werden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es in den Tarifverträgen TV-L und TVöD einen Stufenrückschritt nach einer Elternzeit gibt, dann nehmen Sie Ihre Verantwortung in der Tarifgemeinschaft der Länder wahr, und fordern Sie ein Ende dieser Regelung! Kindererziehung darf kein Karrierehemmnis sein.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Wenn der schleppende Ausbau der Ganztagskindergärten und -krippen dazu führt, dass Frauen ihrem Beruf nicht oder nur teilweise nachgehen können und sich nicht zuletzt dadurch sich mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen oder Ein-Euro-Jobs zufriedengeben müssen, dann ändern Sie auch das! Wenn Frauen nach wie vor in den Leitungspositionen unterrepräsentiert sind, dann ändern Sie auch das! Sorgen Sie dafür, dass in Bremen dieser unhaltbare Zustand nicht zunimmt, sondern abnimmt!

In der Großen Anfrage geht es auch um die Privatwirtschaft. Natürlich kann es uns nicht gleichgültig sein, dass auch dort die Diagnose des Problems ähnlich aussieht wie im öffentlichen Dienst. Die „Wirtschaftswoche“, kein feministisches Blatt, bezeichnet Deutschland in Sachen weibliches Topmanagement als ein Entwicklungsland und spricht sogar von der „Macho-AG“ in den Führungsetagen der Unternehmen. Dennoch ist in diesem Bereich der Privatwirtschaft nun nicht zuallererst der Senat gefordert. Der Senat wäre gut beraten, wenn er vor seiner eigenen Haustür kehrt. Wenn der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen würde, wäre schon viel gewonnen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident! Gute Ratschläge oder gar Forderungen an die Privatwirtschaft sind absolut sinnlos, solange der öffentliche Dienst seine Schularbeiten noch nicht gemacht hat.

(B)

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum ziehe ich das Fazit: Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind eine gravierende Ungerechtigkeit. Man kann manches ertragen und wegstecken, Ungerechtigkeit gehört nicht dazu! Deshalb wollen wir keine weiteren Gutachten sehen, wir wollen Taten sehen. Frauen in Bremen sollen im Durchschnitt nicht schlechter verdienen als Männer und nicht schlechter als im Bundesdurchschnitt. Renke Brahms hat heute Morgen in der Kirche gesagt, es kommt nicht darauf an, die Welt zu kommentieren, es kommt darauf an, sie zu verändern.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war Karl Marx!)

In diesem Punkt müssen wir sie verändern! – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auch bedauere, dass die Presse nicht

so zahlreich anwesend ist, bedauere ich, dass wir hier nicht so zahlreich anwesend sind, was aber ein bisschen typisch ist, wenn es sich um Frauenthemen handelt.

(C)

(Abg. Frau **A l l e r s** [CDU]: Also, wir sind vollzählig!)

Jetzt komme ich zu meinem eigenen Beitrag, damit die, die da sind, auch nicht benachteiligt werden.

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Schauen Sie doch einmal in Ihre Fraktion!)

Ich habe von keiner Fraktion im Speziellen, sondern im Allgemeinen gesprochen. Das kann man dann auch nachlesen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Frauen erhielten – wir sagen ja nicht mehr verdienen – in den Jahren 2007 und 2008 in Bremen durchschnittlich 26 Prozent weniger Lohn und Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Das ist an sich schon ein gesellschaftlicher und politischer Skandal, denn eine Annäherung ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil, schlechend vergrößert sich der Abstand zwischen Männern und Frauen. Eine frühere Antwort des Senats, dass beispielsweise der Lohnunterschied im Ernährungsgewerbe mit 15 Prozent nicht eklatant sei, zeugt von schlichter Arroganz und Gleichgültigkeit. Wir brauchen einen Senat, der Diskriminierungen wahrnimmt. Wir brauchen einen Senat, der dieser realen Ungleichbehandlung zwischen Männer- und Frauenlöhnen aktiv entgegenwirkt.

(D)

Was müssen wir dagegen feststellen? Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes ist die Ungleichbezahlung von Männern und Frauen deutlich, ein Minus von fast zehn Prozent. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass der Senat seine Vorbildfunktion wahrnimmt. Wir wollen ihn hiermit daran erinnern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verantwortung des Senats zur gesetzlichen Absicherung von Lohngleichstellung kann nicht mit dem Hinweis auf die Tarifparteien zur Seite geschoben werden. Wir benötigen auch gesetzlich festgelegte Mindestlöhne. Wir benötigen beides, tarifliche und gesetzliche Regelungen. Die lapidare Aussage des Senats, dass wegen des Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz keine weiteren Initiativen notwendig wären, wird durch seine eigenen Antworten in aller Klarheit widerlegt. Dieser Passus in der Antwort zeigt, dass der Wille zur Veränderung nicht sehr ausgeprägt ist. Deshalb erscheint es uns als unumgänglich, dass bei Nichteinhaltung der Gesetze, die den Gleichheitsgrundsatz verletzen, Sanktionen ausgesprochen werden können, sowohl im Bereich des öffentlichen Dienstes als auch in der Privatwirtschaft.

Des Weiteren muss die Beweispflicht bei den Behörden oder den Unternehmen liegen und nicht bei

(A) der einzelnen Frau. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass gesetzliche Möglichkeiten zu Verbandsklagen geschaffen werden müssen, und das ist unsere gemeinsame politische Aufgabe.

Wie aus einer früheren Antwort des Senats deutlich wurde, entstehen durch Prämien und Schichtzulagen massive Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Auch im öffentlichen Dienst sollten die Frauenbeauftragten und die Personalrätinnen und -räte ihr Recht auf Einblick in die Prämienlisten intensiv wahrnehmen und speziell auf die Geschlechtergerechtigkeit hin überprüfen. In welchen Bereichen gibt es Schmutz- oder Erschwerniszulagen für Frauen? Gibt es Schmutzzulagen für die Reinigungskräfte? Das ist mir nicht bekannt.

In wirtschaftlichen Krisen verschärfen sich die Lebenslagen von Frauen weiter. Sie werden durch Massenerwerbslosigkeit weiter nach unten gedrückt, denn die Konkurrenz zwischen Männern und Frauen ist nicht immer gewollt, wird aber forciert. Frauen werden aus dem Berufsleben herausgedrängt, um wieder die traditionell weibliche Rolle zu übernehmen. Die Unterbrechung der beruflichen Arbeit durch Elternzeit oder Sonderurlaub, um die Erziehungsarbeit oder die Pflege von Angehörigen zu übernehmen, betrifft zu meist die Frauen. Sie bekommen bei fünfjähriger hauptberuflicher Familienarbeit den finanziellen Aufstieg ihrer Kolleginnen und Kollegen nicht. Leisten sie noch darüber hinaus die Familienarbeit, werden sie sogar zurückgestuft. Das hat kurz- und langfristige Konsequenzen bis hin zur kleineren Rente.

(B)

In den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes ist zwar eine unmittelbare Diskriminierung auf den ersten Blick nicht festzustellen, aber schauen wir genauer hin! Die Bewertung von Frauenarbeit ist immer noch niedriger als die der Männerarbeit. Die Arbeit am Menschen, wie sie Erzieherinnen leisten, und Dienstleistungen, die allen anderen die Arbeit erst ermöglichen, wie die der Raumpflegerinnen, werden viel zu niedrig bewertet. Das Einkommen der Erzieherinnen beispielsweise mit dem staatlich geprüften Techniker zu vergleichen, ist bedenklich. Warum wird die Arbeit in den Kindertagesstätten, Horten, Behinderteneinrichtungen und so weiter nicht mit denen der Lehrenden in den Sekundarstufen II verglichen? Arbeit wird eben nicht geschlechtsneutral bewertet, und die ganzheitliche Arbeit von Frauen ist zu niedrig bezahlt.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss nicht nur gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten, sondern auch gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Gleichwertigkeit muss als solche aber auch wahrgenommen werden. Damit solche mittelbaren Diskriminierungen offengelegt werden, müsste ein umfangreiches Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben werden. Der Senat behauptet lapidar, das wäre nicht möglich. Warum eigentlich nicht? Die gesellschaftliche Anerkennung der Frauenarbeit

muss sich auch finanziell widerspiegeln, denn nur, ich zitiere, „ein gefüllter Suppentopf macht satt“.

(C)

Dem Antrag der SPD und der Grünen stimmen wir zu. Die Forderungen sind zwar nicht neu, aber der Antrag zeigt ganz deutlich, worauf es in der Gleichstellungspolitik auch ankommt: Das ist Geduld, langer Atem und ständige Wiederholung der Forderung nach Gleichstellung auf allen Ebenen! – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangssituation unserer Diskussion hat sich seit unserer letzten Debatte im Parlament im Mai dieses Jahres nicht verändert. Die Zahlen liegen vor, es ist jetzt noch einmal aktuell eine Erhebung veröffentlicht worden, aber auch die besagt, dass die Lohnunterschiede gerade im privatwirtschaftlich organisierten Bereich sehr erheblich sind, im staatlich organisierten Bereich bei sieben Prozent liegen, das ist sehr viel, aber weit unter dem, was im privatwirtschaftlichen Bereich vorliegt. Wir finden hier also zwei sehr unterschiedliche Bereiche, und für unser Ziel, Lohnunterschiede abzubauen und Aufstiegschancen von Frauen zu verbessern, gilt es, hier differenzierte Ansatzpunkte zu erarbeiten und darzustellen.

(D)

Die Antwort des Senats zeigt deutlich und selbstkritisch auf, wo im Bereich des öffentlichen Dienstes Tatbestände der Lohndiskriminierung bestehen könnten. Im beamteten Bereich ist die Möglichkeit des höheren Einstiegs in eine Laufbahngruppe für technisch ausgebildete Bewerberinnen aufgezeigt, meine Kolleginnen haben das schon ausgeführt. Die Anmerkung, dass diese Regelung die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt abbildet, ist aber aus unserer Sicht überhaupt nicht akzeptabel, da auch hier die öffentlichen Arbeitgeber eine Vorbildfunktion haben.

Im Angestelltenbereich wird besonders auf die Möglichkeit einer Rückstufung nach einer längeren Beurlaubungsphase hingewiesen. Hier sind im neuen Beamtengesetz, das dem Parlament zur Beratung vorliegt, schon erste Veränderungen vorgenommen worden. Dennoch ist es unerlässlich, die einzelnen Vorschriften und Verordnungen immer wieder in den Blickwinkel der Chancengleichheit geschlechtersensibel zu überprüfen. Genau das ist auch ein Punkt, den wir in unserem Antrag formuliert haben.

Daneben muss auch in der Arbeitsmarktpolitik ein deutliches politisches Zeichen gesetzt werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das im Juni verabschiedete Programm für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus – darüber freue ich mich besonders – wird noch im Dezember dieses Jahres

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) eine Fachtagung vom Ressort organisiert, die sich genau mit den von uns aufgezeigten Ungleichheiten beschäftigen wird und hier auch versucht, Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Der Senat kommt hier also seinen Möglichkeiten, die er hat, Verantwortung wahrzunehmen, nach, um Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen nicht nur im öffentlichen Bereich aufzuzeigen. Wir wissen aber, gerade im privatwirtschaftlichen Bereich sind die Einflussmöglichkeiten des Senats doch sehr begrenzt.

Viel spannender ist doch die Frage, warum im öffentlichen Bereich die Lohnunterschiede wesentlich geringer ausfallen als in der Privatwirtschaft. Da finde ich auf der Seite des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen unter dem Punkt „Chancengleichheit im Erwerbsleben“ eine Antwort. Die heißt, und ich darf zitieren, Herr Präsident: „In Bayern konnte die Gleichstellung im öffentlichen Dienst mithilfe des Bayerischen Landesgesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern deutlich verbessert werden.“ Nun ist das Bayerische Landesgleichstellungsgesetz nicht deckungsgleich mit unserem in Bremen, aber die Aussage macht doch eines deutlich: Nur eine gesetzliche Grundlage kann Veränderungen bewirken!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich kann mich noch gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, an die letzte Debatte hier im Haus erinnern. Vor allen Dingen die Fraktionen der CDU und der FDP haben gerade die Lohnunterschiede im öffentlichen Bereich angeprangert und vom Staat eine Vorbildfunktion eingefordert. Diese wird – so zeigt auch die Antwort des Senats – sehr ernst genommen, und mit dem Landesgleichstellungsgesetz gibt es eine rechtliche Grundlage, dieses Handeln verbindlich einzufordern.

Wir haben aber schon gesagt, die größten Lohnunterschiede liegen im privaten Bereich. Wer hier Veränderungen will, im staatlichen, aber auch im privaten Bereich, darf nicht A sagen, auf die einen zeigen, sondern muss auch B sagen und sich selbstkritisch mit den eigenen Ideen auseinandersetzen. Das heißt, Gewerkschaften, Tarifpartner, aber auch die Privatwirtschaft müssen sich am Gleichstellungsgedanken orientieren.

Unseres Erachtens ist es unerlässlich – und ich bitte auch die Fraktionen von FDP und CDU, darüber nachzudenken –, ein Gesetz in der Privatwirtschaft einzufordern, das die Chancengleichheit garantiert. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, werben wir darum, unseren Antrag zu unterstützen, denn nur hier ist es garantiert, dass wir auf dem richtigen Weg sind und einen wesentlichen Schritt vorankommen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(C) Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn man die Welt verändern will, ist es mitunter nicht verkehrt, wenn man zunächst vorher versucht, sie wirklich zu begreifen, und ich habe in dieser Debatte den Eindruck, dass es wieder einmal mehr am Verständnis des Arbeitsmarktes in der privaten Wirtschaft mangelt.

(Beifall bei der FDP)

Ich will, bevor ich näher darauf eingehe, noch einmal einige Fakten in den Raum stellen, die deutlich machen, dass eigentlich kein Mangel an gesetzlichen Regelungen, die hier eingefordert worden sind, bestehen dürfte. Sowohl Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes als auch Paragraph 2 und Paragraph 7 des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes als auch Artikel 141 des EG-Vertrages sagen sehr deutlich, dass Lohndiskriminierung unzulässig ist, und das sind ja wohl gewichtige rechtliche Grundlagen, die wir auch als ausreichend für diesen Bereich ansehen.

(Beifall bei der FDP)

Zur Antwort des Senats! Ich will nur auf einige Details, die hier schon genannt sind, eingehen. Es hat seinerzeit, auch das ist dort ausgeführt worden, gute Gründe gegeben, das Thema Stufenrückschritt so zu gestalten. Im Übrigen muss man auch dazu sagen, der Stufenrückschritt gilt nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Insofern ist das keine direkte Diskriminierung.

(D) Ich will hierzu auch eines deutlich sagen, Frau Schön: Ich kann aus der Antwort des Senats eigentlich nicht ablesen, dass sich der Senat damit so ohne Weiteres beschäftigen will, sondern auch der Senat weist daraufhin, dass eine Veränderung in diesem Bereich des Tarifgefüges zu erheblichen finanziellen Folgekosten führen würde und dass man das eben gerade nicht als Land Bremen im Alleingang verändern kann. Dies muss auch hier am Ende der Debatte auch deutlich sein.

Ich will auch zu den Unterschieden zur privaten Wirtschaft etwas sagen! Auch dazu wird hier ausgeführt, dass es hier insbesondere so ist, dass Frauen weniger zu Überstunden und zur Schichtarbeit herangezogen werden, deshalb auch weniger Zulagen erhalten. Deshalb kann die Forderung in einem vernünftigen Miteinander nicht sein, dass sie nun mehr Überstunden und mehr Schichtarbeit machen sollen, um dann anschließend wieder den gleichen Lohn zu bekommen, den ihre männlichen Kollegen unter dem Strich auch bekommen. Deshalb, glaube ich, lohnt es sich wirklich, sich mit der Statistik und auch mit dem, was tatsächlich diesen Lohnunterschied erklärt, näher auseinanderzusetzen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Eines will ich vorwegschicken, bevor wir das hier hoffentlich tun können. In Deutschland gibt es ein Recht auf freie Berufswahl, und auch darin ist eine der Ursachen für Lohnunterschiede begründet, ich finde das sehr gut, und unterschiedliche Berufe werden zum Glück auch unterschiedlich bezahlt. Dies ist eine Feststellung, die ich mir beim Verlauf der Debatte dann doch noch einmal erlaube, gerade wenn immer die Rede davon ist, das ist ja das, was dann meistens angeführt wird, es gebe nun einmal männerdominierte Berufe und typische Frauenberufe. Ich bin sehr dafür, dass es eine freie und tatsächlich auch realistisch freie Berufswahl gibt und gleicher Zugang für die Geschlechter zu allen Berufen da ist,

(Beifall bei der FDP)

aber man muss es akzeptieren, wenn sich Menschen für unterschiedliche Lebenswege in einer breit aufgestellten Gesellschaft entscheiden.

Sprechen wir einmal über die einzelnen Punkte! Wir werden das sicherlich auch gleich noch fortsetzen. Es ist doch klar, man hat sich entschieden, für den öffentlichen Dienst etwa im gehobenen technischen Dienst eine höhere Besoldung vorzunehmen, weil es eine Schwierigkeit ist, Menschen mit einer technischen Qualifizierung für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, weil diese Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sonst nicht wettbewerbsfähig wären. Natürlich gibt es nun einmal in Deutschland wesentlich mehr Ingenieure als Ingenieurinnen. Das kann man beklagen, das werden wir aber nicht als Land Bremen im Alleingang ändern. Ich muss schon deutlich sagen, dass es bei einem solchen Bewerbermangel, wie man ihn früher vorgefunden hat, geradezu richtig war, dann auch die Gehaltsstrukturen entsprechend an die private Wirtschaft anzunähern.

(Beifall bei der FDP)

Zum einen geht es natürlich darum, dass es keine Diskussion sein kann, dass man unter dem Strich nun alles miteinander vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass erhebliche Lohnunterschiede da sind. Wenn Sie sich einmal die bereinigte Lohnlücke anschauen, also Männer und Frauen mit dem gleichen Bildungsniveau miteinander vergleichen, dann werden Sie feststellen, dass die Lohnlücke erheblich geringer ist als die, die Sie hier vorgetragen haben. Was unbefriedigend ist, das räume ich ein, dazu werde ich auch nachher etwas sagen, ist, dass sie in Bremen extrem größer ist als in anderen Großstädten in Westdeutschland. Dies kann nicht befriedigend sein, darüber haben wir auch schon vor einigen Monaten hier diskutiert.

(Beifall bei der FDP)

Lohnunterschiede bedeuten nicht per se Diskriminierung. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, die dafür

maßgeblich sind, die erstaunlicherweise in der Debatte hier überhaupt nicht analysiert worden sind. Es ist einerseits die Erwerbsunterbrechung, die kindbedingt eben leider zu großen Teilen noch die Frauen tragen – Sie wissen, dass ich sehr dafür bin, dass dies gerechter aufgeteilt wird –, aber Sie schlagen leider überhaupt keine Maßnahme in Ihren Anträgen vor, um dies zu verändern.

Wir haben immer noch ein unterschiedliches Bildungsniveau zwischen Männern und Frauen; allerdings muss man dazu sagen, sind die Frauen seit Anfang der Neunzigerjahre dort in einem Aufholprozess. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, aber es spricht mehr dafür, dass sich diese Lücke eher schließt, als dass sie größer wird. Frauen wählen ihre Arbeitsplätze in unterschiedlichen Berufen und Branchenzusammenhängen, auch das ist nicht gleich zwischen den Geschlechtern, muss es auch nicht sein, weil es eben nun einmal unterschiedliche Präferenzen gibt, und das ist auch zu begrüßen. Frauen arbeiten in unterschiedlichen Beschäftigungsformen. In Bremen zum Beispiel sind 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen und das nicht deshalb, weil es nicht genügend Männer gäbe, die auch gern in Teilzeit arbeiten würden.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, es lohnt sich, dieses Thema weiter zu vertiefen und zu analysieren. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne noch eine angeregte Debatte führen werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Motschmann.

Abg. Frau **Motschmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Möllenstädt, Sie fordern mich immer wieder heraus, wenn Sie Ihre Reden zur Gleichstellung halten. Wenn Sie meinen, dass Sie der einzige sind, der die Marktwirtschaft begreift,

(Abg. Dr. Möllenstädt [CDU]: Es kommt einem fast so vor, Frau Kollegin!)

und denjenigen zum Vorwurf machen, die hier das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft fordern, dass sie nichts begreifen, dann, finde ich, ist das das schwächste Argument, dass Sie überhaupt nur vortragen können.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

(C)

(D)

(A) Man kann hier unterschiedlicher Meinung sein, das habe ich auch vorgetragen, aber nicht mit so arroganten Argumenten!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen empfehle ich Ihnen, mir einmal zu erklären, warum ein Techniker mit A 10 eingestellt wird und eine Erzieherin oder Pflegeberufe mit A 9, das möchte ich dann auch gern einmal wissen! Das verstehe ich nicht, und da ist eine Diskriminierung.

Warum ich gekommen bin, ich wollte Ihnen einmal ein aktuelles Beispiel für verdeckte Diskriminierung vortragen. Im „Weser-Kurier“ gibt es heute einen sehr guten Beitrag: „Europas Frauen proben den Aufstand“. Bedauerlicherweise gibt es nur vier EU-Kommissarinnen. Der Beitrag ist gut, aber der letzte Satz ist diskriminierend. Weil viele immer nicht wissen, was verdeckte Diskriminierung ist, möchte ich ihn vorlesen: „Und so war es ausgerechnet eine Vorzeigefrau, die dann als ‚Königsmörderin‘ in die EU-Annalen einging. Die dreiste Vetternwirtschaft der Französin Edith Cresson brachte 1999 die gesamte Kommission von Jacques Santer zu Fall. Kein besonders aufmunterndes Beispiel für Barroso.“ Meine Damen und Herren, wenn wir diese Kriterien und Maßstäbe anlegen, bleiben aber viele Chefsessel in dieser Republik leer.

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nur um einmal zu zeigen, dass es verdeckte Diskriminierung gibt, und zwar auf Schritt und Tritt, und leider auch in der Presse, trage ich dies vor. Ich will die Presse jetzt nicht schlechtmachen, wir mögen sie alle gern,

(Heiterkeit)

aber was gesagt werden muss, muss gesagt werden. Frau Stahmann hat heute gesagt, wir kritisieren den Senat. Natürlich kritisieren wir den Senat, aber sie hat dann gesagt, wir mögen den Senat nicht. Nein, Frau Stahmann, wir mögen den Senat, aber wir kritisieren ihn da, wo er zu kritisieren ist.

Abschließend möchte ich dann auch noch sagen, was ich vergessen habe zu sagen, dass wir den Dringlichkeitsantrag nicht mitmachen, weil er sich insgesamt auf die Privatwirtschaft bezieht. Trotzdem finde ich es gut, dass jedes Jahr ein Bericht des Senats über die Einkommensentwicklung der Frauen in Bremen vorgelegt werden soll, das sage ich hier ausdrücklich. Ich finde es gut, wenn wir immer weiter über dieses Thema diskutieren, weil dann irgendwann auch etwas besser wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Schön. (C)

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Möllenstädt, wenn man die Welt begreifen will, muss man sich mit ihr auseinandersetzen! Ja, das stimmt, und das hätte ich auch von Ihnen erwartet! Ihr Beitrag hat eigentlich gezeigt, dass Sie sich mit den wesentlichen Punkten nicht auseinandergesetzt haben. Sie haben sich nicht damit auseinandergesetzt, dass wir 24 Prozent Lohnspreizung haben, und Sie haben sich auch nicht damit auseinandergesetzt, dass wir an siebttletzter Stelle in der EU stehen und dass da dringend etwas zu unternehmen ist, damit haben Sie sich meiner Meinung nach nicht auseinandergesetzt.

Wenn Sie sagen, wir haben ausreichend gesetzliche Grundlagen, möchte ich von Ihnen gern wissen, wie Sie sich denn das erklären, dass ausgerechnet die EU sich darüber beschwert hat, dass Deutschland in dem Bereich in Gleichstellungsfragen zu wenig tut. Da scheint doch dann etwas im Argen zu liegen, und es scheint keine ausreichende Grundlage zu geben, darüber würde ich dann von Ihnen gern noch einmal etwas wissen. Dann stellt sich die Frage, Sie sagen: Ja, das hat auch etwas mit Bildung zu tun! Mittlerweile ist es aber doch so, dass Frauen mit viel besseren Schulabschlüssen aus der Schule kommen und trotzdem nicht die besseren Jobs haben und trotzdem nicht mehr verdienen. (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Da liegt doch etwas im Argen, das müssen Sie doch einfach zur Kenntnis nehmen. Dann kommen Sie mir mit einem Berufswahlverhalten und sagen, ja, die Frauen wählen auch die Berufe, wo sie schlechter verdienen. Haben Sie sich eigentlich schon einmal Gedanken darüber gemacht, dass das hier vielleicht auch etwas mit gesellschaftlicher Bewertung zu tun haben könnte, dass Berufe, die etwas mit Menschen zu tun haben, schlechter bewertet werden

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Dazu fehlt ihm die geistige Reife!)

als Berufe, die etwas mit Maschinen zu tun haben? Sind Sie vielleicht schon einmal auf die Idee gekommen? Das gehört meines Erachtens auch zu der Debatte dazu. Zu sagen, in die Privatwirtschaft solle man doch nicht eingreifen, wie das FDP-Manier ist, dazu kann ich auch nur sagen, wir sehen, dass wir dort 24 Prozent Lohnspreizung haben und im öffentlichen Dienst zehn Prozent. Das sind zehn Prozent zu viel, aber es ist deutlich weniger als in der Privatwirtschaft.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) An der Stelle komme ich jetzt dann auch noch einmal zu Frau Motschmann. Frau Motschmann, Sie haben ja eine engagierte Rede in der Sache gehalten. Von der Analyse teile ich das, was Sie gesagt haben, aber ich teile überhaupt nicht Ihre Konsequenz an der Stelle. Sie sagen, der Senat möge mit gutem Beispiel vorgehen. Das tut der Senat doch! Wir haben eine Anfrage dazu gestellt, haben das Thema aufgegriffen und haben gefragt, was im öffentlichen Dienst gemacht wird und so weiter, das habe ich vorhin erläutert. Der Senat hat viel dazu aufgeschrieben, und er hat aufgeschrieben, wie die Sache ist und was er alles unternimmt.

Wir haben das Landesgleichstellungsgesetz auf die Privatwirtschaft ausgeweitet. Wir bringen mehr Frauen in Führungspositionen und immer so weiter, Frau Arnold-Cramer hat darauf hingewiesen, und auch in den Arbeitsmarktprogrammen machen wir an der Stelle eine ganze Menge. Der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran. Das Problem ist in der privaten Wirtschaft, und weshalb Sie da gerade die private Wirtschaft außen vor lassen wollen, das erschließt sich auch mir nicht bei Ihrer Argumentation, denn gerade dort ist die Aufgabenstellung, und von daher finde ich das jetzt auch sehr schade, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen, weil dort die großen Aufgaben liegen. Auch dort haben wir Branchen wie Recycling und Tourismus, wo wir sogar eine Lohnspreizung von über 40 Prozent haben.

(B) Aber auch wenn die Seite des Hauses so einen Antrag nicht mitmachen will, wir werden den Weg gehen und die Schritte unternehmen, die notwendig sind. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was mich bewogen hat, noch einmal zu den Worten von Herrn Dr. Möllenstädt Stellung zu nehmen, waren zwei Punkte, einmal „natürlich“ und die freie Berufswahl.

Zur freien Berufswahl! Ich glaube, ein Teil von Ihnen kann sich noch daran erinnern, wie viele Frauen sich in sogenannte Männerberufe haben einklagen müssen, die nicht einmal die Möglichkeit einer Ausbildung bekommen haben mit den Sätzen, „die sanitären Einrichtungen geben es nicht her“. Hier im Raum Bremen gibt es sechs Frauen, die sich bis zum Bundesarbeitsgericht in sogenannte Männerberufe haben einklagen müssen. Das nur noch einmal zur freien Berufswahl!

Dann die Natürlichkeit! Was ist daran natürlich, dass Ingenieure männlich sind und Putzhilfen, Reinigungskräfte weiblich?

(C)

(Abg. Dr. Möllenstädt [FDP]: Das sagt doch kein Mensch!)

Ein Stück zurück in der Geschichte hat Cato der Ältere gesagt: Wenn die Frauen uns gleichgestellt sind, sind sie uns überlegen. Daran hat sich Jahrtausende das Patriarchat orientiert und tut es noch heute. Die Frage von gesellschaftlicher, privater, menschlicher, sozialer Abhängigkeit macht sich im Wert der gesellschaftlichen Akzeptanz und selbstverständlich des Einkommens ganz deutlich. Wenn das alles so wäre, Herr Dr. Möllenstädt, wie Sie gesagt haben, würden wir hier nicht stehen und eine zunehmende Lohn- differenz oder Gehaltsdifferenz zwischen Männern und Frauen diskutieren müssen. Das machen wir ja nicht freiwillig.

Zweitens, wir würden nicht darüber diskutieren müssen, warum Frauen bessere Schul- und Studienabschlüsse haben als vergleichbare Männer und sie trotzdem auf dem Arbeitsmarkt im unteren Drittel sind. Wo ist da die Freiwilligkeit, wo ist da die Natürlichkeit? Ich glaube, so ein Stück feministische Selbstbe- sinnung von Männern täte an dieser Frage einmal not.

Noch einmal zur Frage der Abhängigkeit! Ganz viel an der Eigenständigkeit auch von Frauen, an eigenständiger Existenzsicherung, hat etwas mit Unabhängigkeit zu tun. Vielleicht sind das Ängste, lieber Kol- lege Dr. Möllenstädt, die Sie weiterhin dazu treiben, diese Differenz in der Abhängigkeit sein zu lassen. Für mich ist nur eines natürlich: für gleiche, gleich- wertige Arbeit gleiches Geld zu bekommen, unab- hängig welches Geschlecht ich habe, und nicht die Messlatte an sogenannten Männerberufen festzumachen, dass das der Maßstab für Frauen ist, die ganz- heitlich in jedem Bereich arbeiten können und auch dort wollen, wo sie aber nicht zugelassen werden. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, man kann die Dis- kriminierungstatbestände, die dazu führen, dass Frau- en im Durchschnitt deutlich weniger verdienen als Männer – und im Land Bremen auch noch einmal be- sonders extrem –, in zwei große Bereiche einteilen: Der erste Bereich ist die Diskriminierung, weil Frauen eine Tendenz haben, vorrangig in sogenannten Frau- enberufen zu arbeiten – Pflege und Kinder sind hier schon angeklungen – und dass es eine gesellschaft- liche Setzung ist, die man in der Tat dringend ver- ändern muss, dass in diesen Berufen eher weniger Qualifikation verlangt wird oder dass so getan wird,

- (A) als könne das eine Frau per se, und dass diese Bereiche schlechter entlohnt werden.

Sie können an dem Agieren des Senats im Tarifkonflikt um die Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher sehen, dass wir uns – auch weitgehend unsere Arbeitgeberfunktion verlassend – dort öffentlich dafür starkgemacht haben, dass sich gerade bei der Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher etwas bewegt, vieler Erzieherinnen und weniger Erzieher. Daran können Sie sehen, dass der Senat sich daran beteiligt, bei der gesellschaftlichen Wertung – die sich implizit darin ausdrückt, dass sogenannte Frauenberufe schlechter bezahlt werden als sogenannte Männerberufe – das in seiner Macht Stehende zu tun, um dem sonderbaren Werturteil, das oft dahintersteht, entgegenzuwirken und eigene Akzente zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass man das über objektivierende Gutachten, so nach dem Motto, die Anforderungen an einen Techniker sind gleichwertig wie an eine Erzieherin, hinbekommen kann. Ich glaube eher, dass wir uns – und dazu dient ja auch die Debatte – da auf den Weg machen müssen, die gesellschaftliche Auseinandersetzung auch schärfer zu führen. Der demografische Wandel wird uns im Übrigen in den nächsten Jahren gewaltig dabei helfen, und an dem Punkt kann man sich darüber auch wirklich freuen. Pflegekräfte werden knapp werden, und es wird dazu kommen, dass man sie in Zukunft besser bezahlen wird. Das ist unausweichlich und aus meiner Sicht und auch aus Sicht des Senats eine begrüßenswerte Entwicklung.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der zweite große Bereich, warum Frauen bei der Entlohnung diskriminiert werden, liegt schlicht und einfach darin begründet, dass sie Kinder bekommen, weil sie in Deutschland immer noch überwiegend die Erziehungsarbeit leisten, weil wir in Deutschland rückschrittlich sind, was den Ausbau von Ganztagschulen und die Kinderbetreuung als selbstverständlichen Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens betrifft und weil auf diese Art und Weise die Rollenzuschreibungen für Frauen auch noch besonders zementiert werden. Da ist Deutschland im europäischen Vergleich richtig schlecht. Ich möchte in aller Bescheidenheit sagen, dass dieser Senat alles tut, was er kann, um das zu verbessern, aber es muss klar sein, dass das dauert. Das kostet sehr viel Geld, es dauert auch sehr lange und ist ein ziemlich träger Tanker.

Die Diskriminierung darüber, weil Frauen Kinder bekommen, findet in aller Regel innerhalb der geltenden Tarifverträge statt, also innerhalb dessen, was Tarifpartner ausgehandelt haben. Deshalb ist sie indirekt und schlechend. Wir müssen Frauen und Mädchen Mut machen, sich für Berufe zu entscheiden,

die eher dem traditionellen Männerbereich zugeordnet sind. Wir müssen ihnen Mut machen, sich nicht als Rabenmutter zu fühlen, wenn sie ihre Kinder in die Kinderbetreuung geben. Wir müssen ihnen Mut machen, auch wenn es – vor allen Dingen in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst geht es auch, da kann man sich auch dafür bewerben, dass man höhergruppiert wird – eben nicht ehrenrührig ist, dass man zu seinen Vorgesetzten oder Chefinnen und Chefs geht und um mehr Geld bittet. All das ist eine gesellschaftliche Frage, die dann letztendlich die entscheidende Grundlage dafür legt, dass man auch zu gesetzlichen Veränderungen kommen kann.

(C)

In den Redebeiträgen ist die indirekt diskriminierende Wirkung des sogenannten Stufenrückschritts angesprochen worden. Wir haben tarifliche Regelungen im TVL-L und TVöD, die auf Folgendes hinauslaufen: Wenn eine Person für fünf Jahre oder länger ihre Stelle im öffentlichen Dienst verlässt, das sind überdurchschnittlich oft Frauen, weil sie sich längere Zeiten für die Kinderbetreuung nehmen – und ich finde, dass Frauen auch das Recht haben sollten, das zu tun, und dass dies nicht als etwas Rückschrittliches gewertet wird, auch nicht von den Frauen, die eher andere Lebenswege präferieren –, soll sie dann, wenn sie zurückkommt, nicht in die gleiche Tarifstufe eingestuft werden wie die, die sie verlassen hat, weil man davon ausgeht, dass ein Abbau von Qualifikation stattfindet. Das ist im Übrigen – nicht in allen Fällen, aber in einigen Fällen – natürlich in der Tat der Fall, weil es dort zum Beispiel technische und rechtliche Fortschritte oder Veränderungen gegeben hat.

(D)

Wir können uns auf Arbeitgeberebene gern dafür einsetzen, dass wir uns diese Regelung noch einmal anschauen. Letztendlich glaube ich aber, dass eine Lösung, die dann viel offensiver Qualifikationen anbietet und den Frauen sagt, wenn ihr zurückkommt, ist zwar tarifrechtlich vorgesehen, den Stufenrückschritt zu machen, aber wir können relativ schnell mit dir dafür sorgen, dass dieses Defizit aufgeholt wird, glaube ich, der bessere Weg ist, und den können wir in Bremen auf jeden Fall auch gehen, ohne dass wir da mit bundesweit geltenden Spielregeln in Kollision geraten.

Ich habe verstanden, der Antrag der Koalition bittet den Senat, dass wir jährlich einen Bericht über die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst in Bremen vorlegen – wo wir gut sind, aber auch noch besser werden können – und im Privatbereich. Der Privatbereich in Bremen ist ganz besonders davon geprägt, dass wir hier Schwerpunkte in den Bereichen Hafen-, Stahl- und Automobilindustrie haben, eben klassische Männerdomänen, und da schlägt sich die Quote von 26 Prozent Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen aus diesem Grund ganz besonders nieder. Wir werden mit einem fortschreitenden Strukturwandel in Bremen sicherlich auch dazu beitragen können, dass sich diese Quote zugunsten der Frauen verändert.

(A) Die Bürgerschaft bittet den Senat weiterhin, auf Bundesebene in eine Richtung zu agieren, dass möglichst auch Regelungen in der Privatwirtschaft gelten. Das ist aus Sicht des Senats ein schmaler Grat, den man da geht. Das deutsche Recht ist auch verfassungsrechtlich relativ rabiät bei der Frage des Eingriffs des Staates in private Unternehmen. Deshalb bitten wir darum, die verfassungsrechtlichen Implikationen, die das aufwirft, zu klären. Wir werden uns daran auch beteiligen, aber auf jeden Fall ist es möglich – und das sagen wir hier auch zu –, dass man öffentliche Förderungen an Unternehmen daran bindet, dass zum Beispiel offengelegt wird, wie eigentlich die Einkommensunterschiede im Betrieb sind, und dem Betrieb auferlegt, in Stufenplänen daran zu arbeiten, das zu verändern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist mit Sicherheit mit geltendem Gesetz zu vereinbaren, und das können wir auch gern machen.

(B) Zwei letzte Bemerkungen würde ich hier gern noch machen! Die eine ist, die Diskriminierung von Frauen im Lohnsektor ist ein Teil der Diskriminierung von Frauen insgesamt, ein wichtiger, sichtbarer und messbarer Teil, und wenn ich mir die Lage in der FDP-Fraktion so anschau, bleibt ihr natürlich auch gar nichts anderes übrig, als hier so zu agieren, wie hier traditionell oder in dieser Legislaturperiode agiert wird, aber deshalb wird es auch nicht richtiger.

(Abg. D r . M ö l l e n s t ä d t [FDP]: Im Gegenteil! Anders wäre es viel einfacher!)

Glauben Sie wirklich, dass Sie eine Frau finden würden, die das vertritt? Das glaube ich jedenfalls nicht!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: In der FDP vielleicht!)

Wenn man sagt, es ist nur ein Teil der Diskriminierung und eine Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft, dann möchte ich auch gern, dass wir uns nicht an einem Ziel orientieren, dass die Welt erst in Ordnung ist, wenn 50 Prozent aller Einkommen von Frauen erzielt werden. Ich möchte nämlich gern auch ein weibliches Selbstverständnis und eine Wahlfreiheit behalten, zum Beispiel mehr in Teilzeit zu arbeiten als durchschnittlich die Männer, weil darin auch eine andere Einstellung zum Leben liegen könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, diese Einstellung sollten wir positiv bewerten und nicht so tun, als sei alles gleich. Das möchte ich nicht.

(C) Letzte Bemerkung: Der größte Ärger – frauenpolitisch und auch lohnpolitisch – ist aus meiner Sicht die Herdprämie. Wie man es wagen kann, die Erziehung eines Kindes in den ersten drei Lebensjahren mit 150 Euro pro Monat zu bezahlen, ist allerdings wirklich ein frauenpolitischer Skandal! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir die Debatte sehr aufmerksam angehört, aber ich habe immer noch das Gefühl, dass viele wesentliche Punkte, die diesen Lohnunterschied, den Sie hier in der Debatte beklagen und zu erklären vermögen, insbesondere von den Kolleginnen, überhaupt nicht hinreichend analysiert worden sind. Wenn Sie allein einmal den Anteil herausrechnen, der aus den Erwerbsunterbrechungen resultiert, die kindbedingt sind, bleiben noch sechs Prozent bundbezogen an Lohnunterschieden übrig. Das ist eine ganz andere Zahl als die, die hier im Raum steht. Ich glaube, in der Tat ist es sinnvoll, diese Debatte wesentlich sachlicher zu führen.

Frau Kollegin Troedel, man kann natürlich so argumentieren, wie Sie es getan haben, nur dann ist man relativ schnell dabei zu sagen, wir brauchen den Einheitslohn für alle, für alle Berufe, für alle Menschen. Ich muss Ihnen dann leider sagen, wenn Sie die Frage stellen, ob ich der einzige bin, der hier etwas von Marktwirtschaft versteht. Selbst unsere Bürgermeisterin hat ja eben in einem Anflug von Marktwirtschaft deutlich gemacht, dass, wenn eine stärkere Nachfrage auftritt – es war ja nur ein Anflug, ich weiß, das geht bei Ihnen schnell vorüber –,

(Lachen bei der SPD)

wie wir sie im Bereich der Pflege und im Bereich der Erziehung von Kindern erleben werden, dass dann natürlich auch besser bezahlt werden muss, das will ich auch ausdrücklich sagen. Ich habe mich an keiner Stelle dagegen gewandt, dass wir uns über die Jahre auch die einzelnen Lohngruppen anschauen. Frau Kollegin Troedel, ich halte es nur nicht für hilfreich, dass wir die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes hier im Plenum der Bremischen Bürgerschaft führen.

(Beifall bei der FDP)

Im Weiteren, glaube ich, hilft es schon, wenn man einmal die Aufmerksamkeit durchaus darauf lenkt, was man denn tatsächlich auf der Ebene Bremens vielleicht auf den Weg bringen könnte, um zu Ver-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) besserungen in diesem Bereich beizutragen. Ein Thema haben wir mehrfach diskutiert, das ist die bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur insbesondere für die Gruppe der unter Dreijährigen. Das ist sehr wichtig, da kann man eine Menge gewinnen und eine Menge daran tun, und das würde insbesondere am Ende auch gerade den Müttern – um die geht es nämlich in der Regel, bei den anderen Frauen habe ich heute nicht gehört, dass da nun ein gewaltiges Diskriminierungspotenzial identifizierbar wäre – zugute kommen, auch den Vätern im Übrigen.

Außerdem glaube ich auch, dass es hilfreich sein könnte, in dieser Hinsicht stärker darauf hinzuwirken, dass die Erwerbspausen, die kindbedingt sind, tatsächlich gleichmäßig auf beide Partner verteilt werden. Ich glaube schon, dass da noch einiges mehr an Informations- und Aufklärungsarbeit und auch an Bereitschaft, auch im öffentlichen Dienst, notwendig wäre. Im Übrigen gibt es auch im öffentlichen Dienst immer noch Stellen, die als nicht teilzeitgeeignet ausgeschrieben werden, weil es einfach nicht geht. In größerer Zahl gibt es die auch in der privaten Wirtschaft, aber ich glaube in der Tat nicht, dass dort wirklich mit zweierlei Maß gemessen wird.

Wir brauchen einen entschiedenen Ausbau der Ganztagsbetreuung. Das ist ein Schlüssel, um diese Probleme mit zu lösen, und wenn Sie auf Bundesebene etwas tun wollen, wenden Sie sich doch einmal als Senat gegen die Grenzsteuerbelastungen im Bereich der Ehegattenbesteuerung! Das wäre ein Thema, mit dem man auch etwas tun könnte, um deutlich zu machen, dass wir nicht wollen, dass immer die Frau in die geringere Beschäftigung, in die Teilzeitbeschäftigung, abgedrängt wird. Ebenso kann man auch sagen, dass die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten zu dem gleichen Effekt führt, wenn Sie so wollen. Sie können das beliebig breit diskutieren, wenn Sie es nur wollen.

(Beifall bei der FDP)

Mein Vorschlag wäre, dass wir in den nächsten Jahren hier sachlicher diskutieren. Von diesen absurden Vorschlägen, man könne das Gleichstellungsgesetz des Bundes, das für seinen öffentlichen Dienst gilt, auf sämtliche Unternehmen der Privatwirtschaft ausweiten, kann ich wirklich nur abraten, das ist völliger Unsinn! Im Übrigen, liebe Frau Schön, kann man da sehr laut tönen, aber was Sie in Bremen gemacht haben, ist nun auch nicht, dass Sie das Landesgleichstellungsgesetz auf alle Unternehmen ausgedehnt haben. Sie haben die Gesellschaften, an denen Bremen beteiligt ist, dazu verpflichtet, Frauenbeauftragte zu benennen. Ich finde das ziemlich rückschrittlich, das müssen sogar die machen, in denen überhaupt keine Frauen arbeiten. Das hier als Fortschritt zu verkaufen finde ich wirklich sehr schwach! Ich glaube, es gibt eine Menge Maßnahmen, die sinnvoller und dem Ziel dienlicher wären als all das, was Sie hier vor-

gebracht haben, und deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal ganz knapp und deutlich: Ich finde es natürlich, dass die Arbeit bewertet wird, ich finde es unnatürlich, dass das Geschlecht bewertet wird, und das habe ich gesagt! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/1041 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und Abg. T i m k e [BIW])

Stimmhaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats, Drucksache 17/974, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Atomtransporte durch das Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 7. Juli 2009

(Drucksache 17/857)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/973)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel, ihm beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Heseler.

(C)

(D)

(A) Ich gehe davon aus, Herr Senator Nagel, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchten.

(Senator N a g e l : Nein!)

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren die Antwort auf unsere Große Anfrage zu Atomtransporten in Bremen und Bremerhaven, also im Land Bremen. Ich muss mich an dieser Stelle zunächst einmal bei den Kollegen der Linksfraktion in Hamburg und auch im Bundestag bedanken und auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz, die uns bei der Formulierung dieser Anfrage sehr geholfen haben, weil es doch eines sehr tiefen Sachverständs bedarf, um die richtigen Fragen zu stellen. Wir bedanken uns auch beim Senat und bei den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass wir die doch sehr umfangreiche Antwort jetzt vorliegen haben.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte die umfangreiche Antwort jetzt nicht in ihrer Gänze wiederholen, und ich möchte auch nicht auf eine Reihe von Details eingehen, die noch der Nachfragen bedürfen. Wir werden noch eine Nachfrage nachstellen! Es gibt Ungleichmäßigkeiten in der Statistik und ein paar Dinge, bei denen wir noch nicht genau einschätzen können, was damit gemeint ist. Möglicherweise sind es Schreibfehler oder Ähnliches, damit möchte ich nicht anfangen.

Ich möchte damit anfangen, dass es einige sehr wichtige und meines Erachtens bemerkenswerte Besonderheiten gibt. Für mich ist eine der wichtigsten, dass im Zeitraum 2006 bis 2007 ungefähr 16 Tonnen Uran und zwei Tonnen Plutonium in Form von Brennstäben durch Bremen in das Kernkraftwerk Brokdorf transportiert worden sind. Das ist etwas – das hat Herr Bürgermeister Böhrnsen im September dieses Jahres gesagt –, was Bremen nicht mehr mitmacht! Er hat sich deutlich gegen diese Form von Atomtransporten gewandt; er hat gesagt, wir wollen nicht Ersatz für die Atomindustrie beziehungsweise für andere sein, die die Transporte nicht machen wollen, und er hat auch gesagt, Bremen steht für einen Atomausstieg. Das finde ich ehrenwert, und das ist eine Haltung, die wir auch vonseiten der LINKEN deutlich unterstützen, vor allem, weil man sich meines Erachtens

*) Vom Redner nicht überprüft.

noch einmal vergegenwärtigen muss, womit wir es eigentlich zu tun haben. (C)

Als ich 16 oder 17 Jahre alt war, war für mich die beeindruckendste Erkenntnis, dass sich die Atomindustrie nicht scheut, mit einem der giftigsten und gefährlichsten Stoffe, die die Technik überhaupt künstlich erzeugen kann, zu hantieren: mit Plutonium. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 25 000 Jahren, das heißt, eine Tonne Plutonium braucht 25 000 Jahre, bis sie sich zur Hälfte zersetzt hat, dann noch einmal 25 000 Jahre, um auf 250 Kilogramm zu kommen, noch einmal 25 000 Jahre, um auf 125 Kilogramm zu kommen. Das sind Zeiträume, die jenseits unserer Planung liegen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nächste Legislaturperiode, sozusagen!)

Plutonium hat eine chemische Toxizität, ist also giftig. 25 Milligramm Plutonium reichen wahrscheinlich, um einen Menschen umzubringen. Das heißt, mit einer Tonne Plutonium kann man ungefähr 40 Millionen Menschen vergiften, wenn man sie fein verteilt. Das weitere Problem ist: Eine tausendfach geringere Menge reicht wahrscheinlich aus, um bei einem Menschen mit einer nahezu hundertprozentigen Sicherheit Krebs zu erzeugen. Das heißt, mit einer Tonne Plutonium kann man nicht 40 Millionen, sondern 40 Milliarden Menschen vergiften. Das Risiko, dass man sie fein verteilt, ist aufgrund der Tatsache, dass Plutonium ein Stoff ist, der tatsächlich eine sehr niedrige kritische Masse hat, zu Atomexplosionen neigt oder bei einer Form von Unfall in die Atmosphäre getragen werden kann, nicht so klein. Deswegen ist es hoch wichtig, dass man diese Form von Transporten einfach verbietet, weil auch der Umgang mit diesem Stoff nichts ist, das man der Menschheit zumuten darf. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das Interessante ist, dass Herr Bürgermeister Böhrnsen mit seiner Einlassung im September den Eindruck erweckt hat, als wäre Bremen grundsätzlich weitgehend frei von Atomtransporten, und die Landesregierung hätte eine Haltung, die das deutlich kritisiert. Die Anfrage belegt das Gegenteil: Bremen ist eine Drehscheibe für internationale Atomtransporte. Wir haben in den Jahren 2004 bis 2008 400 nach Atomrecht genehmigte Transporte mit circa 3 300 Tonnen Kernbrennstoffe durch Bremen und Bremerhaven geführt. Umgerechnet ist das ungefähr alle vier Tage ein Transport. Im Jahre 2008 waren es 88 Transporte, das bedeutet, 2008 war es alle vier Tage ein Transport mit einer durchschnittlichen Kernbrennstoffmasse von 7 Tonnen.

(Glocke)

(A) Das Interessante dabei ist nicht nur, dass diese Transporte praktisch durch Bremerhaven, die Cherbourger Straße, gehen, sondern interessant sind auch die Ziele und die Absender. Die Atomtransporte gingen nach Südkorea, Russland, Kasachstan, USA, Kanada, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Spanien, Schweiz und Deutschland. Nicht allein die Tatsache, dass diese Transporte dort hingehen – –.

Vizepräsident Ravens: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Die Redezeit ist zu Ende. Dann melde ich mich gleich noch einmal. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

(B) Abg. **Dennhardt** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE und die Antwort des Senats darauf sind sehr umfangreich, auch Herr Rupp hat dies schon hervorgehoben. Im Grundsatz hätten Sie von der Fraktion DIE LINKE auch schon aus den Antworten des Senats auf die Fragen von meinem Fraktionskollegen Herrn Günthner und mir in der Fragestunde des Landtags vom 2. Juli 2008 ersehen können, in welchem Ausmaß höchst unterschiedliche Atomtransporte über die bremischen Häfen erfolgen und welche Gefährdungen davon für die Bevölkerung ausgehen. Die Nachrichten sind also nicht wirklich neu.

Die SPD-Fraktion wünscht sich allerdings vom Senat endlich eine übersichtliche Darstellung nach Höhe der radioaktiven Belastung und Zweckbestimmung beziehungsweise Herkunft des radioaktiven Materials. Ich habe jedenfalls vergeblich danach in der Antwort des Senats gesucht. Es ist eine lange, ausführliche Auflistung, aber es ist keine übersichtliche Zusammenfassung, wo das Ganze auch einmal in Kategorien dargestellt und geordnet wird. Die Bürgerinnen und Bürger stellen sich natürlich die Frage, ob diese Transporte sicher sind. Zu den Sicherheitsrisiken hat Herr Rupp einiges ausgeführt. Manche Materialien sind hoch radioaktiv, manche Transporte müssen durch die Polizei geschützt werden. Die Senatsantwort zeigt jedoch, dass sich über die grundsätzlichen Risiken hinaus in Bremen und Bremerhaven keine Sicherheitsmängel in der letzten Zeit gezeigt haben.

Die Kritik von Herrn Rupp bezieht sich darauf, dass Atomtransporte durch das Land Bremen Atomenergie ermöglichen. Die SPD hat in der Vergangenheit die Atomenergie mit auf den Weg gebracht. Der Atomkonsens unter der rot-grünen Bundesregierung sieht

keinen Sofortausstieg, sondern nur eine Begrenzung der Laufzeiten vor. Für einen Großteil der atomaren Brennstoffe und der atomaren Abfälle aus der Atomenergie tragen die SPD und auch ihre Wählerinnen und Wähler damit Verantwortung.

(Abg. **R o h m e y e r** [CDU]: Das sind ja nicht so viele!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind, wie die Mehrheit der Bevölkerung, zumindest in Umfragen, für den Atomausstieg gemäß Atomkonsens.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir Gegner der Laufzeitverlängerung haben aber die Bundestagswahl verloren. Soll die Bremsische Bürgerschaft jetzt den Gegen-Bundestag spielen, indem sie ihre Hafenpolitik energiepolitisch ausrichtet? Welche Politikfelder soll Bremen dann als nächstes hafenspolitisch bearbeiten? Sollen die bremischen Häfen keine Universalhäfen mehr sein? Sollen die Häfen in Bremen und Bremerhaven nicht mehr nationale und europäische Aufgaben übernehmen, sondern nur noch bremische?

Wir dulden jedoch gemeinsam mit unserem Bürgermeister Böhrnsen nicht das Sankt-Florians-Prinzip. Es geht nicht, dass Atomkraftbefürworter aus Niedersachsen, wie im Fall des Transportes von Atomkraftstäben, aus dem britischen Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde geschehen, ihre Häfen nicht für solche Atomtransporte zur Verfügung stellen – auch Herr Rupp hat sich darauf bezogen. Diesen Umgang mit Atompolitik durch CDU-Politiker müssen wir brandmarken!

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine verantwortungsvolle und schon gar keine ehrliche Politik! Maßstab für die Durchführung von Atomtransporten dürfen nicht die öffentliche Aufmerksamkeit und der polizeiliche Aufwand sein, sondern es muss immer einzig um die Sicherheit der beteiligten Arbeitskräfte und der Bevölkerung gehen!

(Beifall bei der SPD)

Doch lösen Atomtransporte die grundsätzlichen Probleme? Die Zuführung neuer radioaktiver Materialien zu Atomkraftwerken oder für Forschungszwecke, Industrie oder die Medizin ist mit ihnen möglich. Doch über die fehlende Lösung zur Endlagerung des Atommülls täuschen sie höchstens hinweg. Aufgrund der langen Halbwertszeiten – auch dies hat Herr Rupp schon dargestellt – vieler radioaktiver Substanzen muss eine sichere Lagerung über Jahrtausende sichergestellt werden. Das gilt auch für entsprechende radioaktive Abfälle aus Forschung und Medizin. Sind sie per se guter Atommüll? Auch die Asse in Nieder-

(C)

(D)

- (A) sachsen war als Forschungseinrichtung deklariert. Auch bei Forschung und Medizin ist das Endlagerungsproblem nicht gelöst. Auch hier gilt es, die Notwendigkeit zu überprüfen und die Menge atomaren Abfalls möglichst gering zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Der Transport von Atommüll ist nur ein Spiel auf Zeit. Allein in Europa warten 8 000 Kubikmeter hoch radioaktiver Abfälle in Zwischenlagern auf die Endlagerung. Jährlich werden es 300 Kubikmeter mehr. Auf Dauer werden wir nur Zwischenlager haben, bei denen die Kontrolle und die Rückholbarkeit entscheidend für die Sicherheit unserer Bevölkerung sein werden. Deshalb muss die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken durch die neue schwarz-gelbe Bundesregierung verhindert werden! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Dank geht zunächst an DIE LINKE für die Große Anfrage zu den Atomtransporten, denn ich finde, dass die Antwort des Senats sehr ausführlich ist. Sie zeigt deutlich – das wurde von meinen Vorrednern aber auch schon gesagt –, dass es eine Vielzahl von Atomtransporten im beziehungsweise durch das Land pro Jahr gibt und dass es deswegen auch für uns hier ein wichtiges Thema sein sollte. Die im Bericht angehängten Tabellen listen ausführlich alle Transporte, die Transportmittel, nämlich Lkw oder Schiff, die Abgangs- und Bestimmungsorte und die Menge und Art des radioaktiven Materials auf.

- (B) Zu der Anzahl wurde zwar auch schon etwas gesagt, deswegen fasse ich mich jetzt kurz: Von 2004 bis 2008 waren es 326 Transporte, das sind ungefähr 65 pro Jahr, das bedeutet alle sechs Tage ein Atomtransport. Einmal pro Woche ein Atomtransport durch Bremen, das ist zu viel!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lernen aus dem Bericht allerdings auch, dass die Anzahl der Transporte noch ein Stück weit höher ist, denn es wird im Bericht deutlich ausgesagt, dass radioaktive Stoffe, welche durch Lkw und die Bahn im bremischen Stadtgebiet transportiert werden, allgemein nicht meldepflichtig sind, soweit sie nicht dem Atomgesetz unterliegen. Auf die Globalisierung auch bei den Atomtransporten ist Herr Rupp schon eingegangen, es handelt sich hier durchaus um internationale Transporte. Auch darauf, dass es sich bei den Transporten nicht nur um Uran handelt, sondern in der besagten Zeit auch sechs Mal Plutonium

- zum Kernkraftwerk Brokdorf transportiert wurde, ist Herr Rupp schon eingegangen. (C)

Als ich die Tabellen studiert habe, hat mich ein bisschen stutzig gemacht, dass es durchaus Positionen gibt, bei denen Mengenangaben und auch Angaben zur Art des radioaktiven Materials fehlen. Das sind Angaben, die offensichtlich einer Geheimhaltung unterliegen. Im Sinne der Transparenz finde ich es wünschenswert, wenn zukünftig alle Angaben dazu veröffentlicht werden, damit man wirklich einen Gesamtüberblick hat.

Zu den Transportrouten haben wir dem Bericht entnommen, dass die jeweiligen Transportrouten bundesweit als Verschlussache eingestuft werden und nicht offengelegt werden können. Wie das in Bremerhaven aussieht, wissen wir aber: Dort ist der kürzeste Weg entlang der A 27, dann durch die Cherbourger Straße, Wurster Straße, Zolltor und Senator-Bortscheller-Straße, also durchaus auch entlang von bewohnten Straßen. Wenn man sich die Mengen anschaut, sind das enorme Massen an Kernbrennstoffen pro Jahr. Mehrere Hundert Tonnen, die entlang von diesen bewohnten Straßen und Gebieten in Bremen und Bremerhaven transportiert werden. Im Durchschnitt, kann man sagen, sind es sieben Tonnen pro Transport.

Ich finde allerdings, man sollte hier schon auch einmal differenzieren, um welche Art von Material es sich handelt beziehungsweise um welchen radioaktiven Abfall. Es gibt nämlich auch radioaktive Abfälle aus Krankenhäusern, medizinischen Einrichtungen oder Forschungsinstituten, oder – und darauf sind alle meine Vorredner schon eingegangen, und das werde ich gleich auch noch einmal – es sind die erheblichen Mengen für Kernkraftwerke. Insgesamt wurden Atomtransporte in 13 unterschiedliche Kernkraftwerke nach Spanien, Finnland, Schweden, in die Schweiz, nach Frankreich und in fünf deutsche Kernkraftwerke durchgeführt, unter anderem Brokdorf, Krümmel und Unterweser. Das ist – da schließe ich mich an – die politische Botschaft, dass nämlich Atombeziehungsweise Kernkraftwerke automatisch auch Atomtransporte mitverursachen.

Diese Brennelemente werden – und das kann man nun einmal nicht schönreden – auch immer mit einem vorhandenen Risiko sowohl für den Fahrer als auch für die Anwohner der Durchfahrtsgebiete, für die Mitarbeiter der Logistikunternehmen und das Sicherheitspersonal transportiert. Das verursacht auch enorme Kosten, und auch – und das entnehmen wir auch dem Bericht – für die Rund-um-die-Uhr-Bereitstellung oder Vorhaltung von Notfall- und Sicherheitspersonal, die speziell für Einsätze mit radioaktivem Material ausgebildet sind, müssen wir aufkommen.

Wir haben unter Rot-Grün in der Regierungszeit den Atomkonsens und den Atomausstieg bis 2020 beschlossen, im Übrigen ein Konsens, der mit den Kernkraftwerksbetreibern geschlossen wurde. Wir halten an diesem Ausstieg fest, und wir werden auch dafür

(D)

- (A) kämpfen, denn für diesen minimalen Beitrag, mit dem die Atomenergie mit nur 2,2 Prozent an der Gesamtenergieproduktion beiträgt, wollen wir weder das Risiko für die Atomenergie und den Betrieb noch für die Transporte langfristig erdulden, und je schneller die Atomkraftwerke abgeschaltet werden desto besser!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich sage aber auch einmal deutlich, wer Atommüll so wie die deutschen Atomkraftwerke produziert, kommt um Mülltransporte nicht herum. Ich hielte es auch für eine schlechte Botschaft, wenn wir sagen, unser Atommüll muss jetzt in Sellafield oder La Hague bleiben. Ich finde, da haben wir auch die Verantwortung und müssen sagen, okay, wir haben das produziert, also müssen wir das als Land auch zurücknehmen. Ich sage auch deutlich: Wenn es sich um unvermeidbaren Atommüll wie aus Krankenhäusern oder Forschungsinstituten handelt, müssen wir uns diesem Problem stellen. Wir Grünen – und das sage ich sehr deutlich – lehnen aber Atomtransporte aus Kernkraftwerken oder in Kernkraftwerke über das Land Bremen entschieden ab.

(Glocke)

- (B) Ich komme jetzt auch zum Schluss! Wir wollen keine Atomtransporte in unserem Land im größeren Maßstab. Jedes abgeschaltete Atomkraftwerk bedeutet weniger Atomtransporte. Wir finden es falsch, wie jetzt unter Schwarz-Gelb in Berlin verkündet wurde, dass Laufzeitverlängerungen durchgeführt werden sollen, denn das bedeutet auch langfristig weitere Atomtransporte. Wir wollen, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um Atomtransporte im Land Bremen so gering wie möglich zu halten, nämlich zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, aber, wie gesagt, den Transport von radioaktiven Atomkraftbrennelementen durch Bremen lehnen wir entschieden ab. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen alle, dass jeder Transport von radioaktivem Müll eine sehr große Gefahr einer radioaktiven Verstrahlung für unsere Bevölkerung darstellt. Das ist allgemein bekannt, das wissen wir alle! Ein Unfall mit radioaktiven Stoffen wäre für Mensch und Tier eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Deshalb kann ich die Große Anfrage mit der Überschrift „Atomtransporte durch das Land Bremen“ nur voll und ganz unterstützen, verbunden mit der Hoffnung, dass daraus auch dementsprechend umsetzbare Anträge folgen werden, die wir dann im Sinne und zur Sicherheit der Bevölkerung des Bundeslandes Bremen beschließen und schnellstens effektiv umsetzen können.

- (C)

Allerdings habe ich da meine Zweifel. Schon Anfang der Neuzigerjahre hat Greenpeace davor gewarnt, dass gerade Bremerhaven sich zum Atommüllhafen Nummer eins entwickeln wird, und die eindeutigen Zahlen und Fakten aus dieser Großen Anfrage über die Anzahl der Atomtransporte über Bremerhaven belegen Befürchtungen von Greenpeace sogar noch schwarz auf weiß. Bei der Kenntnislage dementsprechender Zahlen und Fakten über die Gefahren für unsere Bevölkerung durch Atomtransporte ist es für mich völlig unverständlich, dass der damalige für die bremschen Häfen verantwortliche Politiker, Herr Beckmeyer von der SPD Bremerhaven, immer wieder gebetsmühlenartig gepredigt hat, es gebe absolut keine Möglichkeiten, Atomtransporte über Bremerhaven zu verhindern. Das sehe ich ganz anders. Eine solche Aussage eines verantwortlichen SPD-Politikers gerade aus Bremerhaven ist verantwortungslos, ein solcher Politiker sollte nie mehr ein politisches Amt übernehmen dürfen.

Ich werde die Forderung, der Bremer Senat möge mit den zuständigen Bundesbehörden mit dem Ziel verhandeln, keine Atomtransporte über bremsches Gebiet zu führen, voll und ganz unterstützen. Nun wollen wir einmal sehen, denn Herr Senator Mäurer hat sich ja gegenüber Radio Bremen dementsprechend geäußert! Er sagte meines Wissens wörtlich: Er wird dafür sorgen, dass diese Atomtransporte weder in Bremen noch in Bremerhaven stattfinden werden. Sein Wort in Gottes Ohr! Schauen wir einmal! Ich wünsche Herrn Senator Mäurer bei der Umsetzung seines Versprechens sehr viel Erfolg und hoffe inständig für unsere Bevölkerung, dass es wie so oft nicht nur leere Worthülsen gewesen sind. – Ich danke Ihnen!

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man in einem Land lebt, in dem Kernenergie betrieben wird, muss man sich doch einfach die Frage stellen: Wie kommen die Brennstoffe dorthin, wie kommen die Abfälle von dort weg? Dann muss man eben auch sehen, dass etliche Anlagen, die sich mit der Weiterbearbeitung befassen, im Ausland sind, die Stoffe dort hingebracht werden und wieder hergeholt werden. Dieser Teil der Transporte ist immanent, wenn man in einem Land lebt, das Kernenergie nutzt.

Wir als FDP wollen auch aus der Kernenergie austreten. Wir haben nur eine andere Auffassung der Zeitperspektive, weil wir eben sagen, es ist eine Übergangsenergie, die wir länger nutzen müssen, weil die regenerativen Energien noch nicht so schnell, wie an-

(D)

(A) dere glauben, die Lücken füllen können, die gefüllt werden müssen. Insofern haben wir im Koalitionsvertrag gemeinsam mit der CDU in Berlin eine andere Auffassung vertreten, und dann werden Sie ja sehen, was dann im Ergebnis dabei herauskommt. Ich bin da auch gespannt. Ich will mir auch genau anschauen, welche Kernkraftwerke dann wie in ihrer Laufzeit verlängert werden, weil auch ich ein großes Interesse daran habe zu sehen, wie das denn umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man aber über die Transporte von Kernbrennstoffen nachdenkt, muss man erst einmal sagen: Wer selbst im Land Kernkraftwerke hat, kann nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip handeln und sagen, dann sollen sie woanders transportiert werden. Das geht nicht, das ist nicht akzeptabel!

Die Frage, die ich mir nur bei dem großen Konvolut – das ist ja eine einen Zentimeter dicke Drucksache, die wir da bekommen haben – gestellt habe, ist: Ist da denn überhaupt – –?

(Zuruf)

Nein, das war die Antwort!

(Zuruf der Abg. Frau N i t z [DIE LINKE])

(B)

Das weiß ich nicht, das war auf jeden Fall eine Fleißarbeit, die dort gemacht wurde! Worauf ich hinaus wollte, ist: Wenn man sich die Wegstrecken anschaut, die die Dinge zurücklegen mussten, frage ich mich, ob das alles optimiert war, das über Bremerhaven zu transportieren. Dieser Frage, denke ich, müsste man noch einmal nachgehen, denn in der Tat ist es ja eine Frage, wo man schauen muss, wie man mit Risiken umgeht und welche Risiken wir hier in Bremen tragen müssen. Welche sind dann auch gerechtfertigt, wenn wir in einem Land leben, das Kernenergie betreibt? Wie werden Risiken minimiert, dadurch, dass die Stoffe ja gar nicht hier in Bremen verbleiben, sondern zügig abtransportiert werden? Die Frage, die ich mir nach wie vor gestellt habe, als ich diese große Ausarbeitung sah, war aber: Ist das alles wegoptimiert? Da habe ich so meine Zweifel bekommen, und insofern bin ich dann der Meinung, dass man da noch einmal nachhaken müsste, ob denn alles in der Tat über die Strecke Bremerhaven hätte gebracht werden müssen.

Die nächste Sache ist, es wurde hier von Frau Dr. Schaefer angesprochen: Wir müssen dann immer die Feuerwehr und andere zur Verfügung haben, die einsatzfähig sind, falls etwas passiert.

(Abg. Frau Dr. S c h a e f e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das steht so im Bericht!)

Ja, das steht so im Bericht! Ich finde es gut, dass wir sie immer einsatzfähig haben, denn selbst wenn wir keine Atomtransporte hätten, bräuchten wir dieselben Feuerwehrleute für die Chemikalien und die anderen Gift- und Gefahrstoffe, die transportiert werden müssen, und die dortigen ABC-Schutztrupps sind eben für beides ausgerüstet und ausgebildet. Da es auch Stoffe gibt, die nicht meldepflichtig sind, – vorrangig, weil sie nicht dem Atomgesetz unterliegen, das heißt also, der medizinische Bereich, der hier nicht angemeldet werden muss – brauchen wir auch Leute, die für die Fälle, dass hier kein Wissen vorliegt, eingreifen können. Deshalb bin ich ganz froh, dass wir Berufsfeuerwehren haben, die sich jederzeit mit so etwas auseinandersetzen können. Insofern ist da dann die Frage, ist das immer richtig, sind sie immer richtig besetzt und so weiter. Das sind die berechtigten Fragen, die man da stellen kann. Ich habe aber aus der Antwort nicht entnommen, dass das nicht der Fall sei, und insofern habe ich da bisher auch keinen Anlass zur Sorge.

Insofern bleibe ich dabei, für die FDP zu sagen, wir leben in einem Land, das noch die Kernenergie nutzen muss. Die Kernenergie ist eine Energie, das habe ich schon einmal mit einem Bild gesagt, von gestern für heute und leider auch noch für morgen, aber nicht für übermorgen, und dabei bleibt es. Da sie hier aber genutzt wird, müssen wir auch damit leben, dass hier Kernbrennstoffe transportiert werden. Wir haben den anderen Bereich, über den wir gar nicht streiten. Ich glaube, darüber ist auch nicht zu streiten, was dort medizinisch sinnvoll ist; das soll auch weiterhin unter den entsprechenden Restriktionen gemacht werden können, die auch das haben muss, weil auch davon natürlich Gefahren ausgehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute die Große Anfrage der LINKEN „Atomtransporte durch das Land Bremen“. Als Erstes habe ich mich gefragt: Warum stellt man so eine Anfrage? Entweder hat man keine Erfahrung oder keine Ahnung und möchte eben mehr über das Thema wissen, oder man möchte seine politische Meinung zum Ausdruck bringen und dazu kundtun. Das Zweite wird hier wohl der Fall sein. Das ist auch legitim, das sehe ich auch so, aber was ich hier kritisieren möchte, ist – und das hat man in Ihrem Redebeitrag noch einmal ganz deutlich gemerkt, Herr Rupp, weil Sie den größten Teil darauf bezogen haben, wie gefährlich alles ist –: Sie spielen mit den Ängsten der Leute und versuchen, daraus politischen Nektar zu saugen, und das ist für uns nicht okay!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Grundsätzlich möchte ich für die CDU noch einmal paar Dinge festhalten! Über die Transporte hier in Bremen ist schon viel gesagt worden. Erstens, die CDU will den Ausstieg aus der Atomenergie, aber langfristig. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke sind begrenzt, das ist ja so! Zweitens, wir brauchen die Atomkraftwerke als Brückentechnologie, weil die anderen Technologien noch nicht so weit sind, um uns dementsprechend eine Stromsicherheit zu geben. Die Laufzeitverlängerung, das muss hier auch noch einmal ganz klar gesagt werden, wird es nur in Ausnahmen geben und mit immensen Sicherheitsauflagen. Hier wird immer so getan, als wenn jedes Atomkraftwerk einmal eben so eine Laufzeitverlängerung bekommen kann. Das ist bei Weitem nicht der Fall, und das hat auch keiner vor. Solange es Atomkraftwerke in Deutschland gibt, wird es auch Atomtransporte geben, und insofern, denke ich, ist es auch normal, dass man sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen kann.

Kommen wir noch einmal zu den bremischen Fragen und zu der Großen Anfrage! Man kann zusammenfassend sagen: Fakt ist, Grundlage der deutschen, also auch in Bremen, und weltweit angewandten Vorschriften für den Transport radioaktiver Stoffe sind die Empfehlungen der Internationalen Atomenergieorganisation. Dies sind hohe Standards, die weltweit wissenschaftlich anerkannt sind, und insofern werden wir uns danach richten, und es ist hier in Bremen ja auch in Ordnung. Fakt ist auch, dass die Transporte in Bremen, was wir der Antwort des Senats entnehmen konnten, immer den kürzesten Weg nehmen, das stand dort jedenfalls so deutlich darin, Herr Dr. Buhler, so habe ich es auch verstanden. Fakt ist auch, dass radioaktive Güter nach den Sicherheitsbestimmungen der Bremischen Hafenordnung direkt umgeschlagen werden, sodass es keine Lagerung im Bremer Hafengebiet und in Bremen gibt. Alle Genehmigungen für Kernbrennstoff und Großquellentransporte werden vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilt und dem Land Bremen beziehungsweise dem Senat auch gemeldet. Dass es keine Verstöße im Zusammenhang mit den Transporten gegeben hat, darüber sind wir alle sehr froh, und das sind auch alle Parteien hier im Haus.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen, dass wir weiterhin dazu stehen, wenn es Atomkraft gibt, muss es auch Atomtransporte geben, das ist nun einmal zwingende Konsequenz, da muss man einfach ehrlich mit den Menschen umgehen. Als nicht ehrlich empfinde ich es, wenn man sich 14 Tage oder drei Wochen vor der Wahl hier hinstellt, wie unser Bürgermeister Herr Böhrnsen, und einfach sagt: Ja, Atomtransporte, und vermittelt so den Eindruck nach dem Motto, das hat es hier noch gar nicht gegeben und das wollen wir in Bremen nicht. Ich finde, das ist billige Effekthascherei, und das wird einem Bürgermeister nicht gerecht, und insofern fordere ich auch den Bürgermeister auf, hier einmal mit

ehrllicher Stimme zu sprechen und nicht verlogen zu sein. – Danke! (C)

(Beifall bei der CDU – Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das liegt der CDU ja fern, die Effekthascherei!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich gestehe freimütig, wir haben die Anfrage auch deswegen gestellt, weil es Dinge gibt, die wir nicht wissen. Ich finde, das ist auch ein legitimer Grund, und wer behauptet, dass er immer die Antwort auf alle Großen Anfragen schon kennt, sollte am besten keine Anfragen stellen. Ich erinnere mich, dass auch die CDU hier schon Große Anfragen gestellt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Antworten des Senats entlarven meines Erachtens ein paar Dinge, die hier immer so oder so ähnlich diskutiert werden. Sie entlarven erstens diesen Mythos der deutschen „sicheren“ Kernenergie. Die Transporte weisen nach, es geht Kernbrennstoff auch in Länder, von denen wir vermuten oder auch wissen, dass die dortigen Atomkraftwerke oder sonstigen Kernanlagen nicht so sicher sind wie die deutschen. Das muss man einstellen! Zweitens entlarven diese Transporte, dass es eine große Zahl von Abfall gibt, nämlich abgereichertes Uranhexafluorid, von dem wir wissen, dass diese Abfälle über Jahre in Zehntausenden von Tonnen nach Russland transportiert worden sind und dort unter freiem Himmel in Behältern vor sich hingammeln. Das ist mittlerweile eingestellt, aber jetzt stehen sie in Gronau. (D)

Es entlarvt auch die Tatsache, dass die deutsche Kernenergie eigenständig ist. Wir sprechen über etwas anderes. Gronau soll auf einen Stand von 4 500 Tonnen Urananreicherung beziehungsweise Brennstoffanreicherung ausgebaut werden. Das reicht für 35 Kernkraftwerke aus. Wir haben in Deutschland keine 35 Kernkraftwerke. Das heißt, diese Antwort zeigt ganz deutlich die –.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Sie sind schon wieder dabei!)

Ich bin dabei, die Antwort zu interpretieren! Ich schüre keine Ängste, sondern ich decke Risiken auf, und das ist ein Unterschied. Wer vor diesen Risiken die Augen verschließt und wer vor den Tatsachen, die diese Antwort aufdeckt, die Augen verschließt,

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Tut doch kein Mensch!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) lügt, wenn er sagt, er ist langfristig gegen Atomkraftwerke, sondern der will diese Form von Industrie aufrechterhalten und auf lange Sicht diese Kernenergie beibehalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ausbau in Gronau zeigt, die ganze Systematik ist so angelegt, dass wir in Zukunft mehr solcher Transporte haben werden, dass sie in alle Herren Länder geht, und dass Deutschland und Bremen damit ein Teil des internationalen Kernenergiegeschäftes bleiben, das nicht auf dem Weg des Abbaus oder des Rückbaus ist.

Was die Sicherheit angeht, ist klar, die meisten dieser Transporte können nicht explodieren wie eine Atombombe, das habe ich auch niemals behauptet. Klar ist aber auch, dass Uranhexafluorid, wenn es an die Luft gelangt, extrem giftige Fluorwasserstoffsäure produziert, sodass wir in einem Umkreis von 500 bis 1 000 Metern mit Sicherheit mit Toten zu rechnen haben. Dass man dagegen nichts tun kann und dass es trotzdem eine radioaktive Substanz ist, deren Radioaktivität man nicht abbauen kann, das ist kein Schüren von Ängsten, das sind Tatsachen. Bislang ist es so, dass noch nichts passiert ist, aber wenn jemand aus dem hundertsten Stockwerk springt und am zwanzigsten vorbeifliegt, sagt er auch, bisher ist nichts passiert. Wir wissen nicht, wann es passiert, aber das Risiko steigt mit jedem Transport, mit jedem Jahr, in dem diese Transporte beibehalten werden.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht also darum, die Antwort auf diese Anfrage so zu interpretieren, dass jeder, der in diesem Raum meint, wir müssen den Ausstieg aus der Kernenergie vorantreiben, jetzt gefordert ist, konkrete Maßnahmen, die wir hier in Bremen treffen können, möglicherweise ohne Verträge zu verletzen, durchzuführen. Solche Maßnahmen müssen entwickelt und gemacht werden. Ich erwarte vom rot-grünen Senat, dass er in dieser Frage handelt und bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung – möglicherweise sogar mit uns zusammen – schaut, was man denn von hier aus im Rahmen unserer Möglichkeiten tun kann, um die Transporte einzustellen, möglicherweise zu verhindern oder andere Wege zu gehen. Ich finde, das ist eine Verpflichtung! Wenn wir dieser Verpflichtung nicht nachkommen, als die Parteien, die vorgeben, einen Ausstieg aus der Kernenergie voranzutreiben, machen wir unseren Wählerinnen und Wählern etwas vor! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Her-

ren! Auch ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich auf ein paar Statements eingehen möchte! Einmal, Herr Imhoff, das haben Sie uns das letzte Mal in der Atomdebatte auch schon vorgeworfen, wir würden mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger spielen.

(C)

(Abg. Imhoff [CDU]: Nein, habe ich nicht! Ich habe DIE LINKE direkt angesprochen!)

Das haben Sie das letzte Mal auch schon gebracht, und ich sage Ihnen, Sie ignorieren die Ängste der Bürgerinnen und Bürger, das geht aus dem Bericht klar hervor. Wir müssen uns doch der Tatsache stellen, dass Atomtransporte per Lkw durch bewohnte Gebiete in Bremerhaven führen. Da gibt es ein Risiko, dieses Risiko gibt es bei jedem Transport, aber auch bei Atomtransporten, nur da sind die Auswirkungen immens, und ich finde, das kann man nicht verharmlosen und darf nicht so tun, als ob die Bürgerinnen und Bürger hier keinem Risiko ausgesetzt sind. Wenn Sie immer davon sprechen, dass es eine Brückentechnologie ist, auf die wir nicht verzichten können, dann ignorieren Sie alle Energiewissenschaftler, das Umweltbundesamt, die alle sagen, wir können sehr gut in Deutschland auf Atomenergie verzichten. Wir brauchen Gaskraftwerke, wir brauchen Kraftwärmekoppelung, aber kein Mensch braucht in Deutschland noch länger Atomkraftwerke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Dann möchte ich noch einmal auf Herrn Dr. Buhlert eingehen! Sie haben Ja zur Laufzeitverlängerung gesagt, damit auch Ja zu Atomtransporten, um die man nicht herunkommt, aber in Bremerhaven sind Sie sich nicht so sicher, da müsste sicherlich noch einmal eine Wegoptimierung gemacht werden, um zu schauen, müssen die Atomtransporte wirklich durch Bremerhaven erfolgen. Ich finde, das klingt so ein bisschen wie „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ich habe gefragt, ob alle da durchmüssen!)

Wenn es also vor der eigenen Haustür ist, Herr Dr. Buhlert, versuchen Sie irgendwie den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft verständlich zu machen, es muss nicht bei uns durch die Haustür gehen, aber prinzipiell können wir trotzdem nicht darauf verzichten. Ich finde, es ist egal, wo es entlangläuft, ob es durch Bremerhaven führt oder durch irgendwelche andere Routen in Deutschland. Wenn wir auf diese Atomtransporte verzichten können, weil wir auf diese Energie langfristig oder je schneller desto besser verzichten wollen, ist es egal, ob es Bremerhaven oder sonst wo ist, wir sollten darauf verzichten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Als Letztes sage ich noch einmal, auch in die Richtung von Herrn Imhoff, weil Sie gesagt haben, es sind nicht alle Atomkraftwerke davon betroffen. Alle Atomkraftwerke, die noch in Deutschland am Netz sind, sind uralt.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Die Laufzeitverlängerung!)

Dementsprechend finde ich es utopisch zu sagen, wir schauen einmal, welche Atomkraftwerke wir verlängern können oder welche nicht. Sie gehören abgeschaltet, und selbst wenn das letzte hier abgeschaltet ist – –. Das ist auch noch ein weiteres politisches Plädoyer, weil Herr Rupp zu Recht darauf eingegangen ist, Atomtransporte in einer globalisierten Welt, das ist nicht mehr nur, was geht nach Deutschland, was haben wir produziert. Sondern wenn man sich den Bericht anschaut, gehen Brennelemente aus den USA nach Russland, nach Finnland und sonst wohin. Ich finde, dann muss Bremen/Bremerhaven nicht eine Zwischendrehscheibe sein. Das möchten wir einfach nicht, und dementsprechend noch einmal mein Plädoyer: Keine Atomtransporte im Land Bremen, Brennelemente sollen nicht weiterhin durch Bremen und Bremerhaven transportiert werden! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens stelle ich für die SPD-Fraktion fest, die bremischen Häfen waren und bleiben Universalhäfen. Das, finde ich, muss auch in dieser Debatte vorweggenommen werden, weil hier sonst unter Umständen ein falscher Eindruck entsteht. Zweitens, der Müll, über den wir alle zusammen sprechen und uns ereifern, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern er ist von Menschen gemacht worden.

(Beifall bei der SPD)

Der Müll, der in den kommenden Jahren anfällt – komme er nun aus den Atomkraftwerken, aus der Forschung oder aus dem Medizinbereich –, ist auch von Menschen gemachter Atommüll. Den Eindruck zu erwecken, als gäbe es guten und schlechten Atommüll, das, finde ich, ist der Versuch, auch davon abzulenken, dass wir uns natürlich mit der Frage insgesamt beschäftigen müssen: Wie stellen wir uns als Gesellschaft auf? Dann sage ich, Große Anfragen haben den großen Vorteil, dass man groß diskutieren kann, ohne am Ende zu konkreten Ergebnissen kommen zu können.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wenn die schwarz-gelbe Regierung zur Vernunft kommen und sagen würde, wir bleiben dabei, wie von Rot-Grün vereinbart, aus der Kernenergie schrittweise bis 2020 auszusteigen, hätten wir auch Atommüll. Wir hätten auch den Müll aus diesen Kernkraftwerken und müssten uns einfallen lassen, was wir mit diesem Müll machen. Das Problem bekommt man nicht durch eine schlichte politische Beschlusslage weggeschoben.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Frau Dr. Schaefer hört gar nicht zu!)

Dann ist, finde ich, die entscheidende Frage, die man in diesem Zusammenhang stellen muss: Erstens, welche konkreten Einflussmöglichkeiten hat Bremen auf das, was über die bremischen Häfen umgeschlagen wird? Neben dem Beschreiben und dem Erklären von dem, was man gern hätte, muss man sich an der Stelle mit der Rechtslage und mit der Frage beschäftigen, was von diesen Transporten können wir faktisch verhindern? Dann muss man natürlich schauen, wir diskutieren darüber auch gerade in einem anderen Zusammenhang, dass es in weiten Teilen – um dieses wunderschöne Schlagwort aufzugreifen – auch eine betriebswirtschaftliche Entscheidung der Hafenumschlagunternehmen ist, was sie auf ihren Kajen umschlagen.

Meine Damen und Herren, auch das muss man meiner Ansicht nach zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, wir wollen da keinen Einfluss nehmen, und auf der anderen Seite stellt man sich hin und fängt dann bei einem Thema an, wo es einem politisch opportun erscheint, aufzufordern, dass da Einfluss genommen wird, ohne konkret zu sagen, wie denn diese Einflussnahme aussehen soll. Sollen also Frau Bürgermeisterin Linnert und Herr Senator Nagel im Aufsichtsrat der BLG darauf hinwirken, dass in Bremerhaven kein Atommüll mehr umgeschlagen wird? Diese Frage, wenn man sie hier indirekt formuliert, kann man dann, finde ich, auch einmal so deutlich aussprechen, dass sie dann auch unter Umständen beantwortet werden kann. Ich sage hier deutlich das, was ich eingangs gesagt habe: Die bremischen Häfen sind Universalhäfen, und das werden sie – jedenfalls solange Sozialdemokraten hier etwas zu sagen haben – auch bleiben! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schaefer, ich habe nicht gesagt, dass man die Wegstrecken innerhalb Bremerhavens optimieren soll oder dass man überhaupt überlegen soll, ob man nicht alles um Bremerhaven herum fahren lassen soll, sondern

(C)

(D)

(A) ich habe gesagt, das, was wir hier im Land haben, wird man akzeptieren müssen. Sie haben auch die Universalhafenargumentation der SPD verfolgt, und Universalhäfen haben wir dort, und das ist nun einmal so. Das ist auch richtig so, denn es schafft Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven.

Wenn ich dann aber, und darauf habe ich hingewiesen, diese lange Ausarbeitung betrachte und sehe, dass Stoffe aus der Schweiz beispielsweise in die USA geschickt werden, frage ich mich schon: Muss das über Bremerhaven passieren? Oder wenn ich sehe, dass es Stoffe aus Italien sind, die irgendwo in die Welt verschickt werden, frage ich mich: Muss das sein? Das sind die Dinge, die ich mit Wegoptimierung gemeint habe, bei denen ich mich frage, ob das in der Tat im Sinne einer Risikominimierung ist, für die hiesige Bevölkerung und für die Bevölkerung, an denen das alles vorbeikommt.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Dann ist das Problem woanders!)

Ja, dann habe ich das Problem woanders, aber vielleicht ist es sinnvoll zu überlegen, dass ich die Strecken, über die transportiert wird, möglichst kurz halte, weil ich damit das Risiko minimiere. Wenn es ein Unfallrisiko pro Kilometer gibt, muss ich eben sehen, dass ich wenig Kilometer fahre. Wenn es ein Risiko in Tunis gibt, muss ich vielleicht nicht durch die Alpen kommen. Das aber, meine ich, muss man dann einmal überlegen. Es gibt etliche Transporte, bei denen man überlegen muss, ob es tatsächlich optimierte Routenführungen sind, und das habe ich gesagt! Ich habe das nicht universell gemacht, denn ganz klar, „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ ist nicht meine Devise, sondern es ist ganz klar, wir haben hier in einem Land, das Kernkraftwerke betreibt, dann auch die Folge, nämlich den Transport von Brennstäben und die Transporte von Abfällen, zu gegenwärtigen. Das ist dann doch logisch.

(B) Der nächste Punkt, der auch ganz klar ist – es wurde vorhin schon angesprochen –, ist die Frage der Entsorgung. Diese ist nach wie vor noch eine zu lösende Aufgabe, die uns auch bedrückt. Dann werden wir noch einmal transportieren müssen, nämlich von all den Zwischenlagern bei den Kernkraftwerken hin in ein hoffentlich irgendwann und möglichst bald gefundenes Endlager. Insofern werden wir darum nicht herum kommen.

(Abg. D e n n h a r d t [SPD]: Das habe ich eben versucht deutlich zu machen! Das ist eine Illusion!)

Sie mögen sagen, das ist eine Illusion, ich sage, es ist eine Notwendigkeit, denn es kann nicht sein, dass in irgendwelchen Betonbauten, die sicherlich auf Jahrzehnte hin sicher sind, Stoffe sind, die auf Jahrtausende hin geschützt werden müssen. Das geht nicht,

und deswegen müssen wir da Lösungen finden. Das ist keine Frage von Illusion, sondern schlichtweg eine Notwendigkeit. – Herzlichen Dank!

(C)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich wollte noch einmal auf den Kollegen Günthner eingehen. Ich habe ja überhaupt nichts dagegen, dass Bremer oder Bremerhavener Häfen universelle Häfen sind, aber das ist für mich eine Worthülse. Ich gestehe freimütig: Wenn der Transport von Waffen Arbeitsplätze kostet, bin ich dafür, ihn einzustellen, selbst auf Kosten von Arbeitsplätzen. Ich gestehe freimütig: Wenn die Einstellung der Transporte von radioaktivem Material, insbesondere Brennelemente und Atommüll, Arbeitsplätze kostet, bin ich dafür, zugunsten des Nichttransportierens solcher Stoffe auf diese Arbeitsplätze zu verzichten und andere zu schaffen.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das ist für mich eine Logik, die sich aus den Risiken des Transportgutes ergibt und nicht aus einer Logik, wir sind universelle Häfen oder nicht.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens haben wir in dieser Frage bislang ganz absichtlich noch keine wirkliche Forderung aufgestellt. Das Einzige, das ich gesagt habe, ist – und das meine ich vollständig ernst –, wir müssen hier in diesem Hause schauen, was wir tun können, wenn wir es wollen. Wenn wir aber sagen, es sind universelle Häfen, wir können nichts machen – was ich zumindest vor einer Prüfung bezweifle –, bleibt die Forderung nach einem Atomausstieg in meiner Wahrnehmung ein sozialdemokratisches Lippenbekenntnis, das nicht ernst gemeint ist. Es muss in diesem Hause ein Stück weitergehen, als nur zu sagen, wir haben überhaupt keine Möglichkeit, in dieser Frage zu handeln. Weil es eine Frage ist, die uns in diesem Hause alle bewegt, haben wir noch keinen Antrag gestellt. Ich erwarte hier aber eine Debatte darüber, was eigentlich möglich ist, um die Risiken zu minimieren und die Transporte einzuschränken.

Noch einmal: Wir diskutieren nicht nur über ein Sankt-Florians-Prinzip, das heißt, nicht nur über die Dinge, die wir hier in Deutschland möglicherweise an Atommüll produzieren oder an Brennstäben brauchen. Die Untersuchung weist nach, dass wir Drehscheibe sind und dass Deutschland als ein Standort

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) mit relativ wenigen Atomkraftwerken zum Ent- und Versorger von anderen Ländern mit relativ vielen Atomkraftwerken wird, ist oder gemacht werden soll. Das ist auch etwas, das in eine andere Richtung geht, das ist das, was wir meines Erachtens verhindern müssen. Wir müssen zumindest so gut es geht problematisieren, dass Menschen bei ihrer nächsten Wahlentscheidung vielleicht ein wenig mehr über diese Dinge aufgeklärt sind und sich anders entscheiden, wenn es darum geht, die energiepolitische Zukunft dieses Landes mitzugestalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Nagel.

Senator Nagel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ein wichtiges und sensibles Thema, gerade auch für unsere Bevölkerung, und Aufgabe des Senats ist es, das politisch Gewollte – das ist in den Beiträgen der Fraktionen deutlich geworden – im Rahmen von Recht und Gesetz umzusetzen, soweit wir das als Bundesland können.

(B) Wir haben in unserer Antwort alle Angaben gegeben, die wir haben und die wir geben können. Es gibt nur eine Ausnahme, was die Transportwege im Einzelnen angeht. Das hat auch Gründe, aber wir haben die Transportwege generell angegeben, die in der Regel benutzt werden. Wir haben Ihnen also alle Angaben, die wir zur Verfügung haben, zur Verfügung gestellt. Frau Dr. Schaefer, die Striche, die Sie da sehen, da sind die Angaben in der Transportgenehmigung schlicht nicht drin, weil sie aus gesetzlichen Gründen – und nicht aus Geheimhaltungsgründen – nicht drin sein müssen. Wir gehen Ihrem Hinweis, Ihrer Frage noch einmal nach. Wir haben diese Antwort sehr transparent beantwortet. Herr Rupp hat auf die Linksfraktion in Hamburg angespielt, der Hamburger Senat hat dort in der Bürgerschaft auf die Anfragen deutlich weniger transparent reagiert, als wir das jetzt tun. Im Übrigen sind keine weiteren Wünsche an mich herangetragen worden, was den Inhalt der Antworten angeht.

Wichtig ist – es ist auch darauf hingewiesen worden –, dass die atomrechtliche Genehmigung durch das Bundesamt für Strahlenschutz erfolgt. Es gibt verschiedene Wege, einmal Lkw und zum anderen über die Häfen. Beim Lkw haben wir als Land keine unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten, und die Transporte von angereicherten Brennstäben, Herr Rupp, auf die Sie abgehoben haben, das waren Lkw-Transporte. Ich bitte, deshalb auch sehr genau darauf zu achten, was der Bürgermeister in der letzten Debatte gesagt hat! Er sprach nämlich von den Transporten von angereicherten Brennstäben über die bremischen Häfen. In den bremischen Häfen hat letztmals 1996/1997 ein Transport von angereicherten Brenn-

stäben stattgefunden, seitdem nicht mehr. Die BLG (C) macht das im Übrigen auch nicht, hat es nicht gemacht und wird es nicht machen. Worauf der Bürgermeister in der letzten Debatte angesprochen hat, war ein neuerlicher Versuch, über die bremischen Häfen angereicherte Brennelemente zu transportieren, und da hat er klipp und klar gesagt, über unsere bremischen Häfen nicht. Das war der Punkt, um den es ging.

Bei den Häfen haben wir Einflussmöglichkeiten, weil wir zusätzlich unsere Bremische Hafenordnung haben, mit der wir Informationsrechte und auch Vorgaben machen können. Es gibt zwei Gründe, mit denen wir auch rechtssicher solche Transporte ablehnen können. Das sind einmal technisch-nautische Gründe, die haben wir bei dem letzten Versuch für Bremerhaven ins Feld geführt, und es gibt Gründe der Sicherheitslage, das hat der Kollege Mäurer im Hinblick auf die Frage, diese Brennelemente auf stadtbremischem Gebiet zu transportieren, beantwortet. Wir haben unsere Möglichkeiten also ausgeschöpft, um den Transport solcher Brennelemente über die bremischen Häfen zu verhindern, und wir werden auch weiterhin unsere Möglichkeiten einsetzen, und zwar so, dass sie wirksam sind.

Darüber hinaus geht es uns – auch das ist, glaube ich, in der Antwort deutlich geworden – darum, sicherzustellen, dass die Atomtransporte, solange es sie gibt, so sicher wie möglich stattfinden können. Bisher ist uns das, toi toi toi, gelungen. Das andere ist das politische Feld, in dem wir auch von der Senatsseite weiter darauf drängen werden, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie möglich erfolgt, denn erst dann werden wir – und das auch nur auf einem langen Weg – das Thema Atomtransporte endgültig erledigen können. (D)

Der Senat wird also im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bei beidem und politisch im Hinblick auf den Ausstieg der Kernenergie tätig. Auch das hat der Bürgermeister klar erklärt: Wer für eine weitere Verlängerung von Laufzeiten für Kernkraftwerke ist, kann nicht erwarten, dass wir über unsere bremischen Häfen angereicherte Brennelemente hin- und herkutschieren. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/973, auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis.

Es ist interfraktionell vereinbart worden, dass wir in der verbleibenden Zeit noch die Tagesordnungspunkte 4, 6 und 7 aufrufen wollen.

(A) Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/888)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper und Herr Senator Nagel.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das „Projekt Junior“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln bietet in allen Bundesländern eine Palette von Möglichkeiten an, Schülern wirtschaftliches Verständnis zu vermitteln. Es unterstützt und fördert Schüler bei der Gründung einer Schülerfirma, und es bietet genauso auch Lehrmaterialien für alle Schulen, für alle Schulformen an, so zum Beispiel gerade auch für die Hauptschule.

Bremen ist das einzige Bundesland, das an diesem Projekt nicht teilnimmt. Wir, die CDU-Fraktion, hatten im Juni dieses Jahres eine entsprechende Frage in der Fragestunde gestellt. Das, was uns die Bildungssenatorin als Antwort gab, erinnert jedoch sehr verdächtig an eine Antwort des Senats aus dem Jahre 2005: Bremen wird an dem Projekt nicht teilnehmen, es gebe keine Kapazitäten des Instituts der Deutschen Wirtschaft, und die Kosten seien zu hoch. Das bremische Angebot sei im Übrigen ausreichend. Diese Antwort fand sich auch in der Antwort auf unsere Frage im Sommer dieses Jahres wieder.

Diese Antwort zeigt aber auch, dass sich die Senatorin nicht noch einmal informiert hatte, wie dieses Projekt aktuell auch vom Institut der Wirtschaft in Köln begleitet werden kann, denn wenn sie das getan hätte, hätte die Antwort so nicht ausgesehen. Das Kölner Projekt kann sehr wohl eine Teilnahme Bremens ermöglichen, und die Kosten sind nicht, wie damals angegeben, starr 50 000 Euro, sondern variieren je nach Beteiligung und den lokal ausgerichteten Projekten. Die Stadt und die Schulen könnten in ein nationales wie internationales Netzwerk eingebunden werden, das ist mehr als das, was die Szene in Bremen heute bietet.

Ich möchte daher für die CDU-Fraktion heute hier noch einmal klarmachen, warum wir eine Teilnahme Bremens am „Projekt Junior“ für sehr sinnvoll halten. Wir sind uns sicher – ich denke, es gab eine ganze Reihe von Anlaufschwierigkeiten unter den Schulpolitikern –, dass wirtschaftliches Verständnis ein ernst zu nehmendes Fach ist. Ich denke aber, inzwischen sind wir uns einig, dass wir in diesem Bereich viel tun müssen, eben um den Schülern wirtschaftliches Verständnis beizubringen, um Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Eigenverantwortung und Selbstständigkeit zu fördern, wo immer wir es denn können,

weil sie eben im wirtschaftlichen Alltag heute notwendig sind.

Trotz einer ganzen Reihe von Einzelangeboten, die es in Bremen gibt, bemängelt die Handelskammer, aber auch gerade die Handwerkskammer, nach wie vor ein fehlendes wirtschaftliches Verständnis der Schüler beziehungsweise der Auszubildenden. Daher denke ich, dass das „Projekt Junior“ ein hervorragendes Dach wäre, um die Bremer Initiativen zu bündeln und gleichzeitig in ein überregionales Netzwerk einzubinden, das auch gleichzeitig als Alumni-Netzwerk für viele Jugendliche nützlich sein könnte, um später auch im Beruf Fuß zu fassen und eine Chance zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf die Finanzen eingehen, weil Sie wahrscheinlich argumentieren werden, es sei kein Geld für ein solches Projekt vorhanden. Man muss einmal nach Modellen in anderen Bundesländern schauen, so zum Beispiel in Bayern. In Bayern wird das Projekt vom Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft unterstützt und von der LfA Förderbank. Ich denke, dass auch die in diesem Bereich in Bremen sehr engagierte Wirtschaft mit Sicherheit ansprechbar ist, um dieses Projekt des Instituts der Deutschen Wirtschaft mit zu unterstützen. Ich denke auch, dass man gerade die bremischen Wirtschaftsförderinstrumente noch einmal überprüfen sollte, ob es nicht auch von dieser Seite geeignete Unterstützung geben kann. Ich bin überzeugt, wenn man sich denn die Mühe macht, die beteiligte Wirtschaft zu fragen, wenn man sich die Mühe macht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, könnten wir auch in Bremen dieses Projekt auf die Schiene setzen.

Ich komme zum Abstimmungsverhalten: Ich habe kein Verständnis dafür, wie hier die Überlegungen hin- und hergehen, wie die Regierung jetzt mit diesem Antrag umgeht. Sie haben hier in der letzten Bürgerschaftssitzung, als dieses Thema eigentlich debattiert werden sollte, signalisiert, Sie wollten eine Überweisung in die Ausschüsse Bildung und Wirtschaft. Ich höre jetzt, dass Sie diese Überweisung nicht mehr wollen. Das ist ein ziemlich inkonsequentes Verhalten, und ich bedaure sehr, dass Sie nicht einmal mehr in Betracht ziehen, dieses Thema zu debattieren, um zu schauen, was wir mit einem solchen Projekt machen können und wie wir gerade auch die Szene in Bremen verbessern können, um Jugendliche so fit zu machen, dass sie vor Arbeitslosigkeit gefeit sind und dass sie eine gute Chance in der Wirtschaft haben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werbe ich hier noch einmal sehr vehement für unseren Antrag und bitte Sie, ihm zuzustimmen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Inzwischen ist ökonomische Bildung zwar in alle Lehrpläne der Bundesländer aufgenommen worden, aber in der Tat kritisieren Experten auch heute noch, dass Ökonomie in Fächern wie zum Beispiel Politik und Geschichte nicht ausreichend zur Geltung kommt. Unumstritten ist auch, dass der Bedarf an Wirtschaftswissen in den letzten Jahren mit der wachsenden Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge deutlich gestiegen ist. Das alles haben wir bereits in aller Ausführlichkeit in ähnlicher Form schon diskutiert und waren uns hier im Haus weitestgehend über die Relevanz von ökonomischer Bildung in den Schulen einig.

(B) Ihr Antrag trägt die Intention, mit praktischen Maßnahmen den Schülerinnen und Schülern Einblicke in die Wirtschaft zu ermöglichen und auch eigene Geschäftsideen umzusetzen. Dazu schlagen Sie vor, dass Bremen am „Projekt Junior“ teilnimmt. In der Tat sind Projekte, welche das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge bei Schülerinnen und Schülern fördern, wichtig und auch zu unterstützen. So eigentlich auch das „Projekt Junior“. Dazu haben Sie – Sie haben das eben ausgeführt – bereits am 22. November 2005 und erneut am 16. Juni 2009 den Senat zu dem Projekt und zur Nichtteilnahme Bremens befragt. Sie implizieren mit Ihrem Antrag, dass das Land Bremen durch die Tatsache, dass es das einzige Bundesland ist, das an diesem Projekt nicht teilnimmt, an der Zielsetzung des Projekts nicht interessiert wäre.

Aus der Antwort des Senats ist Ihnen sehr wohl bekannt, dass Bremen sich damals Ende der Neunzigerjahre um das „Projekt Junior“ bemüht hat. Damals war das Projekt sehr ausgelastet, und Bremen kam nicht zum Zuge. Zwischenzeitlich ist das Ressort in diesem wichtigen Themenfeld aber ja nicht tatenlos geblieben. Im Gegenteil, so werden beispielsweise seit Jahren am Landesinstitut für Schule mit vielen Schulen gemeinsame Projekte zur unternehmerischen Tätigkeit und Selbstständigkeit realisiert. Dort werden Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und Eigenverantwortung gefördert. Die Schülerinnen und Schüler bekommen auch einen Einblick in die Funktionsweise der Wirtschaft oder Orientierungshilfe bei der Wahl des Berufs. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden zum unternehmerischen Denken angeregt, und der Existenzgründungsgedanke wird gefördert. All dies sind auch Ziele des „Projektes Junior“, die in Bremen allerdings schon sehr gut verankert und bereits realisiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion. Schülerfirmen präsentieren regelmäßig ihre Arbeit, zuletzt gab es auch eine erfolgreiche Messe dazu, darauf verweisen Sie auch in Ihrem Antrag, und das

*) Vom Redner nicht überprüft.

LIS arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung der verschiedenen Maßnahmen. Das alles werden wir demnächst auch in der Deputation beraten. Wir tun in diesem Bereich einfach schon sehr viel, und für eine Teilnahme am „Projekt Junior“ besteht zurzeit schlicht keinerlei Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Abgesehen davon schreiben Sie, dass eine Vorfinanzierung durch das Land nicht zwingend erforderlich wäre. Das stimmt so nicht. Die Teilnahme des „Projektes Junior“ würde circa 50 000 Euro kosten. Sie planen hier Sponsoren ein, diese müssen aber erst auch einmal gefunden werden.

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Wo haben Sie die Zahl her!)

Die Zahl habe ich aus dem Ressort! Man kann als Parlamentarier bestimmte Abfragen machen, Herr Rohmeyer, wovon Sie ab und zu ja auch Gebrauch machen. Nur ob Sie das dann immer verstehen, ist die andere Frage. Was wir heute ja in der Fragestunde auch gesehen haben!

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau **Winther** [CDU])

(D) Wir hätten, liebe Kollegin Frau Winther, das Thema gern in der Wirtschaftsdeputation und auch in der Bildungsdeputation einmal diskutieren können. Da haben wir aber gesagt – und das haben wir beim vorletzten Mal gesagt, nicht beim letzten Mal, wie Sie fälschlicherweise hier dargestellt haben –, wenn wir keine Debatte dazu führen, sind wir gern bereit, Ihren Antrag einmal in der Deputation zu beraten. Zweimal haben Sie den Senat aber schon zu diesem Thema befragt, dann möchten Sie es heute hier debattieren, überweisen, und noch einmal in der Bürgerschaft debattieren. Das lassen wir mit uns nicht machen; es ist wertvolle Zeit, die wir da in diese Arbeit stecken. Beschäftigen Sie sich lieber mit den Projekten des LIS! Ich stelle Ihnen gern die Unterlagen zur Verfügung. Dann werden Sie sehen, dass wir zu diesem Thema in Bremen einfach sehr viel machen. Das sollte Grund genug sein, dieses Thema hier heute auch zu beenden. Sie beschäftigen das Parlament zum dritten Mal damit. Ich glaube, das ist genug. Ihren Antrag werden wir heute ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Relevanz ökonomi-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) scher Bildung haben wir schon gemeinsam hervorgehoben, allerdings sehen wir da offenbar unterschiedliche Akzente. Ich hatte immer schon gesagt, wir sehen vor allen Dingen die volkswirtschaftlichen Teile in der ökonomischen Bildung, die dringend nötig sind. Wenn wir uns die Wirtschaftskrise anschauen: Die Ratlosigkeit gegenüber Expertenmeinungen, die weit verbreitet ist, führt zu einem Ohnmachtsgefühl, einem Unwissenheitsgefühl. Das wollen wir durch ökonomische Bildung in dieser Hinsicht gern ausgleichen. Dafür haben wir hier auch Unterstützung im Haus, wir müssen gelegentlich bei der Umsetzung nachfragen.

Kollege G ü n g ö r hat eben schon die Fächer Politik und Gesellschaftswissenschaften erwähnt, in denen das seinen Platz hat. Möglichst viel volkswirtschaftliche Bildung kann mit dazu beitragen, solche Krisen zu vermeiden und auch mehr sozialen Ausgleich herzustellen, denn dazu braucht man Wissen, um dies in der heutigen Zeit überhaupt für möglich zu halten. Expertenwissen allein reicht dafür nicht aus. Wir brauchen auch unternehmerisches Wissen, wir brauchen betriebswirtschaftliches Wissen. Beides aber wird – Herr G ü n g ö r hat es ausgeführt – durchaus gepflegt, und beides liegt eigentlich auch unmittelbaren Lebenserfahrungen näher. Es ist auch in Ordnung, dass das in den Schulen gefördert wird. Wir brauchen aber an dieser Stelle nicht eine zusätzliche Förderung. Das würde eine schon bestehende Schiefelage vergrößern. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Im Übrigen kommen noch finanzielle Aspekte dazu, die sich für diese Sache hier nicht lohnen würden. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat muss man sich überlegen, wofür Geld in Schulen eingesetzt wird, das halte ich für richtig und angemessen. Ich wurde dann heute aber auch davon überrascht, dass die Senatorin eine Pressekonferenz abhalten konnte, in der unseren Mitarbeitern am Ende noch nicht ganz klar war, wie viel Geld das denn mit der Altersteilzeit kostet und woher das dann im Ressort kommt. Da bin ich dann einmal sehr gespannt. Dazu bereite ich gerade die Fragen vor, weil ich das aufgeklärt haben will. Darüber diskutieren wir jetzt nicht. Ich bin aber auf jeden Fall sehr gespannt, wie das dann am Ende ausgeht.

Bloß, wenn ich sehe, dass das wohl eher im sechststelligen Bereich liegen wird, reden wir hier also über etwas anderes. Dann muss man fragen: Was ist hier der Nutzen für die Bildung der Schülerinnen und Schüler? Da muss ich dann sagen, der ist doch durchaus ein großer, weil es ein anderer Ansatz ist als der, der in den vielen zu Recht gelobten Bereichen schon

gemacht wird. Diesen anderen Ansatz halten wir als FDP für unterstützenswert, denn es fehlt doch in der Tat ein unternehmerisches und betriebswirtschaftliches Wissen, was bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Volkswirtschaftliches Wissen ist da ebenso Mangelware, und in der Tat, sehen Sie es uns als FDP nach,

(C)

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Sie brauchen sich für nichts zu entschuldigen!)

politische Ökonomie im Sinne der LINKEN ist nicht das Thema, das wir auf den Stundenplan setzen wollen. Darüber kann man sich vielleicht in Philosophie auseinandersetzen. Marx hat ja philosophisch vielleicht das eine oder andere geleistet, aber ökonomisch hat er auf jeden Fall ordentlich danebengegriffen. So ist auf jeden Fall unsere Auffassung. Insofern verschonen Sie uns hier bitte mit immer wieder solchen Forderungen und Thesen! Wir unterstützen den Antrag der CDU und werden ihm zustimmen. Wir hätten uns auch sehr gefreut, wenn man ihn überwiesen hätte. Wir waren der Meinung, dass man ihn eigentlich natürlich in der Deputation federführend beraten sollte, die dann auch die Kompetenz hat, also qua Senatorin, dann die Schulen auch da einzubinden. Deswegen waren wir etwas verwundert, dass das federführend in die Wirtschaftsdeputation und nur beratend in die Bildungsdeputation geschickt werden soll. Das wird uns aber die CDU in der zweiten Runde dann vielleicht noch erklären. Insofern werden wir zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir eine zweite Runde brauchen. Ich glaube, dass wir das Thema auch in einer Runde diskutieren können,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil hier ja auch klare Haltungen der Fraktionen vorgetragen wurden.

(Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Welche klare Haltung?)

Die CDU ist traurig, weil die Koalition durch Herrn G ü n g ö r auch schon signalisiert hat, dass wir den Antrag ablehnen werden. Ich muss es ganz kurz zusammenfassen: Gute Idee, machen wir aber leider auch

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nicht, die Haushaltsmittel sind im Augenblick in ganz vielen unterschiedlichen Projekten gebunden. Herr Güngör hat ausgeführt, wir haben zahlreiche erfolgreich arbeitende Schülerfirmen und eine sehr gute Unterstützung durch das Landesinstitut für Schule, die sogar den Schulen einen eigenen Newsletter zur Verfügung stellen und auch noch einmal die ganzen Angebote im Bereich wirtschaftswissenschaftliche Kompetenzen für Schülerinnen und Schüler bündeln.

Wir haben eine Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale, die ich persönlich für ausbaufähig halte. Das scheitert im Augenblick nicht an der Verbraucherzentrale. Die würden gern viel mehr machen, gerade im Bereich Handyschulden oder Jugendliche über das Thema eigenes Girokonto aufklären. Die haben die Idee, in vielen Stadtteilen dezentrale Angebote zu machen, weil man derzeit davon ausgehen kann, dass fast jeder zweite Jugendliche im Monat Handyschulden im Umfang zwischen 60 bis 100 Euro abstottert. Dazu gibt es jetzt zahlreiche Untersuchungen, und das ist wirklich ein drängendes Thema. Ich teile das, Frau Winther, das Thema Wirtschaft ist wichtig für Jugendliche, dass sie sich zurechtfinden und sie diese Kompetenzen auch erwerben. Das „Projekt Junior“ ist sicherlich interessant. Allerdings halten wir das derzeitige Angebot für ausreichend und sehen keine Notwendigkeit zur Teilnahme. Sollte sich ein Sponsor finden, bin ich jederzeit dafür offen, dass wir darüber noch einmal diskutieren. Dann kann man das noch einmal in der Bildungsdeputation aufrufen. Im Augenblick müssen wir leider auch aus Haushaltsgründen diesen Antrag ablehnen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst einmal sagen, dass die Methode Schülerfirma eine absolut richtige ist. Dass sich die Senatsbehörde und mein Vorgänger deshalb auch darum bemüht haben, zu einem bestimmten Zeitpunkt an diesem Projekt teilzunehmen, ist ganz unbestritten! Ich will aber auch Folgendes zu der Frage von Projekten sagen: Ich bin keine Anhängerin von Projekten, die zeitlich begrenzt sind, eine Zeit lang sehr gut finanziert sind, wahrscheinlich müssten wir da konsumtive Mittel hineingeben, und dann bricht das Projekt ab, und dann haben wir den Salat. Das habe ich jetzt zwei Jahre lang in verschiedensten Formen erlebt. Projekt um Projekt und am Ende mit Protesten, und nicht durchgerechnet, wie man denn mit allen Schulen umgeht. Es macht doch viel mehr Sinn, dass wir jetzt aufbauend auf der Idee Schülerfirma – das haben wir gerade vor, und dazu gibt es auch einen Projektplan – mit den Mitteln, die aus der Auflösung der sogenannten BLK

stammen, nämlich aus den Föderalismusmitteln, einen Projektplan aufbauen, dass es Schülerfirmen an allen Schulen geben soll. Wir können Ihnen das gern vortragen, Frau Winther. Ich werde Sie auch gern zu den verschiedenen Präsentationen von Schülerfirmen und Messen einladen. Da würden wir uns freuen, wenn da auch Abgeordnete kommen und sich das ansehen, was da jetzt im Augenblick schon alles vorhanden ist und was wir weiter ausbauen wollen.

(C)

Ich will noch einmal für die Idee plädieren. Bremen hat, ich weiß nicht, warum das so ist, eine Tradition, Projekt um Projekt aneinanderzureihen, und immer wieder haben wir das Ende eines Projektes und die Nichtverstetigung und die Frustration in den Schulen, dass ein gutes Projekt zu Ende ist und nicht weitergeführt werden kann. Deshalb ist es mir lieber, wir machen einen soliden Projektplan. Mit den Mitteln, die wir wirklich haben, machen wir dann zum Beispiel einen Plan, dass jede Oberschule mindestens eine Schülerfirma hat, und dafür wird im Augenblick gerade fortgebildet.

Wir werden also die Komplementärmittel aus der Föderalismusvereinbarung nutzen, um ein Programm zu bieten, das sowohl fortbildungsmäßig die Schulen unterstützt als auch einen Plan macht, wie ich eine Firma gründe, und dann auch eine Zertifizierung von Schülerfirmen vornimmt, sodass wir bestimmte Standards haben und Existenzgründerseminare mit Schülerinnen und Schülern in Gang setzen und Schülerworkshops dazu machen. Wir präsentieren das auch gern, wenn das gewünscht wird, der Wirtschaftsdeputation, dagegen habe ich überhaupt nichts. Wir präsentieren das auch gern der Bildungsdeputation. Ich bin nur ganz ehrlich dafür, dass wir jetzt, wo wir schon viel weiter sind als zu dem Zeitpunkt, als wir in das „Projekt Junior“ hinein wollten, unseren eigenen Weg mit den Mitteln gehen, die wir haben, und das auch allen Schulen und nicht wieder einigen wenigen anbieten, die dann am Ende gesagt haben: Tolles Projekt, aber leider zu Ende! Insofern bitte ich, dass wir uns nicht auf diesen Weg begeben, den Sie vorgezeichnet haben, sondern vertrauen Sie uns da einmal, dass wir genau diese Methode mit eigenem Programm in den Schulen machen.

(D)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Nein!)

Herr Rohmeyer, wenn Sie Nein sagen, dann sind Sie der Erste, der eine Einladung für die nächste Präsentation bekommt. Ich würde mich freuen, wenn Sie nächstes Mal in der Handelskammer dabei sind, wenn wir Schulen auszeichnen. Ich werde Sie dann auch besonders begrüßen. Das gilt auch für alle anderen Abgeordneten. Ich freue mich immer, wenn die kommen und dann auch den Schülerfirmen und den Schülern zeigen, ihr macht wirklich eine gute Sache. So, wie das Bild hier gezeichnet ist, stimmt es eben einfach nicht: Die bremischen Schulen haben sich die-

(A) ser Idee der Schülerfirmen hervorragend angenommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, liebe Frau Senatorin! Wir haben in Bremen ganz viele Schülerfirmen, die alle auf ganz unterschiedlichem Niveau arbeiten.

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wie bei Abgeordneten!)

Jeder kocht im eigenen Saft, und ganz Bremen kocht auch im eigenen Saft. Dass das nicht immer ganz gut ist, wenn wir in der Bildungspolitik nur im eigenen Saft kochen, sehen wir unter anderem an den Bremer PISA-Ergebnissen.

(Widerspruch bei der SPD)

Gerade Sie stöhnen jetzt, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, aber ich sage es noch einmal, das ist ja auch Folge Ihrer Politik gewesen, dass wir da stehen, wo wir stehen.

(B) Es ist wünschenswert, dass sich Schulen vernetzen, dass sie sich aber eben nicht nur in der Stadt und im Land Bremen vernetzen, sondern dass sie sich auch mit Schulen woanders vernetzen, und genau das wollten wir mit unserem Antrag hier anstoßen, weil sich die Schulen, die sich im „Projekt Junior“ beteiligen, auch bundesweit vernetzen. Darum wäre es klug gewesen, Herr G ü n g ö r, wenn Sie hier nicht auf Ihre schnoddrige Art einfach Nein sagen, sondern einfach auch einmal prüfen, ob Sie Neues zulassen wollen und sich nicht auf das verlassen, was Ihnen das Ressort immer so freundlich aufschreibt. Darum werden wir auch weiter für die Teilnahme von Bremer Schulen an nationalen Projekten – nicht nur am „Projekt Junior“ – werben! Denn es kann nicht sein, dass dann gesagt wird, das kostet Geld, und darum lehnen wir es ab. Gerade heute lesen wir in der Zeitung, dass wir jetzt in der Stadt Bremen für 19 Grundschulen pro Jahr 100 000 Euro für Schulobst ausgeben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Da muss man sich schon einmal mit dem Beispiel, das Herr Dr. Buhlert eben auch angesprochen hat, fragen, wie hier eigentlich über Geld entschieden wird, wenn Sie dann sagen, für andere Projekte ist kein Geld da! Dann geht es nur danach, was Ihnen

*) Vom Redner nicht überprüft.

in Ihre Ideologie passt, und nicht danach, was vielleicht gut für die Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven wäre. Das, was Sie hier an Argumentation abgeben, ist etwas sehr billig. Man kann darüber streiten, ob es sinnvoll sein kann, Schulobst an Schülerinnen und Schüler auszugeben, man kann sich aber vielleicht auch erst einmal darüber streiten und sich fragen, ob es nicht Aufgabe der Eltern wäre, dafür zu sorgen, dass Kinder jeden Tag gesunde Vitamine essen.

(Abg. **Frau S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das ist aber nicht so! Das wissen
Sie auch, Herr Rohmeyer!)

Richtig, Frau Stahmann! Da es aber nicht so ist, dass sich alle um alles kümmern, wäre es auch gut, wenn man das nicht nur auf Schulobst begrenzt, sondern wenn Sie dann auch für andere Projekte sagen, das wollen wir erst einmal prüfen und nicht von vornherein sagen, das passt uns nicht in den Kram, weil das etwas mit Wirtschaft zu tun hat, und darum lehnen wir es ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete G ü n g ö r.

Abg. **G ü n g ö r** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rohmeyer, Sie haben vorhin gefragt, woher ich denn diese Zahl hätte. Als ich gesagt habe, aus dem Ressort, sagten Sie auf Ihre flapsige Art und Weise, das Ressort hätte mir das aufgeschrieben. Wenn Sie in der Lage wären, sich an Ihre eigene Frage in der Fragestunde zu erinnern – dafür kann man sich Übrigen auch das Protokoll organisieren –,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

würden Sie darin lesen, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Da mit der Einführung von „Projekt Junior“ erhebliche Kosten, circa 50 000 Euro, verbunden sind, wird der Senat das „Projekt Junior“ nicht an Bremer Schulen einführen.“ Wenn Sie in der Lage gewesen wären, das zu lesen, sich daran zu erinnern, dann würden Sie eine solche Frage hier gar nicht stellen.

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Winther?

Abg. **G ü n g ö r** (SPD): Bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin Winther!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Güngör, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass eine erneute Nachfrage in diesem Sommer beim Institut der Deutschen Wirtschaft nach den Kosten für dieses Projekt ergeben hat, dass es keineswegs 50 000 Euro kosten muss, sondern dass es Einstiegsmöglichkeiten und Fördermöglichkeiten gibt?
- Abg. **Güngör** (SPD): Das kann gut sein, aber wir haben gesagt, auch die Anschubfinanzierung oder die Vorfinanzierung muss eben durch Sponsoren gegeben sein, diese müssen erst einmal gefunden werden, und diese haben wir im Augenblick nicht. Im Übrigen hat die Senatorin, glaube ich, sehr ausführlich erläutert, dass wir in diesem Bereich schon sehr viel machen und dass wir Projekte auch einfach verstetigen müssen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Das ist der Punkt, den Sie anscheinend nicht begreifen wollen!
- Ich glaube, Bremen ist gut damit beraten, das Landesinstitut für Schule weiter darin zu unterstützen, es weiterzuentwickeln, was wir an den neuen Oberschulen auch tun, und auch einmal zu überprüfen, ob es schon in den Grundschulen ein Thema sein kann. All diese Projekte sind in der Planung, und Sie sind herzlich eingeladen, das konstruktiv zu begleiten. – Danke!
- (B) (Beifall bei der SPD)
- Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Damit ist die Beratung geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen, federführend, und die staatliche Deputation für Bildung beantragt worden.
- Wer dieser Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU, FDP und Abg. **T i t t m a n n** [parteilos])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.
- Ich lasse deshalb in der Sache über den Antrag abstimmen. (C)
- Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/880 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU, FDP und Abg. **T i t t m a n n** [parteilos])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und auf der Besuchertribüne recht herzlich eine Gruppe von amnesty international begrüßen. Seien Sie ganz herzlich willkommen! Ich vermute, dass Sie den nächsten Tagesordnungspunkt mitverfolgen wollen.
- (Beifall)
- Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung** (D)
- Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. November 2009 (Neufassung der Drucksache 17/1038 vom 17. November 2009) (Drucksache 17/1046)
- Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.
- Die Beratung ist eröffnet.
- Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.
- Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass wir einen gemeinsamen Antrag vorlegen können, einen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ die Grünen und DIE LINKE. Der Fall, der Mensch Abu-Jamal steht exemplarisch für eine erschreckend hohe Anzahl von Todesurteilen weltweit, nicht nur in den USA, in China, Iran, sondern in viel zu vielen Ländern der Welt. Die Dringlichkeit des Antrags ist geboten, da ab jetzt mit der zweiten separaten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA zu rechnen ist.
- Anfang dieses Jahres lehnte der Oberste Gerichtshof den Antrag von Mumia Abu-Jamal auf ein neues Verfahren ab. Der parallel laufende Antrag des Staats-

(A) anwalts von Philadelphia auf die Wiedereinsetzung des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia Abu-Jamal vor demselben Gericht ist noch nicht entschieden. Seit 1995 kämpft Abu-Jamal um die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Das wurde erst möglich durch eine weltweite Solidaritätsbewegung, die auch Spenden sammelte. Davon konnte ein Team von Vertrauensanwälten finanziert werden. Juristisch schwinden die Aussichten auf einen neuen und fairen Prozess, seit der Oberste Gerichtshof der USA am 6. April 2009 die Wiederaufnahme des Verfahrens ohne jegliche inhaltliche Begründung endgültig abgelehnt hat.

Nun geht es nach der Gerichtssommerpause ab Oktober 2009 nur noch um die Frage, ob sich die Staatsanwaltschaft mit ihrer Todesstrafe durchsetzt oder der Oberste Gerichtshof anordnet, dass in einem neuen Prozess zumindest noch über das Strafmaß – möglicherweise lebenslänglich – verhandelt wird. Das würde der Verteidigung und der internationalen Solidaritätsbewegung wenigstens die Möglichkeit geben, weiterhin für die Freiheit Abu-Jamals zu kämpfen. Entscheiden die obersten Richter aber auch in dieser Frage gegen Abu-Jamal, wäre die letzte Instanz Gouverneur Ed Rendell, der einen neuen Hinrichtungsbefehl zu unterzeichnen oder das Todesurteil auszusetzen hat. Ed Rendell ist aber derjenige, der früher als Staatsanwalt gegen den kritischen Journalisten ermittelt hat.

(B) Abu-Jamal ist 1981 für ein Verbrechen verurteilt worden, das er nach eigener Aussage nicht begangen hat. Auch viele Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international sind von seiner Unschuld überzeugt. Die Verteidigung wäre heute nach jahrelangen eigenen Recherchen in der Lage, zahlreiche Unschuldsbeweise vorzulegen. Abu-Jamal soll den weißen Polizisten Daniel Faulkner getötet haben, nachdem dieser bei einer Fahrzeugkontrolle seinen Bruder misshandelt hat. Dabei wurde auch er angeschossen und nach Eintreffen der Polizei heftig geschlagen. Zum Tathergang gibt es unterschiedliche Zeugenaussagen, die diverse Ungereimtheiten aufzeigen. Hingegen steht fest, dass der Prozess, der Abu-Jamal vor 27 Jahren gemacht wurde, von rassistischen Äußerungen des Richters sowie der Manipulation des Verfahrens durch Ablehnung von afroamerikanischen Geschworenen geprägt war. Der Satz des Richters zum Staatsanwalt, er würde ihm helfen, „den Nigger zu grillen“, ist von der Gerichtsschreiberin belegt. 13 von 15 afroamerikanischen Jurymitgliedern wurden wegen Unglaubwürdigkeit nicht zugelassen.

Wer ist nun dieser Mumia Abu-Jamal? Abu-Jamal wurde als Wesley Cook am 24. April 1954 in einem Armenviertel in Philadelphia geboren. Er organisierte sich früh in der Black Panther Party und wurde seit seinem 16. Lebensjahr wegen dieser Aktivitäten vom FBI observiert. Seit 1970 war er als Radio- und Kolumnenjournalist tätig. Das war unter der Amtszeit des Bürgermeister Frank Rizzo, der wegen seines Rassismus berühmt-berüchtigt war. Abu-Jamal setzte sich

gegen Rassismus und die daraus resultierende Zweiklassen-Gesellschaft und Brutalität ein und war als die Stimme der Unterdrückten, der Stimmlosen bekannt.

Nach seinem Prozess ließ sich Abu-Jamal nicht entmutigen. Auch im Todestrakt arbeitete er weiter als Journalist und Autor. Dem kämpferischen Journalisten, der auch heute noch regelmäßig Kolumnen schreibt, wird aus Sicherheitsgründen eine Schreibmaschine verwehrt. Er schreibt dennoch, über Frauenrechte, Kinderarmut, Rassismus, Notlagen, die Lage von Unterdrückten in der Welt und vieles andere – und auch über die Situation der über 3 000 Inhaftierten in den Todestrakten der USA.

Abu-Jamal ist die Symbolfigur gegen die Todesstrafe geworden. Diese schlimmste Form der Folter ist nicht vereinbar mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Die Würde des Menschen, darauf beruht unser Grundgesetz. Aus den Erfahrungen unserer eigenen Geschichte wurde der Artikel 1 formuliert. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Auch für die Abschaffung der Todesstrafe überall in der Welt.

(D) Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CDU, sich unserem Antrag gegen die Todesstrafe und in Solidarität mit Abu-Jamal anzuschließen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hiller.

Abg. Frau **Hiller** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben gerade von Frau Troedel gehört, wie eine international bekannte Person zur Todesstrafe verurteilt worden ist und seit 27 Jahren in der Todeszelle sitzt. Das ist ein Beispiel für die Dringlichkeit – deswegen debattieren wir das heute auch –, die direkt an der Person liegt. Aber wir haben noch wesentlich mehr Menschen auf der Welt, die in Todeszellen auf eine Todesstrafe warten müssen. Es sind über 20 000 Menschen weltweit. Wir haben 2008 2 300 Menschen auf der Welt gehängt, die hingerichtet worden sind, und es gab 2008 8 864 Verurteilungen. Es ist leider eine steigende Zahl, obwohl es immer weniger Staaten – nämlich 58 – sind, die weiterhin eine Todesstrafe aussprechen und auch vollstrecken.

Zur Todesstrafe sagt amnesty international auf ihrer Website Folgendes, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wo sich der Staat zum Richter über Le-

(A) ben und Tod aufschwingt, nimmt nicht Gerechtigkeit ihren Lauf, sondern es wird Rache und Vergeltung geübt.“ Ich glaube, das sagt alles aus, was man zur Todesstrafe sagen muss. Es ist ein auslaufendes Modell, auch das sagt amnesty, es sind immer weniger Staaten. Trotz alledem geht es aber um jeden einzelnen Menschen, der verurteilt wird, wartet und dann teilweise auch hingerichtet wird.

Ich möchte an dieser Stelle amnesty international auch für 30 Jahre Engagement zu diesem schweren Thema sehr danken.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt aber noch eine andere konkrete bremische Dringlichkeit, weshalb wir heute über dieses Thema sprechen. Im Anschluss an unsere Sitzung, um 18 Uhr, findet auf dem Marktplatz eine Aktion „Städte für das Leben, Städte gegen die Todesstrafe“ statt. Es gibt eine Initiative seit 2001, die in über 80 Städten Deutschlands und in über 700 Kommunen in der Welt im November – wir machen das am 18. November, sonst ist es häufig am 30. November – diesen Aktionstag begeht. Die Initiative, die aus Italien stammt, wünscht sich, dass wichtige Denkmäler oder Gebäude beleuchtet werden, um ein sichtbares Zeichen gegen die Todesstrafe zu setzen. Sie wünscht sich auch, dass es dazu einen politischen Beschluss gibt, der das noch einmal unterstützt sowie auch gerade die Menschen unterstützt, die diese politische Arbeit meistens ehrenamtlich durchführen.

(B) Deshalb würde ich sehr darum bitten, dass wir heute eine breite Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag hier in der Bürgerschaft finden, indem wir zum einen diese Initiative, an der teilzunehmen, der Bürgermeister schon am 12. November alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen hat, sehr unterstützen. Indem wir außerdem deutlich machen, dass wir nach wie vor für die Abschaffung der Todesstrafe sind und uns auch für diese Abschaffung einsetzen. Indem wir zum anderen eine Solidarität um ein Einzelbeispiel von Mumia Abu-Jamal in seinem Kampf gegen die Hinrichtung unterstützen, auch amnesty international dadurch sagen, dass wir ihre Arbeit wichtig finden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es hervorragend, dass wir in dieser Bremischen Bürgerschaft, in diesem Landtag, ab und zu –

*) Vom Redner nicht überprüft.

nicht so oft, aber ab und zu – über die Grenzen unseres Landes Bremen hinausschauen und uns politisch als gewählte Abgeordnete dieses Landes auch mit Fragen beschäftigen, die im Rest der Republik – wie dieses Thema hier zur Abschaffung der Todesstrafe – und auch auf der ganzen Welt eine Rolle spielen. Damit werden wir auch dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler in Bremen gerecht. Die Frage der Abschaffung der Todesstrafe ist eine ganz elementare, und ich finde es sehr gut, dass wir uns heute hier in dieser Bremischen Bürgerschaft dazu äußern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei
der SPD und bei der LINKEN)

Es geht meines Erachtens – und das ist manchmal eine kleine Einschränkung, die einige machen – gerade nicht nur darum, denjenigen zu helfen, die möglicherweise zu Unrecht zum Tode verurteilt wurden. Sondern der Kampf gegen die Todesstrafe ist ein viel konsequenterer Kampf. Es ist der Kampf für jeden Menschen – auch wenn er möglicherweise zu Recht im Sinne der Straftat verurteilt worden ist –, dafür zu sorgen, dass er oder sie auf keinen Fall von dem Staat, der ihn dazu verurteilt hat, zu Tode gebracht und hingerichtet wird. Es ist ein komplett konsequenter Kampf für jeden Menschen auf dieser Welt, die Todesstrafe abzuschaffen. Das ist ein so weitgehender Punkt, dass wir ihn heute auch so beschließen sollten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der
SPD, bei der CDU und bei der LINKEN)

Es ist sehr interessant, wenn man sich das noch einmal anschaut – die Vorrednerinnen haben schon einige Zahlen genannt –, 2 390 Hinrichtungen wurden im Jahr 2008 vollzogen. Es ist interessant einmal zu schauen, in welchen Ländern das stattfindet. Das ist nämlich doch ziemlich heterogen, auf Deutsch würde man sagen, es sind sehr unterschiedliche Länder, die diese Hinrichtungen durchführen. Allein 90 Prozent sämtlicher Hinrichtungen weltweit finden in China und im Iran statt. Allein mindestens 1 780 im letzten Jahr in China und 346 im Iran. Das sind knapp 90 Prozent. 97 Prozent, also fast alle Hinrichtungen, finden weltweit in fünf Staaten statt. Neben der Volksrepublik China und dem Iran sind es Saudi-Arabien, die USA und Pakistan.

Es ist insofern von Interesse sich anzuschauen, welche unterschiedlichen Länder glauben, dass sie letztendlich auf das Mittel der Strafe, den Menschen das Leben zu nehmen, nicht verzichten können. Ich habe schon öfter einmal gehört, dass das ein Beispiel oder ein Kriterium dafür sei, dass wir es hier mit einem starken Staat zu tun haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer nicht in der Lage ist, sein Land zu regieren, Recht und Gesetz durchzusetzen und das Land nach vorn zu bringen ohne auf die Todesstrafe

(C)

(D)

- (A) zu verzichten, ist ein schwacher und kein starker Staat. Insofern ist das der völlig falsche Ausdruck!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Schauen wir uns die Beispiele an: Im Iran, in dem jetzt gerade in diesen Tagen sehr viele Menschen, die für die Demokratiebewegung nach dem Wahlbetrug im Iran auf die Straße gegangen sind, zum Tode verurteilt werden, und wo diese Hinrichtungen, im Unterschied zu anderen Ländern, auch tatsächlich durchgeführt werden. China, das versucht, seine neo-liberale Wirtschaft mit einem brutalen, autoritären Politikmodell zu kombinieren, und daraus einen, wie ich finde, hässlichen starken Staat zu machen, der sich aber in der Antwort auf die Frage, könnten wir uns auf dieser ökonomischen Grundlage, die wir heutzutage in China haben, nicht auch Demokratie leisten, in der Tat auch als schwacher Staat herausstellt.

- (B) Nehmen wir die USA! Ich finde, die dürfen wir hier an dieser Stelle auf gar keinen Fall ausnehmen. Gerade weil sie als Demokratie ganz offensichtlich auch nicht in der Lage ist oder glaubt, sich nicht in der Lage zu sehen – die jeweiligen Regierungen und Mehrheiten –, ohne die Todesstrafe auszukommen. Ich glaube, man muss keinen platten Antiamerikanismus unterstellen, weil die USA ein sehr zerrissenes Land ist, in dem sie innerhalb von 50 bis 100 Meilen Differenz Kulturen haben, die einerseits unheimlich fortschrittlich sind, die Dinge weitertreiben, auch gerade in der lokalen Demokratie, in vielen sehr fortschrittlichen Dingen, die dort passieren, in denen wir hier noch einen gewissen Nachholbedarf hätten, und wo sie andererseits über die Grenzen im nächsten Staat Kulturen haben, die autoritär, die teilweise gewalttätig sind, und die ganz militant zum Beispiel auch auf die Todesstrafe zurückgreifen wollen, um das Recht des Stärkeren durchzusetzen. Teilweise auch religiös geprägt, das muss man sagen. Da wäre dann wieder ein kleiner Schwenk zu dem Land, das ich vorher erwähnt habe, nur mit einer anderen Religion.

Ganz egal, ob es nun um die Durchsetzung einer Einheitspartei geht, die ihr ökonomisches Modell durchsetzen will, ob es sich nun um religiöse Fundamentalisten im Iran oder um Demokraten – nicht im Sinne der Partei, sondern im Sinne des politischen Systems – in den USA handelt, wir müssen allen sagen – und zwar von Deutschland aus mit vollem Recht, das wir hier mit unserer Geschichte haben –, dass wir grundsätzlich immer und zu allen Zeiten diese Todesstrafe, die sie glauben anwenden zu müssen, ablehnen. Wir machen hier keine Unterscheidung, egal, um welches System und welches Land es sich dabei handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Insofern danke ich auch amnesty international und vielen Gruppen, die dieses Thema über viele Jahre hinweg hochgehalten haben.

(C)

Ich würde mich freuen, wenn viele von uns auf dem Marktplatz mit amnesty international und dem Bürgermeister nachher diesen Tag würdig begehen. Ich würde mich auch freuen, wenn die Bremische Bürgerschaft geschlossen in dieser Position nach außen tritt. Geschlossen vielleicht ohne den einen oder anderen, auf den wir in dieser Frage gut verzichten könnten! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir christliche Demokraten sprechen uns selbstverständlich gegen jede Form der Todesstrafe aus. Deutschland hat sich sehr bewusst als neu geschaffener Rechtsstaat sehr deutlich gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Auch in Europa hat sich in den letzten Jahrzehnten ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die Todesstrafe anachronistisch ist. Wir müssen dafür werben, dass dieses Bewusstsein andere Staaten in der Welt erreicht. Herr Dr. Güldner hat sehr ausführlich dargestellt, welche Bandbreite von Staaten das ist. Jedes rechtsstaatliche Verfahren kann einen Fehler haben, und dieser Fehler kann in unserer Rechtsverfassung geheilt werden. In Staaten, in denen für Kapitalverbrechen zum Beispiel die Todesstrafe vorgesehen ist, kann er nicht mehr geheilt werden. Dieses Argument allein muss für die Abschaffung der Todesstrafe sprechen, neben dem unwiderlegbaren Argument, dass es nicht sein kann, dass der Staat jemandem das Leben nimmt.

(D)

Wir führen hier diese Debatte aus einem ganz bestimmten Grund, und wir waren etwas zerrissen, wie man mit dem ursprünglich vorgelegten Antrag der LINKEN umgeht. Darum sind wir sehr froh, dass die Koalition dann noch einen Antrag vorgelegt hat. Denn ich will auch ganz deutlich sagen, was nicht gehen kann, ist, dass ein Parlament die Solidarität mit jemandem, der in einem Rechtsstaat von einem ordentlichen Gericht, bestätigt durch verschiedene Verfahren, verurteilt wurde, einfach so einmal erklärt. Dafür ist dieser konkrete Sachverhalt viel zu komplex, und niemand von uns kennt die Beweise und Zeugenaussagen. Dafür gibt es in den Vereinigten Staaten ein sehr umfangreiches Verfahren.

Zuletzt – Frau Troedel hat es ausgeführt – hat der Oberste Gerichtshof am 6. April 2009 die Annahme eines Wiederaufnahmeverfahrens abgelehnt, aber weitere Verfahren laufen dort zurzeit. Es ist nicht an uns, über das rechtsstaatliche Verfahren der Gerichte

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) dort zu entscheiden. Entscheidend ist, dass wir sagen, wir müssen auch die Vereinigten Staaten von Amerika auffordern, das Prinzip der Todesstrafe zu überwinden. Ich hoffe, dass sich auch der US-Präsident Obama zu einer deutlichen Aussage dazu durchringen kann. Diese vermessen viele von ihm. Es ist auch vor dem Hintergrund wichtig: Wenn man mit Staaten wie dem Iran, Kuba und Russland spricht, muss auch ein Staat wie die Vereinigten Staaten von Amerika, ein sehr alter demokratischer Staat, dort eine Vorbildfunktion haben.

Das amerikanische Bewusstsein – wir merken das in vielen Berichten aus Übersee – ist in Teilen noch sehr alten Vorstellungen, sehr alttestamentarischen Vorstellungen verhaftet. Ein Klima der Aufklärung dort würde auch sicherlich dazu beitragen, dass auch dies überwunden werden kann. Ich hoffe es zumindest, denn, wie gesagt, die Vorstellung, dass der Staat als Strafe das Leben nehmen kann, haben wir in Europa seit vielen Jahren und Jahrzehnten überwunden, und wir hoffen, dass dies auch weltweit entscheidend überwunden werden kann.

Dem Antrag werden wir zustimmen. – Danke!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

(B)

Abg. **Dr. Möllenstädt (FDP)***: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch die FDP tritt für die Abschaffung der Todesstrafe, für die Verhinderung ihrer Vollstreckung und natürlich ausdrücklich auch auf ein Recht auf ein faires Verfahren überall in der Welt ein. Der Staat hat nicht das Recht, Menschen das Leben zu nehmen, egal welcher Straftat sie beschuldigt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe die Hoffnung, dass die Debatte, die wir hier führen, einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, dass die Todesstrafe als eine Form der Strafvollstreckung auch in den Staaten überwunden werden kann, die dieses Instrument heute noch aufrechterhalten. Auch wir sind der Überzeugung, dass es sich um ein anachronistisches Instrument handelt, das durch nichts zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der FDP)

Der vorliegende Antrag, den die Koalitionsfraktionen und DIE LINKE eingebracht haben, findet in den ersten beiden Punkten, die ja auch von der Koalition dort eingebracht worden sind, voll unsere Zustimmung. Ganz klar, da haben Sie uns vollständig

*) Vom Redner nicht überprüft.

an ihrer Seite. Es ist sehr richtig, dass wir uns auch als Parlament dazu äußern. Mir und uns als Fraktion geht es aber ähnlich wie dem Kollegen Rohmeyer, der eben auch deutlich gemacht hat, dass es ausgesprochen schwierig ist, über einen Einzelfall, in dem eine Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt worden ist, hier ein Urteil zu sprechen. Das kann nicht Aufgabe dieses Hauses sein.

(C)

Ich bitte um das Verständnis, dass wir in jedem anderen Fall auch an die Opfer zum Beispiel denken müssen, auch daran denken müssen, wie sie sich fühlen. Hier ist ein Gewaltverbrechen verübt worden, und es ist jemand dafür verurteilt worden. Ob er wirklich schuldig ist, können wir nicht sagen, kann ich nicht sagen. Ich glaube auch, das wird den meisten Kolleginnen und Kollegen so gehen, dass uns da einfach zu wenige Kenntnisse vorliegen.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Es geht um die Vollstreckung! – Abg. Frau T r o e d e l [DIE LINKE]: Es geht um Solidarität!)

Wenn Sie aber den dritten Punkt Ihres Antrages sehen, ist dort ein konkreter Name benannt worden. Ich glaube, es ist schon sehr sinnvoll, dass wir uns mit diesem Einzelfall einmal beschäftigen. Ich halte es in der Tat für wesentlich, dass hier ein schweres Gewaltverbrechen an einem Polizisten verübt worden ist.

(D)

(Abg. F r e h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Könnte!)

Auch dies würde in der Sache die Vollstreckung nicht rechtfertigen. Gleichwohl erwarten Sie, dass wir hier in einem Einzelfall ein Urteil sprechen und uns sozusagen auf die Seite einer Person stellen, die wir nicht kennen, die ich nicht kenne, die die meisten von Ihnen nicht kennen, und deshalb würden wir es eher mit der Aussage von Steve Lopez im „Time Magazine“ vom 23. Juli 2000 halten: „Mumia Abu-Jamal, they picked the wrong guy to carry the flag!“ Möglicherweise ist diese Person nämlich der falsche Flaggenträger für das Ziel, das wir alle teilen und unterstützen. Aus diesem Grunde werden wir den ersten beiden Punkten Ihres Antrags zustimmen. Zu dem letzten Punkt werden wir uns aus dem genannten Grund enthalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Möllenstädt, es ist nicht meine Aufgabe, einen Antrag zu verteidigen, der aus der Mitte der Bürgerschaft kommt, aber ich will Sie einmal auf Folgendes hinweisen: In der

(A) letzten Ziffer heißt es Solidarität in seinem Kampf gegen die Hinrichtung!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich zumindest erkläre für mich, dass ich mit jedem Menschen solidarisch bin, der hingerichtet werden soll. Darum geht es! Es geht nicht um die Solidarität mit einer Straftat oder einer möglichen Straftat! Meine Damen und Herren, ich finde, es ist richtig und wichtig, dass die Bürgerschaft sich mit dem Skandal der Todesstrafe in der Welt beschäftigt, denn wenn Menschenrechte irgendwo auf der Welt mit Füßen getreten werden, missachtet werden, dann ist das etwas, das uns überall auf der Welt beschäftigen muss und auch in der Bremischen Bürgerschaft, und deswegen sage ich Danke für diesen Antrag.

Ich begrüße auch, dass der Senat hier gebeten wird, sich weiterhin mit seinen Möglichkeiten einzusetzen, aber ich will auch dazu sagen, das ist keine Aufforderung, die man irgendwo an eine Institution richtet, sondern wir wollen um 18 Uhr ja auch zeigen, es ist eine Aufforderung an uns alle, als Bürgerinnen und Bürger zu zeigen, wir stehen für das Leben. Wir wollen, dass die Todesstrafe geächtet wird, und wir sehen uns damit in einer weltweiten Solidarität. Von mir auch ein herzlicher Dank an amnesty international, die gerade diese Solidarität so weltweit verbreiten! Danke dafür!

(B)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Als Deutscher tut man sich ja nicht so ganz leicht, der Welt zu sagen, dass wir gewissermaßen die Vorkämpfer dafür sind, dass die Todesstrafe geächtet werden soll. Wir haben 60 Jahre Grundgesetz gefeiert. In Artikel 102 Grundgesetz steht: Die Todesstrafe ist abgeschafft. Wir wollen aber auch nicht vergessen: Das war eine Reaktion auf das Grauen und den Terror der Nazi-Zeit. Ich bin dankbar, dass wir eine solche Norm im Grundgesetz haben. Wir haben sie ebenfalls in der Menschenrechtscharta der Europäischen Union, und es gibt eine mit Mehrheit beschlossene Aufforderung der UNO-Vollversammlung an die Staaten, weltweit die Todesstrafe abzuschaffen. Das unterstützen wir, dafür wollen wir gemeinsam in einem Bündnis mit vielen Städten in der Welt ein Zeichen setzen, dass auch wir in dieser weltweiten Aktion unseren Anteil nehmen. Ich danke Ihnen für Ihre Beteiligung. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern, die trotz des schlechten Wetters gleich auf den Marktplatz kommen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden, so dass wir zuerst über die Ziffer 1 abstimmen.

Wer der Ziffer 1 der Drucksachen-Nummer 17/1046 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. M ö h l e [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich lasse nun über die Ziffer 2 abstimmen.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. M ö h l e [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich lasse nun über die Ziffer 3 abstimmen.

Wer der Ziffer 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und Abg. M ö h l e [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abg. T i m k e [BIW] und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Aufbau einer Initiative „Clean Ship“

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/902)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/902, Kenntnis.

(C)

(D)

(A) Nichtraucherschutz mit Augenmaß!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 28. August 2009
(Drucksache 17/911)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt keine neue Diskussion über das schon viel diskutierte Nichtraucherschutzgesetz beginnen. Mir geht es einzig und allein um Gerechtigkeit und gegen eine einseitige Benachteiligung und Hexenjagd von Raucherinnen und Rauchern.

Ich habe schon des Öfteren deutlich ausgeführt, dass Kinder und Jugendliche selbstverständlich vor den großen Gefahren des Rauchens konsequent geschützt werden müssen. Das steht hier im Allgemeinen außer Frage und ist eine Selbstverständlichkeit. Darum geht es in meinem Antrag aber auch gar nicht. Selbstverständlich ist ein effektives und konsequentes Nichtraucherschutzgesetz wichtig und notwendig, aber mit Toleranz und Augenmaß und nicht mit einer totalen Ausgrenzung und einseitiger Verteufelung von erwachsenen, mündigen Raucherinnen und Rauchern.

(B) Es kann doch nicht angehen, dass wir ein eindeutiges Nichtraucherschutzgesetz beschließen, um anschließend für eine Handvoll auserwählter hochrangiger Bürger, zum Beispiel beim Schaffermahl oder bei anderen Gelegenheiten, auf der einen Seite das Nichtraucherschutzgesetz so einmal mir nichts dir nichts für eine sogenannte hochrangige Gesellschaft einfach außer Kraft setzen, wengleich ein erwachsener normal rauchender Bürger auf der anderen Seite in einer Art Hexenjagd verfolgt und bestraft wird. Hier muss gleiches Recht für alle gelten, ansonsten ist es in hohem Maße ungerecht und macht wieder einmal eine Zweiklassengesellschaft deutlich – Ihr da oben, wir da unten –, darum sage ich in aller Deutlichkeit: gleiches Recht für alle!

Das Nichtraucherschutzgesetz ist eindeutig einseitig und ohne Toleranz und ohne Überlegung und Rücksichtnahme auf erwachsene, mündige Raucherinnen und Raucher eingeführt worden. Ich fordere darum – das muss wohl auch ohne große Schwierigkeiten möglich sein –, dass schnellstens in Behörden, Dienststellen, Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen des Landes Bremen und Bremerhaven wieder, ich betone, nicht störende separate Raucherräume bereitgestellt werden, denn es ist mit Sicherheit nicht gesundheitsfördernd und außerdem ein Bild des Grauens, wenn zum Beispiel unzählige erwachsene, mündige Raucherinnen und Raucher bei Wind und Wetter draußen vor den Krankenhäusern zitternd

rauchen müssen oder aber wenn unzählige Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft unter Begutachtung und Beobachtung zahlreicher Kinder und jugendlicher Besucher draußen vor der Tür rauchen müssen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Müssen sie ja nicht! Kein Mensch muss rauchen!)

Das ist mit Sicherheit auch keine gute Vorbildfunktion für unsere Kinder und Jugendlichen, und das sind nur wenige Beispiele von vielen. Was spricht überhaupt dagegen, wenn man für erwachsene, mündige Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Einrichtungen einen nicht störenden separaten Raucherraum einrichten würde? Nichts spricht dagegen! Das nenne ich wahre Toleranz, denn – das wissen Sie selbst, und die Raucher wissen das auch – Raucher lassen sich nicht zwangsweise das Rauchen verbieten, darum sage ich Ihnen: mehr Toleranz für mündige Raucherinnen und Raucher, und Schluss mit unnötigen Schikanen!

Eines kann ich mit hundertprozentiger Sicherheit behaupten, dass ein solches einseitiges, intolerantes Nichtraucherschutzgesetz unter dem hoch geschätzten und weltweit anerkannten Altbundeskanzler Helmut Schmidt niemals eingeführt worden wäre! Meine Damen und Herren, stimmen Sie meinem Antrag im Sinne einer wahren Toleranz und im Interesse vieler Millionen schikaniertes und verfolgter Raucherinnen und Raucher zu! – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP *): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Tittmann, es dürfte auch Ihnen nicht entgangen sein, dass wir zum Glück noch in einem freien Land leben. Niemand wird gezwungen zu rauchen, und es ist sicherlich auch nicht verboten, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass Rauchen durchaus auch der Gesundheit schaden kann.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei der CDU)

Immerhin hat Herr Tittmann heute etwas für seine Verhältnisse ziemlich unglaublich Unglaublich geschafft, er hat uns aufgerufen zu einer Politik – Zitat – „mit Augenmaß und Toleranz im gesellschaftlichen Miteinander“. Ich finde es nach allem, was wir in den letzten zweieinhalb Jahren von Ihnen gehört haben, schon einigermaßen bemerkenswert, das gerade zum Ausweis Ihrer Politik hier erklären zu wollen.

Lieber Herr Tittmann, wir haben schon eine ganze Reihe von ziemlich unsinnigen Anträgen hier ab-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)**(D)**

(A) gelehnt, die Sie eingebracht haben, einer der letzten handelte zum Beispiel von der heuchlerischen Sorge um Robbenbabys. Jetzt tragen Sie hier im verzweifelten Kampf um Wählerstimmen noch einmal ganz dick auf, nachdem Ihre alte Partei, die DVU, im hohen Bogen aus dem Brandenburgischen Landtag herausgeflogen ist und gleichsam in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Sie bangen nun als früherer Bremer Vertreter auch um Ihre Zukunft. Vielleicht haben Sie auch einfach erkannt, dass Sie bei den Robbenbabys nicht so viele Stimmen abgreifen können, deshalb bringen Sie heute ein neues Thema ein, die Raucher! Jetzt sollen die Raucher herhalten und von Ihnen umsorgt werden, das, lieber Herr Tittmann, kauft Ihnen am Ende dann auch niemand mehr ab.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei der CDU)

Ein paar Worte zu Ihrem Antrag: Im Antrag fordern Sie separate Raucherräume in Behörden, Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Was sollen sonstige öffentliche Einrichtungen eigentlich sein? Das wären dann ja auch Theater, Gerichte, Turnhallen, Schulen, Kindergärten. Demnächst sollen auch noch Raucherräume auf Spielplätzen, in der Seehundfangstation, in Bussen und Bahnen eingerichtet werden. Ja, an so etwas muss man denken, wenn man hier einen solchen Rechtsanspruch einführen möchte!

(B) Ich rate dazu, sich einmal die Größe unseres beschaulichen Bundeslandes vor Augen zu führen. Wir bekommen relativ schnell beengte Verhältnisse. Vielleicht sollten wir gleich die Raumordnungspläne nach den neuen Regelungen noch einmal überprüfen, zum Beispiel wegen der vielen Raucherräume an Bushaltestellen und ähnlichen öffentlichen Plätzen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht tue ich Ihnen ja völlig Unrecht. Demnächst werden wir vielleicht schon einen Vorschlag für eine Raucherkabine hier im Plenarsaal sehen, ich weiß es nicht. Ich glaube aber, lieber Herr Tittmann, das macht alles nicht sehr viel Sinn, was Sie uns hier vorschlagen, deshalb würde ich hier dringend daran appellieren, dass wir gemeinsam auch diesen sehr unsinnigen Antrag des Kollegen Tittmann heute ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Möllenstädt, wenn man Ihre Reden und Ihr Benehmen hier mitverfolgt, dann muss die Bremische Bürgerschaft

wirklich Angst haben, dass sie nicht wegen Kinderarbeit verurteilt wird. Wenn Sie mir soviel Toleranz – und da waren Sie noch gar nicht in der Bürgerschaft – entgegenbringen würden, wie ich Ihnen entgegengebracht habe, dann würde diese Bremische Bürgerschaft wirklich tolerant sein. Herr Dr. Möllenstädt, ich weiß nicht, in welcher unrealistischen Welt Sie leben. Tatsache aber ist doch, dass wir in allen politischen Bereichen sehr große Probleme haben, um die wir uns vorrangig zu kümmern haben, zum Beispiel um ansteigende Jugendkriminalität, ins Uferlose ansteigende Kinderarmut, gerade in Bremerhaven, steigenden Alkoholmissbrauch, gerade unter Jugendlichen, ansteigenden Drogenmissbrauch und so weiter, diese Liste könnte ich seitenlang fortsetzen. Wir haben wirklich größere politische Probleme, um die Sie sich zuerst kümmern sollten, sogar kümmern müssten.

(Abg. **F e c k e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Rechtsextremismus! Ausländerfeindlichkeit!)

Das tun Sie aber nicht, stattdessen halten Sie solch eine nichtssagende unnötige Alibiredede. Ich habe mich für den Tierschutz schon ernsthaft eingesetzt, da waren Sie noch gar nicht im Parlament, ich aber sage Ihnen: Anstatt mit solchen unnötigen Reden unzählige erwachsene Raucherinnen und Raucher wieder einmal zu diskriminieren, sollten Sie Ihre ganze Kraft und Ihre politische Einflussnahme lieber dazu nutzen, um die von mir eben genannten großen und wichtigen Probleme wirklich zu lösen, das wäre jetzt zweckmäßiger,

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei dem Antrag zur Todesstrafe haben Sie sich gerade enthalten!)

als wieder einmal eine unnötige erneute Hexenjagd gegen erwachsene Raucherinnen und Raucher einzuleiten. Wenn ich diese Rede jetzt zum Beispiel kopiere, was ich wahrscheinlich machen werde, und vor den Leuten verteile, die bei diesem Wetter draußen vor dem Krankenhaus rauchen müssen oder bei anderen Gelegenheiten, Sie glauben gar nicht, welche Leute mir da recht geben. Ich jedenfalls mache eine solche einseitige und scheinheilige Debatte nicht mit. Eine scheinheilige, intolerante Gutmenschen-Debatte nenne ich das, die mache ich nicht mit. Ich stehe für eine ehrliche Politik, für eine ehrliche Toleranz und für eine uneingeschränkte Gerechtigkeit.

(Abg. **F e c k e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Schallendes Gelächter im Parlament!)

Das heißt, gleiches Recht für alle Bürgerinnen und Bürger, ohne Ausnahmeregelung für einige wenige auserwählte Bürger. Darum stimmen Sie meinem Antrag zu! Er steht für Gerechtigkeit und ist im Interesse sehr vieler rauchender mündiger Bürgerinnen und Bürger. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. – Vielen Dank!

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das kann ich überhaupt nicht so stehen lassen, und der Kollege Dr. Möllenstädt hat das schon gesagt. Wir haben ja unendlich viel Geduld mit Ihnen und üben auch unendlich viel Toleranz aus, und das, was Sie hier am Schluss gesagt haben, es gibt überhaupt keinen Menschen in dieser Stadt, der Ihnen überhaupt zustimmt. Das kann auch überhaupt nicht sein, weil ich einfach nicht glaube, dass Sie mit Ihrer Politik überhaupt den Nerv der Menschen treffen. Solche Fensterreden zu halten und bei jedem Thema wieder auf das Gleiche zu kommen, führt uns überhaupt nicht weiter. Deshalb haben wir das auch gesagt, wir weisen Ihren Antrag zurück, und ich musste das ganz einfach sagen, weil wir das so nicht im Raum stehen lassen können. – Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos) mit der Drucksachen-Nummer 17/911 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abg. M ö h l e [parteilos] und Abg. T i m k e [BiW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass wir die Sitzung für heute schließen, damit Sie noch die Möglichkeit haben, an der Demonstration auf dem Marktplatz teilzunehmen, zu der der Bürgermeister aufgerufen hat.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.48 Uhr)

(B)

(D)

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus
der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag)
vom 18. November 2009****Anfrage 9: Schuldnerberatung für Beamtinnen und Beamte**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum gibt es im Land Bremen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit, eine kostenfreie Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen, nicht aber für Beamtinnen und Beamte?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die geltenden Regelungen vor dem Hintergrund der Fürsorgepflicht, die Stadt und Land als Dienstherrn zu erfüllen haben?

Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU

(B)

Antwort des Senats:

(C)

Zu Fragen 1 und 2:

Eine kostenfreie Schuldnerberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird in der vom Fragesteller unterstellten Form nicht angeboten. Im Rahmen der öffentlichen Rechtsberatung, die im Lande Bremen von der Arbeitnehmerkammer wahrgenommen wird, kann auch eine Beratung zum Verbraucherinsolvenzrecht erfolgen, die nur dann kostenlos ist, wenn bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Diese Beratung steht auch Beamtinnen und Beamten offen.

Eine allgemeine Schuldnerberatung wird in Bremen zum Beispiel von der Caritas, der AWO oder der Inneren Mission angeboten. Hier ist in der Regel nur eine Erstberatung kostenlos, im Weiteren werden Kosten erhoben. Auch dieses Beratungsangebot steht Beamtinnen und Beamten offen. Der Senat bewertet dieses Beratungsangebot als ausreichend, auch soweit es sich auf bremische Beamtinnen und Beamte bezieht.

(D)